Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1924

130 (16.5.1924) 1. und 2. Blatt

Visual Library

Badischer Beobachter

Bezugspreis: monatlich durch Träger Mk. 2,30 (bei der Abholstelle in Karlsruhe Mk. 2,20), wöchentliche Einzelnummer 10 Pfg. Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf den Monatsschluß erfolgen. Anzeigengrundpreis: 1spaltig, 1 mm hoch, 8 Pfg., im Reklameteil 15 Pfg. Kleine und Familienanzeigen 5 Pfg. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Tarif-Rabatt, der bei zwangsweiser Beitreibung und bei Konkurs wegfällt.

Erscheint einmal täglich auch Sonntags (als Morgenblatt). Beilagen: „Blätter für den Familientisch", „Frauenrundschau" und „Sterne und Blumen". In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Schluß der Anzeigen-Annahme: nachmittags ½6 Uhr. — Drahtadresse: Beobachter. — Postscheckkonto: Amt Karlsruhe 4844. Fernsprecher: Geschäftsstelle 535. Redaktion: 572.

Verlegerin und Herausgeberin: Aktiengesellschaft Badenia (Wilhelm Joos Direktor). Rotationsdruck der Badenia Akt.-Ges., Karlsruhe, Adlerstraße 42. Hauptschriftleiter J. Th. Meyer. Verantwortlich für den politischen Teil: Th. Meyer, für Nachrichtendienst und Feuilleton: Dr. H. A. Berger; für Lokales und Chronik: Fr. Laule; für die Anzeigen und Reklame Josef Eisenbast, sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Johannes Hoffmann, Berlin N. W. 7, Luisenstraße 31b.

62. Jahrgang — Karlsruhe, Freitag, den 16. Mai 1924 — 1. Blatt Nr. 130

Ein Bruch mit Rußland?

Von einem besonderen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Die Erregung in Rußland über die Vorgänge, die sich bei dem Vorgehen der Berliner Polizei gegen die russische Handelsvertretung bei der Verfolgung des entflohenen Kommunisten Bozenhardt abgespielt haben, hält an. In Moskau ist jetzt bei der Enthüllung des Denkmals für den vor etwa einem Jahre in Lausanne ermordeten Sowjet-Gesandten Worowski eine geradezu unerhört scharfe Sprache gegenüber Deutschland geführt worden. Der russische Außenminister sprach von dem „Banditenüberfall der deutschen Polizei", und er stellte diesen Vorgang in engem Zusammenhang mit der Mordtat gegen Worowski. Das ist eine unerhörte agitatorische Ausbeutung des Falles und dazu eine schamlose Beleidigung des deutschen Volkes. Wie aber die Stimmung in Moskau ist, mag daraus zu ersehen sein, daß in den Zügen der Organisation der kommunistischen Parteien die zu der Einweihung des Denkmals marschierten, eine Puppe mitgetragen wurde, die Stresemann an dem Galgen zeigte. Das Schild trug den Titel: „Das Schicksal Stresemanns." Nach der Einweihungsfeier fanden sehr aufgeregte Demonstrationen gegen Deutschland und die deutsche Regierung statt, und nur mit größter Mühe war es der Moskauer Polizei möglich, die deutsche Botschaft, vor welche die Demonstranten ziehen wollten, zu schützen.

Diese Sachlage muß unsererseits ohne übertriebene Nervosität, aber doch mit allem gebotenen Ernst betrachtet werden. Ein Bruch zwischen Deutschland und Rußland, von dem man in Rußland ganz offen spricht, wünscht in Deutschland kein Mensch. Aber was wir uns in Deutschland verbitten müssen, das ist, daß ein von Russen bewohntes Gebäude als Unterschlupf für kommunistische Staatsverbrecher benutzt wird, für Kommunisten, die sich der Organisation des blutigsten Bürgerkrieges befleißigen. Es mag zugegeben werden, daß bei der Durchsuchung des Gebäudes der russischen Handelsvertretung in Berlin polizeiliche Uebergriffe erfolgt sind, namentlich ist das Aufbrechen des Schreibtisches des tatsächlich unter dem Schutze der Exterritorialität stehenden Delegierten Stominiakow nicht zu billigen. Aber andererseits muß mit aller Schärfe darauf hingewiesen werden, daß die Russen den Anlaß zu der polizeilichen Maßnahme durch die Gefangenenbefreiung gegeben haben. Wohin sollte man denn kommen, wenn Gebäude ausländischer Vertretungen als Schlupfwinkel für Verbrecher benutzt werden können, die ihre Tätigkeit gegen dieselbe Regierung richten, bei der die betreffende ausländische Vertretung beglaubigt ist. Das Gebäude der russischen Handelsvertretung in Berlin steht nicht unter diplomatischem Schutz. Es ist allerdings eine bekannte Tatsache, daß in dieser Vertretung fast zwei Drittel der kommunistischen Abgeordneten beschäftigt sind und sich dort auf diplomatischen Schutz berufen. Das sind naturgemäß unhaltbare Zustände.

Die deutsche Regierung hat vorgeschlagen, die ganze Angelegenheit einem schiedsgerichtlichen Verfahren zu unterwerfen. Bis jetzt hat sich Rußland noch nicht dazu geäußert. Dagegen hat die russische Regierung weitere neue und sehr scharfe Maßnahmen gegen Deutschland ergriffen, die sich insbesondere auf die Abstoppung aller Handelsbeziehungen richtet. Dadurch sind, was nicht geleugnet werden kann, sehr empfindliche Zustände erwachsen, von denen man nur wünschen kann, daß diese möglichst bald aus der Welt geschafft werden. Aber die Art, in der die offizielle russische Regierung diese Angelegenheit, wie jetzt wieder die Moskauer Zwischenfälle zeigen, behandelt, schmecken doch gar zu sehr nach Agitation.

Zum deutsch-russischen Konflikt.

Berlin, 15. Mai. Offiziös wird mitgeteilt: Der deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau ist Freitag und Montag in längere Unterredungen mit Litwinoff eingetreten, der volle Genugtuungsforderungen übergab.

(*)

Um die französische Regierungsbildung.

Die sozialistische Partei Frankreichs und die Regierungskrisis.

Paris, 15. Mai. Die Sozialistische Partei hat gestern abend beschlossen, einen nationalen Kongreß für den 1. und 2. Juni einzuberufen. Der Gegenstand der Aussprache ist die eventuelle Mitwirkung an der Kabinettsbildung, sowie die allgemeine politische Situation.

Leo Blum nimmt in einem Leitartikel des Populaire für die Möglichkeit einer sozialistischen Mitarbeit in der neuen Regierung Stellung. Blum erinnert an die auf dem Parteitag in Marseille gefaßten Resolutionen und stellt fest, daß keiner der gegenwärtigen Umstände zu den in der Resolution von Amsterdam vorgesehenen drei Fälle gerechnet werden könne. Die Mitwirkung der Sozialisten wird für die Radikalsozialisten und die Sozialistische Partei die größten Schwierigkeiten nach sich ziehen. Ferner erklärte Blum, daß die sozialistische Partei bereit gewesen sei, in die Regierung einzutreten oder ihr in weitgehendstem Maße ihre Unterstützung zu gewähren, d. h. für sie für alle Fälle zu stimmen, wenn sie ihre politischen Aufgaben im Geiste aufrichtiger Demokratie in Angriff nehme. Es ist zu beachten, daß Blum nur für seine Person spricht. Man glaubt, daß er eine Reihe führender Sozialisten wie Bracke, Lebas, Paul Faure u. a. für den Standpunkt Blums gewinnen wird.

Deutschnationale Forderungen.

Schwierigkeiten bei der französischen Regierungsbildung.

Eine Erklärung der Deutschnationalen.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 15. Mai. Wie wir von sicherer Seite erfahren, hat die Parteileitung der deutschnationalen Volkspartei sich in ihrer heutigen Sitzung mit der politischen Lage, wie sie sich nach den Reichstagswahlen ergibt, beschäftigt und folgende Entschließung gefaßt: „Wir fordern, daß die gegenwärtige Reichsregierung entsprechend dem Ausfall der Wahlen — der den veränderten politischen Willen des Volkes gezeigt hat — dem Reichspräsident alsbald ihren Rücktritt anbietet. Die gegenwärtige Regierung entbehrt jeglichen Rechts. Deutschland ist in den Verhandlungen über das Sachverständigengutachten noch entscheidend zu vernehmen. Wir erheben entschiedensten Einspruch dagegen, daß das Kabinett etwa die Gesetzentwürfe zur Durchführung des Gutachtens der Reparationskommission vorlegt oder auch nur in vorbereitende Verhandlungen des Organisationskomitees oder der Reparationskommission irgendwelche Erklärungen über den Standpunkt der deutschen Regierung abgibt, oder abgeben läßt. Die deutschnationale Volkspartei wird derartige Erklärungen nicht als für die bindende anerkennen". Dieser erste Beschluß der neuen deutschen Reichstagsfraktion soll wohl das erste Wunder darstellen, mit dem die Deutschnationalen nach den Worten ihres Führers Hergt „die Karre" aus dem Dreck ziehen wollen. Wir verstehen gerne, daß der Beschluß reichlich „wunderlich" ist. Wir zweifeln jedoch stark daran, daß die Reichsregierung sich durch diesen neuesten Vorstoß der Deutschnationalen von der klaren Linie abbringen lassen wird. Nach unseren Informationen steht die Reichsregierung auf dem Standpunkt, daß die der Aufforderung der Deutschnationalen nicht entsprechen kann. Es liegt auch gar keine Veranlassung für das Kabinett vor, zurückzutreten, bevor nicht eine klare Entscheidung des Reichstages, vor allem gegen das außenpolitische Programm der Reichsregierung gefallen ist, oder die Parteien des Reichstages sich in interfraktionellen Verhandlungen über ein außenpolitisches Programm und die Bildung einer neuen Regierung geeinigt haben. So lange weder durch das eine, noch das andere die erforderliche Klarheit geschaffen ist, wird die Reichsregierung auf ihrem Posten bleiben müssen, denn nichts wäre für Deutschland im Augenblick gefährlicher, als etwa eine latente Regierungskrise. Die Erregung der Deutschnationalen und ihr Vorstoß gegen die Reichsregierung ist auch schon deshalb unverständlich, weil ja keines der Gesetze auf die in der deutschnationalen Beschlußfassung Bezug genommen wird, Wirklichkeit werden kann, wenn der neue Reichstag ihnen nicht zustimmt, sodaß die Oppositionsparteien noch reichlich Gelegenheit haben werden, ihre Bedenken zur Geltung zu bringen. Die Entschließung der Deutschnationalen ist vor allem aber auch von ihrer eigenen Lage aus betrachtet, durchaus ungeschickt. Die Deutschnationalen sind doch wohl selbst nicht der Ueberzeugung, daß sie ganz allein eine Regierung bilden können. Glauben sie etwa, die Mitarbeit der bürgerlichen Parteien dadurch zu gewinnen, daß sie ein solches Verdammungsurteil über eine Politik aussprechen die von den Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft durchaus gebilligt und als das Kernstück der künftigen Regierungspolitik betrachtet wird?

Millerands Festhalten an der Ruhrbesetzung.

Paris, 15. Mai. Der Excelsior schreibt in einem anscheinend offiziösen Artikel, daß Millerand eventuell zur Not die Forderung zur Aufrechterhaltung der französischen Vertretung beim Vatikan, sowie die Anerkennung der Sowjetregierung fallen lassen wird, dagegen daran festhalte, daß die Ruhr erst nach Maßgabe der deutschen Zahlungen vom militärischen Standpunkte aus geräumt wird. Das Blatt hebt hervor, daß die Radikalsozialisten im Hinblick auf die Notwendigkeit Frankreichs, die Reparationen zur Verfügung zu stellen, sich mit dem Standpunkte des Präsidenten einverstanden erklären werden.

Die deutsche Sprache im französischen Parlament.

Paris, 15. Mai. Beim Wiederzusammentritt der französischen Abgeordnetenkammer im Juni wird die deutsche Sprache als offizielle Sprache zugelassen werden. Der neue kommunistische Abgeordnete aus Elsaß, Bucher, wird seine erste Rede in der deutschen Sprache halten. Bucher, der wahrscheinlich nur von einer geringen Anzahl in der Kammer verstanden werden wird, behauptet, die deutsche Sprache wäre die einzige, die er gründlich kenne und er sei nicht imstande, an einer Debatte in französischer Sprache teilzunehmen.

Tardieu nimmt Abschied vom politischen Leben.

Paris, 15. Mai. Tardieu veröffentlicht im Echo national seinen letzten Leitartikel. Er zieht darin die politische Bilanz und stellt mit viel Bitternis fest, daß seine Warnungen, die er in der letzten Zeit an die Vertreter des bloc national gerichtet habe, ungehört verhallt seien.

Ein Dementi.

Paris, 15. Mai. Echo national hat vorgestern behauptet, daß die Besprechung Macdonalds mit den belgischen Ministern in Chequers völlig ergebnislos verlaufen wäre. In der Mitteilung des Blattes heißt es, daß auf Grund der neuen französischen Wahlen sich ein Ruck nach links ergeben hätte, so daß das Schicksal der Entente und der Sachverständigenberichte auf dem Spiele stände. Aus Brüssel wird hierzu gemeldet, daß die belgischen Regierungskreise ein amtliches Dementi der von dem englischen Blatt gemachten Angabe erlassen hat. Ferner veröffentlicht der Quai d'Orsay ein kategorisches Dementi.

(*)

Deutschnationale Erfüllungspolitik.

Berlin, 15. März. Unter obiger Ueberschrift veröffentlicht das Mitglied des preußischen Landtags, der Abgeordnete v. Lindeiner-Wildau in der Nachtausgabe des Tag einen Artikel, in dem er sich zunächst dagegen wendet, daß man die Deutschnationalen im Auslande als unmögliche Verhandlungsgegner, im Inlande aber als Wortbrüchige an den Versprechungen des Wahlkampfes hinstellt. Diesem Zweck müsse insbesondere das Interview dienen, das Staatsminister a. D. Hergt vor einigen Tagen dem Berliner Lokalanzeiger erteilt habe. Man wolle aus Hergts Aeußerungen zur Frage der Stellung der Parteien zum Sachverständigen-Gutachten dieses Gefühl herauslesen. Diese Verdrehungen bergen aber Gefahren einer Täuschung des Auslandes in sich, deren Folgen Deutschland insgesamt bei den möglicherweise kommenden Verhandlungen zu tragen hätte. Der Verfasser zitiert dann noch einmal die von Hergt bezüglich der Haltung der Deutschnationalen aufgestellten Sätze unter Erwähnung der von Hergt gemachten Vorbehalte und schreibt, wer ihm daraus einen Vorwurf machen will, scheint zu übersehen, daß der Vorsitzende, der aus dem Wahlkampf siegreich hervorgegangenen Partei bei seinen Aeußerungen nicht zuerst den Vorteil seiner Partei im Auge haben darf, sondern daran denken muß, daß er oder seine politischen Freunde vielleicht demnächst am Verhandlungstisch mit unseren Gegnern sitzen werden und daß es mehr als unklug wäre, jetzt bereits den Rahmen aufzustellen, innerhalb dessen im einzelnen ein Entgegenkommen zu erwarten ist. Staatsminister a. D. Hergt spricht ausdrücklich von einer befriedigenden Lösung der deutschen Gesamtfrage.

Er erklärte, daß es unmöglich sei, in den kommenden Verhandlungen die politischen von den wirtschaftlichen Fragen zu trennen. Es sei also eine unwahrhaftige Verdrehung, dem Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei aus seiner Feststellung das wir dem Sachverständigengutachten nicht von vornherein ein volles Unannehmbar entgegensetzen, den Vorwurf des Umfallens zu machen. Es bleibe aber bei einem grundlegenden Unterschied zwischen den Richtlinien der Deutschnationalen und denen der bisherigen Regierung. Da sich das Kabinet Marx-Stresemann durch seine Note an die Reparationskommission vom 16. April bereits festgelegt hätte, würden die Unterhändler dieses Kabinetts also mit gebundenen Händen und leeren Taschen an den Verhandlungstisch kommen. Wörtlich heißt es dann: Was wir etwa noch als Gegenleistung für Konzessionen an Deutschland zu geben hätten, haben wir im voraus fortgeschenkt. Wir waren auf die Großmut unserer Gegner angewiesen. Eine deutschnationale Regierung ist frei von solchen Bindungen. Zum Schluß heißt es, unsere parteipolitischen Gegner haben durch fünf Jahre den Tatbeweis fortgesetzter Nachgiebigkeit erbracht. Das dürfte aber kein Grund sein, den gleichen Willen zum Nachgeben auch bei uns vorauszusetzen. Die Art, wie man unseren Gegnern im Ausland geradezu anrät, einer deutschnationalen Regierung nur gar kein Entgegenkommen zu zeigen, grenzt nahezu an Hochverrat. Auch im Ausland diskutiert man sehr ernste Abänderungsvorschläge zum Sachverständigengutachten. Der Verfasser glaubt zu wissen, daß die ernsthaften Politiker der ganzen Welt das größte Interesse daran haben, zu einer Lösung der deutschen Frage zu kommen, die Aussicht auf Frieden verspricht und nicht sofort den Keim neuer Konflikte in sich trägt.

Der Separatistenprozeß vor dem süddeutschen Straffenat.

Stuttgart, 15. Mai. Im Schwurgerichtssaale des Justizgebäudes nahmen heute vormittag 9 Uhr die auf drei Tage berechneten Verhandlungen des süddeutschen Senats des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik gegen 11 Separatisten aus der Rheinpfalz und Baden ihren Anfang. Der Gerichtshof setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzender Senatspräsident am Reichsgericht Niedner in Leipzig. Berichterstatter sind die Reichsgerichtsräte Doehn und Dr. Baumgarten, Anklagevertreter: Oberreichsanwalt Dr. Vetter; Beisitzer: Universitätsprofessor Dr. van Calker-München, Oberlandesgerichtspräsident a. D. Geheimrat Klemm-Nürnberg, Schriftleiter Cajetan Freund-München, Staatspräsident a. D. Blos-Stuttgart, Reichskanzler a. D. Fehrenbach-Freiburg, Bürgermeister a. D. Adelung-Mainz; Protokollführer ist der Obersekretär Schmoll vom Landgericht Stuttgart. Die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Dr. Adler, Christlieb, Dr. Schilling I. von Stuttgart und des Karlsruher Rechtsanwaltes Stadtrat Marum. Der Zugang zum Verhandlungssaal war nur gegen Karten gestattet. Vor dem Eintritt in die Verhandlung bezeichnete der Vorsitzende es als wünschenswert, daß zur Orientierung über die rheinisch-pfälzische Separatistenbewegung und über die Vorgänge, die sich im November v. Js. in der Pfalz unter der Separatistenherrschaft abgespielt haben, ein Sachverständigengutachten erstattet wird. Der hierfür als sachverständige Zeuge geladene Dr. von Eberlein, der Vorstand der Hilfsstelle der Pfalz in Heidelberg gewesen sei, sei aus politischen Gründen nicht in der Lage. An seiner Stelle sei daher Regierungsrat Hausmann im bayerischen Außenministerium geladen worden, aber bis jetzt noch nicht erschienen.

Den Angeklagten wird zur Last gelegt, daß sie im Herbst und Winter 1923 in verschiedenen Städten der Pfalz und zum Teil auch in Baden mit einer Reihe von Personen daraufhinarbeiteten, einen Teil des deutschen Bundesgebietes vom Reiche loszulösen, tatkräftige Hilfe zu einem Verbrechen der Beihilfe zum Hochverrat geleistet zu haben. Gegen den Angeklagten Gilcher lautet die Anklage außerdem auf Beteiligung am Hochverrat. Gegen einige Angeklagten kann, wie der Vorsitzende weiter bemerkt, ein Vergehen gegen die bayerische Verordnung vom Jahre 1923 in Betracht kommen, wonach mit Zuchthaus eventuell mit dem Tode bestraft wird, wer im besetzten Gebiet einer feindlichen Macht Vorschub leistet. Nach Feststellung der Personalien der Angeklagten wird zunächst als sachverständiger Zeuge über die Vorgänge, die sich in der Pfalz im November v. Js. abgespielt haben, Kriminaloberkommissar Sachs gehört, der seit 1. Januar der Pfalzhilfsstelle-Heidelberg zugeteilt war. Er schilderte den Anfang der Separatistenbewegung in der Pfalz, die bis August v. Js. zurückgehe und in der zunächst ein gewisser Oskar Fischer von Ludwigshafen eine Rolle spielte. Als aber bekannt wurde, daß Fischer Geld, das re in Wiesbaden unzweifelhaft von französischer Seite zur Unterstützung der separatistischen Bewegung erhalten hatte, für sich verbrauchte, ging die Führung der Separatistenbewegung auf den Führer der freien Bauernschaft der Pfalz, den bekannten Heinz aus Orbis über.

Nach Aussage des Sachverständigen-Zeugen war es allgemein bekannt, daß der pfälzische Separatistenbewegung darauf abzielte, die Pfalz von Bayern und Deutschland loszureißen und als selbständigen autonomen Staat der Rheinischen Republik anzugliedern. Die Bewegung sei auch von den Franzosen mit Geld, Lebensmitteln, Freifahrscheinen für die Regiebahn usw. unterstützt worden. Weiter schildert der Sachverständige die im Laufe des November von den Separatisten vorgenommene Besetzung der öffentlichen Gebäude in der Pfalz und führte aus, wie die aus der pfälzischen Bevölkerung kommende Gegenbewegung, die sich in Selbstschutzverbänden organisierte von den Separatisten mit französischer Hilfe unterdrückt wurde, vor allem dadurch, daß die deutsche Gendarmerie entwaffnet und die im Selbstschutz organisierten Leute wegen Zugehörigkeit zu verbotenen Verbänden von den Franzosen bestraft wurden. Der Zeuge bezeichnet es auch als ausgeschlossen, daß irgend jemand in der Pfalz oder sonstwo über das Ziel der separatistischen Bewegung nicht unterrichtet gewesen wäre. Weiter ging aus den Aussagen des Sachverständigenzeugen hervor, daß die Franzosen in Baden Spionagebüros unterhalten, in deren Dienste sehr häufig Separatisten stehen.

Hierauf wird der erste Angeklagte, der 19jährige Kaufmann Ernst Fett aus Dielkirchen in der Pfalz vernommen. Er gibt an, daß er im November v. J., wie übrigens auch sein Vater, bereits seit längerer Zeit arbeitslos gewesen sei und sich schließlich durch Vermittlung eines Arbeiterführers Franz Müller von Rockenhausen an den Vorstand der freien Bauernschaft, Phil. Gast, und an den Dolmetscher Klein, der in französischen Diensten gestanden habe, gewandt habe. Der Dolmetscher Klein habe ihm Beschäftigung bei der Regiebahn in Aussicht gestellt und ihn ein französisch abgefaßtes Formular unterschreiben lassen, worin er (Fett) sich verpflichtete, nichts gegen die separatistische Bewegung in der Pfalz zu unternehmen.

Vorsitzender: Ist Ihnen als ehrlichem Deutschen nicht höchst zuwider gewesen, daß sie ein solches Formular unterschreiben sollten?

Angeklagter: Ich war seit längerer Zeit arbeitslos und die Arbeitslosenunterstützung konnte ich nur unregelmäßig und oft erst nach langer Zeit erhalten.

(Die Sitzung dauert an.)

(*)

Das Schlichtungsverfahren über den Bergbaukonflikt.

Berlin, 15. Mai. Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über das zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeiterorganisationen eingeleitete Schlichtungsverfahren konnten gestern noch nicht zu Ende geführt werden. Die Verhandlungen gehen heute vormittag weiter.

(*)

Zur Tagung des Reichsparteivorstandes der Zentrumspartei.

Am 24. u. 25. Mai wird in Berlin der Reichsparteivorstand des Zentrums zusammentreten. Man darf wohl, ohne zu übertreiben, sagen, daß diese Tagung von so wichtiger Bedeutung ist, wie selten eine zuvor. Nicht nur für die Zukunft der Partei, sondern auch für die weitere Entwicklung der deutschen Politik, denn auch im neuen Reichstag ist das Zentrum von ausschlaggebender Bedeutung. Das letztere kann gerade jetzt nicht oft und eindringlich genug betont werden; nicht etwa um das Verantwortungsbewußtsein bei den leitenden Stellen in der Partei zu stärken — das ist vorhanden — sondern das Selbstbewußtsein, das in den letzten Jahren bisweilen mehr als nötig zurücktrat.

Der Parteivorstand wird sich zunächst mit den Wahlen und ihrem Ergebnis beschäftigen. Das Ergebnis ist gewiß nicht unerfreulich, wenn man bedenkt, daß das Zentrum trotz des Ansturmes von rechts noch ein paar hundert tausend Stimmen mehr aufbringen konnte als bei den vorletzten Wahlen. Und trotzdem befriedigt es nicht ganz. Es kann nicht verkannt werden, daß in den überwiegend katholischen Gegenden — insbesondere in Schlesien, im Rheinland und in Westfalen — die Deutschnationalen in einem Maße ihre Stimme vermehrt haben, das zu denken gibt. Mit der Tatsache, daß die deutschnationale Partei diesmal das Sammelbecken aller Unzufriedenen geworden ist, ist das Ergebnis nicht allein zu erklären; auch damit nicht, daß in gewissen mittleren und oberen Schichten der Bevölkerung sich nun einmal ein „Zug nach rechts" geltend macht, der über kurz oder lang wieder aufhören werde. Wir möchten auch nicht annehmen, daß in diesen Gegenden in der Wahlagitation irgend etwas versäumt wurde. — Presse und Organisationen haben wohl das Menschenmögliche geleistet. Woher kommt es nun? — Das Zentrum hat sich in den letzten Jahren immer mehr in die Defensive drängen lassen; seine Politik — die Kunst, das Mögliche zu erreichen — war gut, die Verteidigung seiner Politik war weniger gut. Wer auf dem politischen Kampffeld gewinnen will, kann nicht dauernd in der Defensive bleiben, er muß, überzeugt von seiner Sache, auch zur Offensive übergehen. An Offensivgeist hat es gefehlt, nicht bei den Wahlen, aber in den Monaten und Jahren vorher. Die Fraktion hat ihre Politik mehr entschuldigt als nach allen Regeln der Kunst verteidigt.

Weiter: Die Wahlen in Bayern. Sie bedeuten — man mache sich nichts vor — für das Zentrum nicht nur keinen Erfolg, sondern einen glatten Mißerfolg. Die Rechnung, daß das „offizielle" Zentrum bei den Reichstagswahlen ein paar tausend Stimmen mehr bekommen hat als das „inoffizielle" bei den bayerischen Landtagswahlen, besagt nichts. Wenn eine Partei von der Bedeutung des Zentrums „nach Bayern marschiert", dann muß etwas dabei herauskommen, oder die Taktik war falsch. Es ist nichts dabei heraus gekommen als rund siebzigtausend Stimmen, die auf der Reichsliste zählen — kein einziges Mandat ist in Bayern selbst erobert worden, nicht einmal in der Pfalz. Die Rechnung in Bayern war also falsch. Wer die Verhältnisse auch nur einigermaßen kannte und sich nicht Illusionen hingab, hat das auch vorausgesehen. Aber selbst wenn in Bayern statt 70 000 Stimmen 170 000 abgegeben worden wären — die Taktik wäre dadurch nicht richtiger geworden. Wir sind die letzten, welche die Politik der Bayerischen Volkspartei bewundern, manche Fehler und sehr viele Unterlassungssünden sind von ihre begangen worden. Wollte man im Zentrum den „Marsch nach Bayern" anfangen, so hätte dies entweder vor Jahr und Tag geschehen müssen oder überhaupt nicht — der Augenblick, in dem es zum offenen Bruch zwischen den Deutschvölkischen aller Schattierungen und der Bayerischen Volkspartei kam, war der denkbar ungünstigste. Von diesem Zeitpunkt an durfte im Zentrum nichts mehr geschehen, was die Kluft zwischen den beiden Bruderparteien erweitern konnte, im Gegenteil hätte man versuchen sollen, strittige Fragen zu klären und zunächst programmatisch zu einer Einigung zu kommen. Das ist — trotz des bekannten Briefwechsels und der Frankfurter Besprechungen — nicht in dem Maße geschehen, welches die Wichtigkeit der Sache erforderte. Es kam (zur Freude derer um Ludendorff) zum Kampf, bei dem beide Parteien schlecht abschnitten. Wie ganz anders hätten die Wahlen in Bayern verlaufen können, wenn, angesichts der kulturkämpferischen Tendenzen rechtsgerichteter Kreise, Zentrum und Bayerische Volkspartei darauf verzichtet hätten, gegeneinander zu marschieren. Wir sind überzeugt, das wäre, geschickt ausgenutzt, in Bayern der Volkspartei und im Reich dem Zentrum zugute gekommen, hätte mit großer Wahrscheinlichkeit hier und dort hunderttausende von Stimmen, die jetzt den Deutschnationalen zugefallen sind, den Parteien zugeführt, in die sie von rechtswegen gehören. Wir hoffen, der Parteivorstand wird dafür sorgen, daß sich die Partei in Bayern nicht noch weiter in die Sackgasse verirrt, in die sie bei den Wahlen zum Reichstag geraten ist. Es ist ein Unding, daß Zentrum und Bayerische Volkspartei sich einander befehden, statt ernsthaft nach einer Verständigung und Einigung zu streben. Personenfragen dürfen dabei keine Rolle spielen — es geht hier um die Sache und nicht um Personen. Bringt uns die Tagung des Parteivorstandes in dieser Beziehung einen Schritt weiter, dann wird damit nicht zuletzt dem katholischen Deutschland, dem gerade heute Einigkeit bitter not tut, ein Dienst erwiesen.

Der Reichsparteivorstand wird sich aber auch mit den aktuellen Fragen der nächsten Zukunft zu befassen haben. Was soll nach diesem Wahlausfall werden? Nicht die Mitte — das Zentrum — wohl aber die Flügelparteien der Mitte — Deutsche Volkspartei und Sozialdemokratie — sind stark geschwächt worden zugunsten der radikalen Parteien rechts und links und der Deutschnationalen Partei, die heute noch nicht recht weiß, ob sie ihrem Hang zur Opposition oder ihrem Wunsch nach Besitz der Regierungsgewalt im Reich und vor allem in Preußen nachgeben soll. Vorerst — sicher bis zum Zusammentritt des Reichstages — wird das Kabinett Marx im Amte bleiben. Wenn nachher die Deutschnationalen Lust verspüren sollten, als „Sieger im Wahlkampf" die Führung der Reichsgeschäfte zu übernehmen, so sollte man sie in ihrem Betätigungsdrange nicht hindern. Sie werden sich dann entweder ungeachtet aller Wahlversprechen zu einer Politik der praktischen Arbeit bekehren müssen, oder binnen kurzem Fiasko machen. Jedensfalls hat das Zentrum keine Veranlassung, die Deutschnationale Volkspartei an dem einen oder anderen zu hindern. Das Zentrum ist weder nach links noch nach rechts hin gebunden — es wird im neuen Reichstag gute alte Zentrumspolitik treiben, ob es an der Regierung teilnimmt oder nicht. Die Linie der Außenpolitik ist dem Zentrum klar vorgezeichnet: auf der Basis des Sachverständigengutachtens für eine tragbare Regelung der Reparationsfrage und möglichste Erleichterung der dem besetzten Gebiete auferlegten Lasten, unter Ablehnung alles Säbelrasselns, getreu der Parole, die Reichskanzler Marx vor den Wahlen ausgab: Durch Arbeit zum Frieden und zur Freiheit. Auch auf dem Gebiet der Innenpolitik kann es für das Zentrum nur die eine Richtlinie geben: Unbedingte Treue zur Verfassung und scharfer Kampf gegen alle umstürzlerischen Bestrebungen von rechts oder links. Kulturpolitisch werden wir jetzt vor allem auf die Verabschiedung des Reichsschulgesetzes dringen müssen. Wer dem Zentrum bei dieser Arbeit hilft, ob rechts oder links, ist im Grunde genommen gleich — die Hauptsache ist, daß sie geleistet wird. Wir erwarten sie vom Reichstag; findet das Zentrum damit keinen Anklang, so mögen andere einmal die Last der Verantwortung übernehmen. Von parteipolitischem Standpunkt aus können wir es nur begrüßen, das Zentrum auch einmal außerhalb der Regierung zu sehen.

Ueber eine Frage darf kein Zweifel sein: Die Politik der Länder darf von dem Kurs der Reichspolitik, der möglicher Weise sehr im Zickzack geht, nicht berührt werden. Es würde zu ganz unerträglichen Zuständen führen, wenn bei jedem Regierungswechsel, bei jeder Koalitionsänderung im Reiche auch die Länder davon betroffen werden sollten. Das dürfte wohl auch für Preußen gelten. Die Deutschnationalen waren vor Monaten einmal bereit, sich grundsätzlich zur Erfüllungspolitik und sogar zur Republik zu bekennen unter der Bedingung, daß sie in Preußen einige gewichtige Regierungsstellen bekommen hätten; und als dieser Preis nicht winkte, schwenkten sie wieder in die alte Oppositionsstellung ein. Wir werden in den nächsten Wochen vielleicht ähnliches erleben. Da heißt es: principiis obsta! Es liegt auch heute kein sachlicher Grund vor, die Länder in ihrer Politik vom Reiche her beeinflussen zu lassen.

Eine sehr wichtige Frage möchten wir dem Parteivorstand noch nahelegen: die Frage des Beamtenabbaues und der Parität. Es sind da gelegentlich der Wahlen (warum nicht schon vorher?) ganz unglaubliche Dinge zur Sprache gekommen. So sollen z. B. im Reichsernährungsministerium, in dem die Parität relativ gut gewahrt war, 17 katholische Beamte abgebaut und nur noch drei übrig geblieben sein. Im preußischen Finanzministerium verbleiben nach dem Abbau zweier katholischer Ministerialräte noch zwei unter 22! Im preußischen Ministerium des Innern ist ein einziger Katholik unter 16 Ministerialräten vorhanden, und in den Besoldungsgruppen X bis XII ebenfalls ein einziger. Einen Oberregierungsrat, der das „Verbrechen" begangen hatte, während des Krieges zur katholischen Kirche überzutreten, wurde vor kurzem abgebaut, trotz bester Qualifikation! Wir könnten, aus Preußen wie aus dem Reiche, noch eine Reihe weiterer Fälle anführen, möchten uns aber vorerst mit diesen Andeutungen begnügen. In einigen Monaten wird sich zeigen, wie gut es die alte Bürokratie verstanden hat, im Reich und in Preußen die schüchternsten Anfänge der Parität zu beseitigen. Mußte das so kommen? —

—(*)—

Baden.

Zum Besuch des Staatspräsidenten Dr. Köhler in Berlin.

Durch das Wolffbüro wird aus Berlin folgende Meldung verbreitet:

„Wie in Blättermeldungen zu dem im wesentlichen bereits dementierten Einspruch der bayerischen Regierung gegen die Aufhebung der sogenannten Pfalzzentrale in Heidelberg mitgeteilt wird, galt der damit in Zusammenhang gebrachte Besuch des badischen Staatspräsidenten Dr. Köhler in Berlin durchaus anderen, und zwar vor allem verkehrstechnischen Zwecken. Dr. Köhler, der im Auswärtigen Amt überhaupt nicht gewesen ist, hatte allerdings bei seinem Besuch in Berlin eine Besprechung mit dem ihm persönlich befreundeten Reichskanzler Marx, wobei auch über die Auflösung der Pfalzzentrale gesprochen wurde."

Grundfragen der Zentrumspolitik.

Unter diesem Titel ist im Verlag der Germania in Berlin ein politisches Handbuch in Frage und Antwort erschienen, das den bekannten Zentrumsabgeordneten, Professor Dr. Georg Schreiber in Münster i. W. zum Verfasser hat. Schon der Name des Verfassers bürgt für eine gründliche und den Zwecken der Aufklärung über die Zentrumspolitik entsprechende Arbeit. Es ist lange her, seitdem ein solches, für den Zentrumspolitiker schlechthin unentbehrliches Buch erschienen ist, umso unentbehrlicher, als sich inzwischen viele Verhältnisse gründlich geändert haben, während die Grundsätze der Zentrumspartei die alten geblieben sind. Ein im Jahre 1900 von Paul Siebertz verfaßtes und dem gleichen Zweck dienendes Buch mit dem Titel „Politisch-soziales abc" ist inzwischen veraltet und kann nur noch historisches Interesse beanspruchen. Jahrelang wurde eine Neubearbeitung aller mit der Zentrumspolitik zusammenhängenden Fragen und deren Zusammenfassung in einem praktischen Handbuch schmerzlich vermißt. Jetzt ist diesem Bedürfnis durch das Buch Schreibers abgeholfen. Das Buch enthält ein Sachregister, so daß eine Orientierung über Einzelfragen leicht möglich ist. Der Nachdruck ist, wie schon der Titel besagt, auf die Grundfragen der Zentrumspolitik gelegt, die knapp aber klar behandelt werden. Ganz auf die neue politische Aera eingestellt und von aktuellstem Gegenwartsinteresse eingegeben, arbeitet das Buch doch die immer gleich bleibenden großen Richtlinien heraus, die das Zentrum als christliche Weltanschauungspartei hat. Das Buch gehört in die Hand eines Jeden, der für die Zentrumspartei tätig ist; aber auch jeder, der den Drang hat, die Zentrumspolitik gründlich kennen zu lernen, muß zu diesem Buch greifen, das zu dem billigen Preis von 1.50 M. von jeder Buchhandlung, auch der Badenia, Karlsruhe, zu beziehen ist.

Nicht gegeneinander, sondern füreinander!

Am Schluß der Rede, die Prälat Dr. Schofer am letzten Sonntag in einer großen Zentrumsversammlung in Neustadt a. d. H. hielt, sprach er noch ernste Worte, die bei uns, wie in Bayern beherzigt zu werden verdienen. Er führte aus:

Wer es ehrlich meint mit diesen großen Aufgaben, ehrlich meint mit dem Schutze der Kirche, mit dem Dienst gegenüber Volk und Vaterland, der kann nur eines wünschen und das ist die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Katholiken auf politischem Felde. Diese Geschlossenheit fordert der Dienst am Vaterland. Wenn wir rings um uns schauen, so ist die Signatur: Zerrissenheit, und Zersplitterung und damit Ohnmacht. Wenn wir tiefer schauen und nach dem Grunde dieser Erscheinung fragen, dann ist es eine gewisse Vermaterialisierung und Fanatisierung, die zu diesem politischen Elend treibt. Je größer diese politische Zersplitterung wird an Umfang und an Intensität, um so größer ist die Aufgabe, die der politischen Vertretung der deutschen Katholiken zufällt. Umso einiger und geschlossener und zielbewußter müßten sie aber auch auftreten. Die Fortschritte des Radikalismus erfordern dies erst recht. Bayern macht hier keine Ausnahme.

Zur Forderung, die das Vaterland im allgemeinen stellt, gehört die große gewaltige Aufgabe der Versöhnung der Stände mit der Erfüllung der sozialen Ausgleichspflichten. Wer diese wünscht und jeder, der das Vaterunser betet, der muß eine starke in sich geschlossene Vertretung des katholischen Volksteiles herbeiführen und alles vermeiden, was diese Einheit und Geschlossenheit auf dem politischen Feld in Frage stellt. Ganz besonders aber muß diese Forderung gestellt werden im Hinblick auf den Schutz des Kreuzes. Wer die Wetterzeichen versteht, der kann nur sagen, sie deuten auf Sturm. Nicht umsonst hat mehr wie ein deutscher Bischof vor dem neuen Kulturkampf gewarnt. Die Zeichen weisen darauf hin. Wenn das aber so ist, dann kann es nur eines geben in dieser Zeit: Nicht auseinander, nicht gegeneinander, sondern füreinander und miteinander! (Bravo!) Wie es in der Zeit der Väter war.

An unseren Schwierigkeiten im eigenen Lager hat man auf der anderen Seite Freude. Man schürt die Uneinigkeit und sucht die einen gegen die anderen mobil zu machen. Es sind bestimmte Kräfte, die offenbar in der Oeffentlichkeit nicht gesehen werden wollen, an der Arbeit, durch die Uneinigkeit im katholischen Lager politischen Vorteil zu erzielen. Gegen solche politische Tendenzen kann es bei uns nur eine Parole geben: Einig und geschlossen!

Ich glaube nicht irre zu gehen, wenn ich sage, daß die Führer den Dank des katholischen Volksteils, aber auch den Dank weiter Kreise darüber hinaus sich sichern, die über vieles hinweg der Einigkeit eine Gasse bahnen. Ich sage das hier öffentlich aus, sage es mit der ernsten Ueberzeugung meiner Seele, ich weiß auch, daß der Wille, die Hand zum Ausgleich, zur Versöhnung zu bieten unter der Fahne des Zentrums ein starker und entschiedener ist. Es steht mir nicht zu, hier nach einer anderen Seite eine Bitte zu stellen oder Ratschläge zu erteilen. Aber die Hoffnung darf ich aussprechen, daß sich erfülle, was am Sarge unseres großen Windthorst gesprochen wurde von dem ersten kirchlichen Würdenträger unserer deutschen Heimat: Seid einig, einig, einig!

Das ist ein Wort, das zur rechten Zeit gesprochen wurde. Hoffen wir, daß die Folgerungen daraus allenthalben gezogen werden. Wie wir hören, wird übrigens die Rede Dr. Schofers, die das sehr aktuelle Thema vom „alten" und „neuen" Zentrum behandelt, als Broschüre herausgegeben.

90 Tage in den Händen chinesischer Räuber.

Aus Hankau, Anfang April, wird uns geschrieben:

Der deutsche Missionar Strauß war im letzten Winter im Hunangebirge 80 Tage in der Gefangenschaft chinesischer Räuber. Den äußerst interessanten Aufzeichnungen des Herrn Strauß über seine Erlebnisse bei den Räubern seien die folgenden Stellen entnommen:

Am 16. Oktober 1923 hatte ich auf einem Marsche durch das Gebirge der Provinz Hunan den Gipfel des höchsten Gebirgspasses, des Shui-feng-lai, erreicht und wartete bei einem hohen Galgen, der diesen Gipfel „ziert", auf meine Träger. Bei der nächsten Telegraphenstange bemerkte ich 15 bis 20 Personen, die sich in dem hohen Gras und Gestrüpp zu verstecken schienen. Ihre Uniformen, Mützen und Gewehre brachten mich zu der Annahme, daß es Soldaten sein könnten, die hier den Räubern auflauerten. Mittlerweile hatten meine Leute auch den Gipfel erreicht und auch sie waren der Meinung, daß die uns gegenüber immer wieder auftauchenden Gestalten Soldaten wären.

Plötzlich kamen diese vermeintlichen Soldaten mit wildem Geheul, schußbereiten Gewehren und gezückten langen Messern auf uns zugelaufen. Ich war immer noch der Meinung, daß es Soldaten wären und rief ihnen beim Näherkommen zu, daß unten alles ruhig sei, ich hätte keine Räuber gesehen. Doch wer beschreibt meinen Schrecken, als ein Räuber sich sogleich an mir zu schaffen machte und mich meiner Kravatte, meines Bargeldes und aller Wertsachen, die ich bei mir hatte, beraubte, während andere über meinen Koffer herfielen und wieder andere meinen Diener ausraubten.

Bei einem Gehöft, dem Hauptquartier der Bande, setzte ich mich auf eine Bank und nahm wahr, wie grausam die Räuber ihre eigenen Landsleute behandelten. Ein alter Mann, der sein Bündel nicht schnell genug von der Schulter brachte, bekam einen Fußtritt in den Leib und brach lautlos zusammen. Ein Kuli stellte seine Last nicht sofort ab und erhielt dafür einen Messerstich in den Oberschenkel. Die Räuber gebärdeten sich wirklich nicht mehr wie Menschen, es schien tatsächlich die Hölle mit ihren Mächten entfesselt zu sein. . . .

Meine Wächter führten mich einen sehr steilen Weg zum Gipfel eines Berges. Hier war nur ein ganz kleines Strohhüttchen, das früher schon als janglan, d. h. als Schafstall benutzt worden war. Das Hüttchen war so niedrig, daß man nur auf den Knien hineinkriechen konnte. In diesem Schafstall residierte ich 8 Tage. Während der ersten 3 Tage regnete es ohne aufzuhören. Unser Hüttlein wurde arg mitgenommen; immer wieder lief das Regenwetter von oben und unten hinein, so daß wir sehr froh waren, als endlich wieder die liebe Sonne schien und wir unsere nassen Kleider und die eine Wattedecke, die wir hatten, trocknen konnten. Gelegenheit zum Waschen hatte ich nicht. Ich muß recht bedauernswert ausgesehen haben. Mehrere Tage nicht gewaschen, Schuhe und Strümpfe in Fetzen, die Kleider von oben bis unten mit Lehm beschmiert, denn, wie erwähnt, mußte man in das Hüttle immer auf den Knien hinein und ebenso wieder hinaus.

Nicht selten wurden wir nachts durch Tiger geweckt. Solange wir am offenen Feuer saßen, kam kein Tiger heran, aber sobald wir uns zur Ruhe begaben, schlichen sich diese Bestien an unsere Hütte. Die Räuber hatten dann große Angst und schossen aufs ungewisse in die Nacht hinaus. Am anderen Morgen sah man dann gelegentlich die frischen Spuren der Tigertatzen. Es wurde erzählt, daß ein großer Huang-lao-chong, ein großer Königstiger, schon an 50 Menschen fortgeschleppt hatte. . . .

Als der Räuberhauptmann Tuan mich in meinen zerfetzten und beschmutzten Sachen sah, entschuldigte er sich. Ich mußte mich zu ihm aufs Bett setzen und er gab mir Erdnüsse, Kastanien und Melonenkerne. Ein Räuber mußte mir sofort Waschwasser bringen, ein anderer sollte mir eine gute Schüssel mit Nudeln und zwei Eiteneiern zubereiten. So gab sich Tuan Mühe, für mich zu sorgen, so gut er es unter diesen Verhältnissen tun konnte. Auch gab er mir ein paar neue Strümpfe und Schuhe. Ein andermal, nach einem langen Marsche, kam Tuan wieder zu uns, brachte mir extra schöne Kastanien und entschuldigte sich, als er meine zerschundenen Hände und Füße sah. Tuan befreundete sich immer mehr mit mir. So hatte ich auch öfter Gelegenheit, mit ihm in allem Ernst und mit aller Liebe über sein Seelenheil zu sprechen. Eines Abends war er innerlich so bewegt von dem, was ich ihm sagte, daß er den Räubern gebot mit dem Kartenspiel aufzuhören und meiner Predigt zuzuhören. . . .

Eines Tages kam mir der Gedanke, daß es vielleicht möglich wäre, zu entfliehen. In der Nacht, es mag gegen 3 Uhr gewesen sein, stand ich auf, steckte Hut und Schuhe in die Rocktaschen und leise, aber so schnell als möglich, entfernte ich mich vom Lager. Alles ging anscheinend gut. Aber dann verlor ich den schmalen Weg und in der Angst, von den Räubern verfolgt oder gar getötet zu werden, bahnte ich mir einen neuen Weg durch Dornen und Gestrüpp. Schließlich gelangte ich an eine freie Stelle im Walde und schon glaubte ich aller Gefahr entronnen zu sein, als ich mich plötzlich vor einem schauerlichen Abgrund sah, den der Mond gespensterhaft beleuchtete. In demselben Moment stürzte ich auch schon hinab, konnte mich aber noch mit den Händen an dem aus der Felswand herauswachsenden Gestrüpp festhalten. So schwebte ich zwischen Himmel und Erde, aber wunderbarerweise gewann ich noch genug Kraft, mich an dem Gestrüpp wieder hinaufzuziehen. Hände und Füße voller Dornen trat ich nun den Rückweg nach dem Lager an. Dort hatte man inzwischen meine Flucht entdeckt und wohl o[illegible] und den Nachbarlagern waren aufgeboten, um mich wieder einzufangen. Wie mir später Räuber selbst sagten, hatte Tuan den Befehl ausgegeben, falls man mich fände, mich weder zu binden noch zu schlagen, sondern anständig zu behandeln. Im Lager angekommen, rief mir Tuan zu, er freue sich, daß ich wieder da sei, ich hätte nichts zu befürchten. Gewöhnlich werden Gefangene, wenn sie nach mißlungener Flucht wieder eingefangen werden, sehr mißhandelt oder wenigstens Tag und Nacht an Händen und Füßen gefesselt. . .

(Herr Strauß wurde, wohl weil die Räuber ärgerlich waren, daß Tuan ihn so gut behandelte und vor allem, weil Tuan ihnen um seinetwillen das Kartenspielen verboten hatte, zu einem anderen Räuberhauptmann, namens Pan, geschafft, in dessen Händen er dann fast zwei Monate war.) Pan verstand sein blutiges Handwerk aus dem ff. Er war schon mit 14 Jahren Räuber geworden und hatte sich in den 10 Jahren seiner Verbrecherlaufbahn zum Räuberhauptmann heraufgearbeitet. Die anderen Räuber fürchteten ihn allgemein und sagten von ihm, daß er Menschen abschlachte, wie ein anderer Hühner schlachtet. Pan hatte außer einem guten Gewehr auch noch zwei lange Mordzügen zurückkam — er war viel fort und hielt sich selten länger als einen Tag im Lager auf — dann zeigte er mir gelegentlich seine beiden zwei Fuß langen blutigen Messer mit der Bemerkung, daß er immer beide brauche. Merkwürdigerweise war er mir gegenüber, bis auf einige Drohungen in der letzten Zeit, immer freundlich. . . .

In dieser Wildnis, so weit weg von jeder menschlichen Wohnstätte, und für so viele Menschen — es waren im ganzen über 2000 Räuber, wozu noch die vielen im Dienste der Räuber stehenden Leute kamen — war die Versorgung mit Lebensmitteln äußerst schwierig. Manchmal hatten wir keinen Reis und aßen Klöße aus Buchweizen. So lange es im Walde noch Pilze gab, suchten wir täglich Pilze. Als diese nicht mehr nachwuchsen, weil schon Winter war, aßen wir wilde Sellerie, allerdings nur die Blätter davon, denn die fasrigen Wurzeln dieser Pflanzen waren ungenießbar. Aber schließlich war auch keine wilde Sellerie mehr zu finden. Die Räuber aßen dann ein Bitterkraut, das noch häufig zu finden war, das ich aber nicht essen konnte. Pan brachte von seinen Raubzügen gelegentlich Süßkartoffeln oder etwas Honig. Diese Delikatessen wurden brüderlich unter alle Räuber geteilt; ich bekam in der Regel die größte Portion. Wenn ein Huhn oder eine Ente geschlachtet wurde, was dann immer ein Festessen gab, wollte mir Pan anfangs immer eine besondere Ehre antun, indem er mir den Kopf, die Füße und den Darm des Huhnes oder der Ente reichte. Bei den Räubern sind dies die wertvollsten Stücke und in der Regel ißt nur der Räuberhauptmann oder dessen Freund diese Stücke. Als mir Pan immer wieder diese Ehre erwies, dankte ich höflichst, indem ich ihm offen sagte, daß ich noch niemals zu Hause einen Hühnerkopf gegessen hätte. . . .

Die Räuber verlangten gleich zu Anfang meiner Gefangenschaft 600 000 Dollars Lösegeld. Später gingen sie auf 120 000 Dollars herab. Als aber keine Aussicht war, soviel Geld zu bekommen, meinten sie, daß 80 000 Dollars auch schon genug seien. Schließlich wollten sie sich auch mit 30- oder 40 000 Dollars zufrieden geben, weniger dürfe es aber auf keinen Fall sein, sonst würden sie mich töten. Noch am 26. Dezember sagten mir die Leute, wenn in den nächsten Tagen kein Geld käme, dann würden sie mich in Stücke schneiden. Schließlich aber war Pan willig, mich für den geringen Preis von 300—400 Dollars freizulassen. Am 31. Dezember durfte ich meine Sachen packen und den Berg hinab in die Freiheit ziehen.

—(*)—

Aus der Partei.

Vertagung der Sitzung des Parteivorstandes der Zentrumspartei.

Die für den 17. und 18. Mai einberufene Tagung des Reichsparteivorstandes der Zentrumspartei unter Hinzuziehung der Landes- und Provinzialvorsitzenden und der Generalsekretäre hat eine Vertagung auf den 24. und 25. Mai erfahren müssen. Die Verlegung ist notwendig geworden, nachdem der Reichstag nicht mehr in der laufenden Woche, sondern erst am 27. Mai zusammentritt.

—(*)—

Beamtenfragen.

Beamtengehaltserhöhungen gefordert.

Berlin, 15. Mai. Die Spitzenorganisationen der deutschen Beamtenschaft haben einen 6er-Ausschuß gewählt, der sofort die nötigen Vorbereitungen für einen Antrag der Erhöhung der Beamtengehälter an die Regierung vorbereitet. Mit dem Reichsfinanzministerium ist bereits verhandelt worden. Er vertrat die Ansicht, daß den Teuerungsverhältnissen Rechnung getragen werden müsse, daß es aber notwendig sei, aus dem ganzen Lande Uebersichten über die Lebenshaltungskosten und die Beamteneinkommen zu erhalten.

—(*)—

Kirchliche Nachrichten.

Exerzitienhaus Feldkirch.

Exerzitien für Männer und Arbeiter finden vom 6. bis 10. Juni statt.

In der zweiten Hälfte des Jahres sind folgende Exerzitienkurse vorgesehen: Priester: 20.—29. Aug. (8tägig.) 15.—19. Sept., 21.—27. Sept. (6tägig), 13.—17. Okt. Herren: 4.—8. Aug., 8.—12. Sept. Lehrer: 1.—5. Sept., 6. bis 10. Okt. Akademiker: 29. Sept. bis 3. Okt. Primaner, Abiturienten des Humanistischen und Realgymnasiums: 14.—18. August. Männer: 20.—24. Okt. Arbeiter: 31. Okt. bis 4. Nov. Jungmänner: 5.—9. Dezember. Die Exerzitien beginnen am Abend und schließen am Morgen der vorstehend genannten Tage. Die Deutschen wollen zugleich mit der Anmeldung einen einfachen Schein ans Exerzitienhaus senden und zwar mit Angabe von Name, Alter, Wohnort und Beruf, worauf ihnen die Ausweiskarte zur paßfreien Grenzüberschreitung zugesandt wird.

*

Oos. Kirchenmusikalisches. Ernster Wiederaufbauwille und rege Tätigkeit macht sich auf dem Gebiete der kath. Kirchenmusik in unserer Erzdiözese allgemein geltend. Die Organisten und Chordirigenten haben sich seit einigen Jahren im „Verband kath. Kirchenmusiker der Erzdiözese Freiburg" zusammengeschlossen in erster Linie zur Hebung und Förderung der kath. Kirchenmusik. Der Verband will in engster harmonischer Zusammenarbeit mit der Kirchenbehörde und dem neu rekonstruierten Diözesan-Cäcilienverein, der leider bis jetzt nur wenig in tätige Erscheinung getreten ist, seinem edlen Zwecke dienen. Im Kath. Kirchenmusiker (Schriftleitung Musikdirektor Otto Schäfer in B.-Baden, Druck und Verlag Joh. Pfeiffer, B.-Baden) hat sich der Verband ein Organ geschaffen, das seines gediegenen Inhalts wegen auch außerhalb der Erzdiözese weite Verbreitung gefunden hat. Vielerorts werden von einzelnen wie von vereinigten Kirchenchören besondere kirchenmusikalische Aufführungen veranstaltet zur Förderung der Kirchenmusik und zur Belebung des allgemeinen Interesses. Eine vor kurzem erschienene erzbischöfliche Verordnung hat feste Normen und Richtlinien für solche besonderen kirchenmusikalische Veranstaltungen in den Kirchen gegeben, die vor Abwegen und Irrungen bewahren soll und die von jedem ernsten Kirchenmusiker anerkannt und begrüßt werden. — Auf Sonntag, den 18. Mai, 3 Uhr nachmittags, lädt der Pfarrcäcilienverein Oos zu einer kirchenmusikalischen Aufführung in der Pfarrkirche zu Oos ein. Nach dem vorliegenden Programm, das von der Kirchenbehörde genehmigt ist, muß sie als eine bedeutsame Veranstaltung angesprochen werden. Wir finden auf dem Programm nur einen Komponisten: B. Goller, Professor und Direktor der großen Kirchenmusikschule in Klosterneuburg bei Wien. Dem Musikkenner wird in den Vorführungen vom Erstlingswerk bis zur neuen Schöpfung aus dem Jahre 1923 ein Bild vom aufsteigenden künstlerischen Schaffen des Meisters gegeben. Planmäßigkeit und Geschlossenheit tritt auch in der Reihenfolge der Gesänge hervor. Der erste Teil enthält die Chorgesänge des liturgischen Hochamtes am hl. Fronleichnamsfeste mit der klangschönen Orgelmesse in hon. Skt. Gerardi Majella und den Wechselgesängen des Festes, Introitus und Communion in Choral, Graduale und Offertorium in Gollerscher Bearbeitung. Eine vorausgehende Predigt des hochw. Herrn Klosterpfarrers Dr. Elble in B.-Baden wird die Einführung in die herrliche Liturgie des hohen Festes geben. Im zweiten Teil folgt eine feierliche Maiandacht mit entsprechenden Gesängen. Die Veranstaltung wird dem Besuche angelegentlich empfohlen.

—(*)—

Karlsruhe.

Die Vertreterversammlung des Lebensbedürfnisvereins Karlsruhe e. G. m. b. H. fand am 9. Mai im großen Rathaussaal statt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Oberpostinspektor Manz, eröffnete um 7¾ Uhr die Sitzung mit der Feststellung, daß die Vertreterversammlung satzungsgemäß einberufen wurde, und ernannte zum Protokollführer Oberfinanzinspektor Baschang. Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Geschäftsbericht und Vorlage der Rechnungsabschlusses für 1923" sprach Direktor Maucher. Wenn auch die Papiermarkbilanz mit ihren phantastischen Zahlen, die gedruckt vorliegt, kein klares Bild geben könne, so zeige sie doch, daß der Verein am Ende des Jahres 1923, das für ganz Deutschland ein Unglücksjahr war, gesichert dastehe. Der bilanzmäßig ausgewiesene Reinertrag (rechnungsmäßiger Saldo) von 206,516 Billionen Mark sei allerdings lediglich ein Scheingewinn. Die Schwierigkeiten der Warenbeschaffung seien enorm gewesen. Der Vorstand sei während der ganzen Inflationsperiode in seinen geschäftlichen Maßnahmen äußerst vorsichtig gewesen, so daß er erklären könne, daß der Verein auf festen Füßen stehe und daß in Zukunft wieder günstigere Ergebnisse zu erwarten seien. Im Anschluß an den Bericht über das Geschäftsjahr 1923 berichtete Direktor Thomann über das Ergebnis der ersten vier Monate des neuen Jahres. Nach dem Abflauen des Inflationssturmes sei eine recht erfreuliche Aufwärtsentwicklung eingetreten. Abgesehen von der Kohlenabteilung, wo das Geschäft noch flau sei, seien in allen Betriebsabteilungen recht befriedigende Umsätze und Umsatzsteigerungen zu verzeichnen, so daß bereits eine erhebliche Personalvermehrung vorgenommen werden mußte. Auch die Sparkasse habe sich gut entwickelt. Diese erfreulichen Geschäftsergebnisse ermöglichen die Eröffnung zweier neuer Verkaufsstellen. Ferner sei eine völlige Modernisierung der maschinellen Anlagen der Bäckerei in Aussicht genommen. Mit den Arbeiten sei bereits begonnen worden. Auch die Mitgliederbewegung sei befriedigend; zwar sei eine geringe Anzahl Mitglieder infolge der Neufestsetzung der Anteile und infolge der irrtümlichen Auffassung, daß diese Anteile sofort eingezahlt werden müßten, ausgetreten. Aber diesen Austritten stehe eine größere Zahl von Beitrittserklärungen gegenüber, so daß kein Mitgliederverlust zu verzeichnen sei. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates stellt fest, daß die Geschäfte seitens des Vorstandes ordnungsgemäß geführt worden sind. Ein Wort des Dankes an die Mitglieder des Vorstandes ist eine Pflicht. Nach eingehender Erörterung, in der sämtliche Redner mit Genugtuung das Wiederaufblühen der Genossenschaftsbewegung würdigten, wurde dem Vorstand und Aufsichtsrat einstimmig Entlastung erteilt. Zu § 10 der Satzung befürwortete Direktor Thomann eine Aenderung der Einzahlungsfrist. Vorschlagsgemäß wird einstimmig beschlossen, daß der auf 30 Mark festgesetzte Geschäftsanteil mit Einzahlungen von 10 Mark jährlich in drei Jahren einzuzahlen ist. Werden Einzahlungen nicht gemacht, so wird die Dividende auf Geschäftsanteilkonto gutgeschrieben. Ueber „Goldbilanz und Aufwertungsfragen" referierte Direktor Prull. Er führte aus, daß die Papiermarkabschlußbilanzen kein Bild mehr über die Lage der Unternehmungen gewähren und daß daher die Aufstellung von Goldbilanzen, wie sie jetzt durch die Goldbilanzierungsverordnung vorgeschrieben worden ist, dringend erwünscht sei. Leider konnten jetzt die meisten Unternehmungen Goldbilanzen noch nicht aufstellen, da verschiedene Passivposten ziffernmäßig erst dann bestimmt werden können, wenn die Aufwertungsfrage ihre endgültige gesetzliche Regelung gefunden hat. Was die Aufwertung der Spareinlagen und Schuldverschreibungen angehe, so sei diese von der letzten Vertreterversammlung verschoben worden bis nach dem Inkrafttreten der dritten Steuernotverordnung. Was die Geschäftsanteile anbelange, so habe die letzte Vertreterversammlung beschlossen, die alten Geschäftsanteile nach dem Grundsatz umzurechnen: 1 Billion = 1 Rentenmark. Durch diesen Beschluß sei dem Verein die riesenhafte Arbeit der Feststellung der Goldwerte der Geschäftsanteile erspart worden, die bei den Hunderttausenden von Buchungen zwei Angestellte etwa 1 Jahr lang beschäftigt haben würde. Weiter sei durch diesen Beschluß erreicht worden, daß austretende Mitglieder bei einer Entschädigung für frühere Geschäftsanteile nicht berücksichtigt zu werden brauchen. Nach eingehender Würdigung aller Momente schlage die Gesamtverwaltung einmütig folgende Entschließung zur Annahme vor: Der Lebensbedürfnisverein Karlsruhe wird Spareinlagen und Schuldverschreibungen in einem die Bestimmungen der dritten Steuernotverordnung übersteigenden Maße aufwerten. Da nach den Erklärungen aller maßgebenden politischen Parteien bald nach dem Zusammentritt des Reichstages eine neue parlamentarische Behandlung des Aufwertungsproblems stattfinden wird und da mithin die jetzigen Bestimmungen kaum als endgültige angesehen werden können, da auch die Feststellung der Goldwerte aufgrund der Bestimmungen der dritten Steuernotverordnung bei der großen Zahl kleiner Spareinlagen und Schuldverschreibungen eine erhebliche Arbeit erfordern würde, wird die Vertreterversammlung über den Grad der Aufwertung nach dem Inkrafttreten endgültiger gesetzlicher Bestimmungen beschließen. Die Vertreterversammlung erklärt weiter, daß die Frage der Aufwertung der Geschäftsanteile auch heute nicht spruchreif ist. Die Vertreterversammlung beschließt, daß zunächst von dem Reinertrag der nächsten drei Jahre je 10 Proz. für die Gewährung einer besonderen Rückvergütung an die Besitzer der vor dem 1. Januar 1918 eingezahlten Geschäftsanteile, soweit sie noch Mitglied sind, im Voraus auszuwerfen ist. Der Verwaltung wird anheim gestellt, bei günstigem Geschäftsergebnis den für diese Zwecke bereitzustellenden Betrag höher zu bemessen. Diese Rückvergütung ist den betreffenden Mitgliedern auf besonderem Konto gutzuschreiben und nach einer noch zu bestimmenden Sperrfrist entweder auf Geschäftsanteilkonto zu übertragen oder auszuzahlen. Auf Vorschlag des Herrn Prestel fand eine Erörterung über das ausführliche und instruktive Referat nicht statt. Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme der Entschließung. Zu Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden hierauf einstimmig gewählt, die Herren: Stadtrat Flößer, Geschäftsführer Hof, Baurat Koßmann, Rechtsanwalt Kreutzer, Bauinspektor Penner, Postinspektor Zimmermann und Kalkulator Spachholz. Nach einigen allgemeinen Mitteilungen über die Erhöhung des Zinsfußes für Spareinlagen schloß der Vorsitzende die Vertreterversammlung mit der Feststellung, daß der Verein nach den guten Ergebnissen des neuen Jahres und nach dem schönen Verlauf der Vertreterversammlung mit frohem Mute in die Zukunft blicken kann.

Jubiläumstagung des badischen Konditorenverbandes.

Im Rahmen der hier stattfindenden Tagung des Deutschen Konditorenbundes fand am Dienstag hier der 25. Verbandstag des badischen Konditorenverbandes statt, der einen sehr starken Besuch aufzuweisen hatte. Der Verbandsvorsitzende Oehler-Karlsruhe eröffnete die Tagung mit Begrüßungsworten, die er besonders an die erschienenen Vertreter der Stadtverwaltung, des Landesgewerbeamts, der Handwerkerorganisationen und der Presse richtete. Der Vorsitzende wies darauf hin, in welch umfassenden Maße die Organisation der Konditoren in den letzten Jahren gewachsen ist und wie sie heute fast sämtliche badischen Konditormeister umfaßt. Zum Gedächtnis der verstorbenen Mitglieder erhoben sich die Versammelten von den Sitzen. Es folgte eine Reihe von Begrüßungsansprachen. Der Vertreter des badischen Landesgewerbeamts Regierungsrat Bucerius überreichte dem Verband eine künstlerisch ausgeführte Urkunde, in der in besonderen Worten des 25jährigen Bestehens des Verbandes gedacht ist und dankte dem Verband für die Arbeit, die er aus eigener Kraft geleistet und die ihn vorwärts gebracht hat. Der Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe Stadtrat Isenmann-Bruchsal überbrachte die Grüße des badischen Kammertags u. der Landeswirtschaftsstelle des badischen Handwerks und rühmte die Verdienste des Konditorenverbandes um die Stärkung der Handwerker- und Gewerbeorganisationen. Weitere Begrüßungs- und Beglückwünschungsworte sprachen die Vertreter der Reichszentrale deutscher Konditorengenossenschaften und der Konditor-Rohstoff-A.-G., der Stadtverwaltung Karlsruhe, der rheinischen Konditoren, des sächsischen Konditorinnungsverbandes, des deutschen Konditorenbundes, ferner die Vertreter aus dem Westfalenland, aus Bayern, Schlesien, Württemberg und Hessen. Der Ehrenvorsitzende Stadtrat Roesser-Heidelberg erinnerte an die Entstehungsjahre des Verbandes, wonach ein von dem zweiten Vorsitzenden Freund-Karlsruhe abgefaßter Rückblick über die vergangenen 25 Jahre Verbandstätigkeit zur Verlesung kam. Die geschäftlichen Angelegenheiten waren rasch erledigt. Aus der Mitte der Tagungsteilnehmer wurde gewünscht, der Verband möge sich dafür einsetzen, daß die Sonntagsarbeit im Konditorengewerbe wieder genehmigt werde. Bei der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand, Theodor Oehler-Karlsruhe 1. Vorsitzender, Richard Freund-Karlsruhe 2. Vorsitzender und L. Oesterle-Karlsruhe Kassier einschließlich der acht Bezirks-Vorsitzenden in den verschiedenen badischen Städten wieder gewählt. Als Ort der nächstjährigen Tagung wurde Villingen bestimmt.

Treue Dienste. Fräulein Adolphine Fessenmeier hier kann am heutigen Tage auf eine 30jährige Dienstzeit bei der Firma Käppele, Waldstraße, zurückblicken. Eine Reihe von Jahren ist sie Leiterin der Filiale und ist durch ihre Gewissenhaftigkeit, Tüchtigkeit und Liebenswürdigkeit gegenüber dem Publikum eine sehr geachtete, stadtbekannte Persönlichkeit. Es ist in der heutigen Zeit ein schönes Beispiel treuer Dienstleistung, das hier gegeben wird. Wir gratulieren zu diesem Tage.

:: Die Berliner Philharmoniker in Karlsruhe. Heute, Freitag, den 16. Mai, findet abends halb 8 Uhr das wiederholt angekündigte Symphoniekonzert des Berliner Philharmonischen Orchesters unter Leitung seines genialen Führers Generalmusikdirektor Wilhelm Furtwängler statt. Die Berliner Philharmoniker gelten seit 50 Jahren neben dem Orchester der Berliner Staatsoper und der Dresdener Staatskapelle als bestes Orchester Deutschlands. Wie wir in Erfahrung brachten, haben die „Philharmoniker" schon einmal in Karlsruhe gespielt und zwar vor 15 Jahren unter Leitung von Richard Strauß. Die musikalischen Kreise der Karlsruher Bevölkerung sind sich der Bedeutung dieses außergewöhnlichen Konzertes bewußt, denn wie uns die Konzertdirektion Kurt Neufeldt mitteilt, ist die Kartennachfrage äußerst rege; es kann jedoch nicht die Rede davon sein, daß keine Karten mehr zu haben sind, wie gerüchtweise behauptet worden ist. Es gibt vielmehr noch Eintrittskarten in allen Preisen im Vorverkauf Waldstraße 39, sowie ab 7 Uhr an der Abendkasse der Festhalle.

Wetterbericht.

Voraussichtliche Witterung für Freitag, 16. Mai: Zeitweise wolkig, Gewitterregen, zunächst nur leichte Abkühlung.

Geschäftliche Mitteilungen.

Gute Stimmung ist im ganzen Hause, wenn der Tag mit einer guten Tasse Kaffee beginnt. Einen erprobten Rat möchten wir Ihnen dafür geben: Man nehme Pfeiffer u. Dillers Kaffee-Essenz zu Bohnen, Korn, Gerste oder Malz, dann erhält man ein Getränk, das allen mundet. Voll und rein im Geschmack, dabei wohl bekömmlich, spart man dabei noch ganz erheblich. Pfeiffer u. Dillers Kaffee-Essenz ist ein Erzeugnis aus reinen Zuckerstoffen, dem nicht nur voller Gehalt und starke Färbekraft innewohnt, sondern es veranlaßt auch, daß die Grundstoffe von Bohnen, Korn, Gerste oder Malz vollkommen ausgenutzt werden. Darin liegt der hohe Wert der Pfeiffer u. Dillers Kaffee-Essenz.

Windthorstbund Karlsruhe.

Freitag, den 16. Mai 1924, abends ½9 Uhr, im Hotel-Restaurant „Hohenzollern"

Bundes-Abend

mit Vortrag des Hochw. Herrn Geistl. Rat Meyer über

„Die Reichstagswahlen".

Es ist Pflicht eines jeden Bundesfreundes zu diesem Vortrage zu erscheinen. Der Vorstand.

Plannkuch & Co

Touristen Proviant

verschied. Sorten **Käse:** Edelweiß-Camembert Schachtel 1.70 M. Portion 30 Pf. Camembert vollfett Schachtel 40 Pf. Himbeersaft Citronensaft Brausebonbon Stück 5 Pf.

Plannkuch & Co

Zum Eier-Einlegen!

Eingetroffen:

1 Waggon Einmachtöpfe

braun per Liter 25 ₰
grau-blau per Liter 35 ₰

Butter-Kühler 2.85 2.50

TIETZ

Organisation sucht

4 für Bürozwecke geeignete **Räume** in zentraler Lage per 1. Juni eventl. auch später

zu mieten.

Angebote unter Nr. 679 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Ausflugsort Busenbach.

Gasthaus „Zum Deutschen Kaiser"

10 Minuten von der Station der Albtalbahn.

Grosser Saal für Vereine und Gesellschaften. Terrassen und schattige Gärten.

Schrempp-Printz-Bier :: Reine Weine

Besitzer: **Hermann Müller.**

Bismarck

der eiserne Kanzler!

In unserem Verlage erschien:

Mit der Mutter

Maigedanken von Kuratus Richard Gröhl

94 Seiten, geheftet Mk. 0.60

Katholisches Sonntagsblatt Breslau:

Unser katholisches Volk hört bei den allabendlichen Maiandachten, die nun bald wieder beginnen werden, gern auch ein belehrendes kurzes Wort, um es aus der Poesie dieser so beliebten Abendandachten in den Alltag mitzunehmen. Da eignen sich die volkstümlichen Maigedanken, die unser Mitarbeiter Pfarrer Gröhl in seinem neuesten Büchlein „Mit der Mutter" für alle Tage des Monats Mai zusammengestellt hat, recht gut zu kurzen Ansprachen, aber auch zum Vorlesen. An jede der kurzen Betrachtungen schließt sich ein dem Inhalt derselben entsprechendes Gebet an. Besonders der Geistlichkeit sei das Büchlein darum zur Beachtung empfohlen.

Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei Karlsruhe

MILD · FETTREICH · REIN
AUSGIEBIG UND BILLIG
IST
FLAMMER SEIFE
DIE
GLÄNZENDE · WÄSCHERIN
FÜR · WÄSCHE · UND · HAUS
HERSTELLER: KRAEMER & FLAMMER · HEILBRONN

In der Ordensgenossenschaft der barmherzigen Franziskanerbrüder zu Waldbreitbach b. Coblenz finden brave Jünglinge aller Stände und Berufe, die d. lieb. Gott ganz angehören wollen, jederzeit liebevolle Aufnahme.

Die Haupttätigkeit der Brüder besteht in Werken d. christl. Caritas, d. im In- u. Auslande innerhalb 9 Diözesen vollbracht werden. Anmeldungen wolle man richten an den Generalobern zu St. Josefshaus bei Waldbreitbach.

Metallbetten Stahlmatratzen, Kinderbetten direkt an Private, Katalog 748 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl i. Thür.

Eine wirtschaftliche Mittelstandsorganisation (A.-G.) sucht zum baldmögl. Eintritt einen

tüchtigen, gewandten Kaufmann

Derselbe muß organisatorisches Talent haben und gute Allgemeinbildung besitzen. Badener bevorzugt. Bei zufriedenstellender Leistung wird Prokura erteilt und Vorstandsstelle in Aussicht gestellt. Bewerber wollen sich mit Bild und Lebenslauf unter Nr. 673 an die Geschäftsstelle ds. Bl. melden.

Auto, Motor- u. Fahrräder

werden fachgemäß, gut und billig repariert.

Michel, Jollystraße 2 (Hirschbrücke).

Plannkuch & Co

Touristen Proviant

Oelsardinen Dose 50 Pfg. 85 Pfg. und 1.— Mk.

Kirschwasser Zwetschgenwasser Weinbrand Liköre in Taschenflaschen mit Schraub-Becher Stück 80 Pfg.

Plannkuch & Co

Pfannkuchen

Für die wärmere Jahreszeit:

Apfelwein

Flasche ½ Liter Inhalt **25** Pfg. einschließl. Steuer

Limonade

Flasche ⅛ Liter Inhalt **12** Pfg.

Sodawasser

Flasche ⅛ Liter Inhalt **8** Pfg.

Flaschenpfand: für Apfelwein 5 Pf. Limonade und Sodawasser 20 Pf.

Pfannkuch & Co

BAD PETERSTAL

Hotel- und Kuranstalt „Marienbad".

Angenehmer, ruhiger Luftkur- und Badeort, fünf Mineralquellen im Hause, Stahl-, Salzquelle, Lithion-Eisensäuerling (einer der reichhaltigsten Deutschlands), Mineral-, Stahl-, Salz-, Moorbäder, Trink- und Badekuren mit anerkannt kräftigem und dauerndem Erfolg bei Erkrankungen des Blutes, der Verdauungsorgane, Hämorrhoidal-, Leber-, Nieren-, Gallen-, Frauenleiden, Krankheiten die auf harnsaurer Diathese beruhen, Rheumatis, Gicht. — Badearzt. — Hervorragende Verpflegung, prächtiger Park. — Leitung durch Vinzentiusschwestern. — Badische Station Appenweier—Oppenau (Autoverbindung), württembergische Station Freudenstadt (Autoverbindung).

=Adler=
Automobile
Fahrräder
Schreibmaschinen

Erstklassige Fabrikate empfiehlt

Alwin Vater

Zirkel 32 — Telef. 236

=Reparaturwerkstätte=

Ober-Hemden

in modernen Dessins mit 2 Kragen

Wäsche-Fabrik-Schorpp

Verkaufsstellen:
Kaiserstrasse 34 und 243, Rheinstrasse 18, Bernhardstrasse 5, Wilhelmstrasse 32, Augustastrasse 13.

Textil-Tage

Crêpe de chine

ca. 100 cm breit, in 35 versch. apart. Farben, unübertroffen in Preis und Farbensortiment

Meter **9.50** Mark

Knopf

Badische Gesellschaft für Radio-Technik Karlsruhe E. V.

Wir laden hiermit unsere Mitglieder zu der am **Freitag, den 16. ds. Mts., abends 8 Uhr pünktlich** im Saal III des **Colosseums** stattfindenden **Mitglieder-Versammlung** ein.

Tagesordnung:

1. Mitteilung des Vorstandes über die bisherige Vereinstätigkeit.
2. Anschluß der Gesellschaft an den Württembergischen Radioklub E. V. Stuttgart.
3. Experimentier-Erlaubnis.
4. Wünsche und Anträge.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Marie Klenert Wwe.

Feinkost und Kolonialwaren.

Mühlburg: Rheinstr. 50a (nchst. d. Hardtstr.
Weststadt: Scheffelstrasse 47
Oststadt: Karl Wilhelmstrasse 66 (beim Friedhof)
Südstadt: Augartenstrasse 37
Daxlanden: Agathenstr. 6 (Gartenstadt)

Empfehle als äusserst günstig solange Vorrat reicht:

Allerfeinste Eierfadennudeln lose p. Pfd. 28 ℳ
„ Eier-Gemüsenudeln „ „ 28 „
Schnittnudeln (Gemüsenudeln) „ „ 25 „
Maccaroni, lose und in Paketen, Eierröhrchen, Eierhohlnudeln usw.
Malzkaffee, lose . . . . per Pfd. 19 ℳ
Tee, sehr gute Mischung, lose ¼ „ 90 „
Kakao . . . . . „ „ 25 „
Kaffee, stets frisch gebrannten nur bessere Qualitäten „ „ v. 75 an
Confitüren: Aprikosen, Erdbeeren, Johannisbeeren usw.
2 Pfund-Eimer . . . . . 1 60 ℳ
5 „ Töpfe . . . . . 3.20 „
Marmelade, lose . per Pfund von 30 ℳ an

Ferner empfehle ich:
Täglich **frische Butter**, extra schwere Eier zum Einlegen.
Grösste Auswahl in **Touristenproviant.**
Diverse Wurstwaren und Käse.
Prompte Lieferung frei ins Haus.

Pfannkuchen

Für die wärmere Jahreszeit:

Garantiert reiner Himbeersaft

⅓-Liter-Flasche **2.50** ℳ
⅕-Liter-Flasche **1.40** ℳ

Brausebonbon Stück **5** Pfg.

Frische **Citronen** 3 Stück **20** Pfg. **8** und **10** Pfg. das Stück

Pfannkuch & Co

!! Sommersprossen !!
Ein einfaches wunderbares Mittel teile gern jedem kostenlos mit.
Frau M. Poloni, Hannover O 59, Edenstr. 30

FIDELITAS **STADTGARTEN**

(Nur bei günstigem Wetter.)
Samstag, den 17. Mai, abends 7½—10 Uhr: Konzert.
Orchester: Feuerwehrkapelle. Eintrittspreise wie gewöhnlich.

Ein Meisterwerk

der deutschen Schreibmaschinentechnik ist die

Tausende von Referenzen — Kulante Zahlungsbedingungen.

Kappel-Schreibmaschine
Modell II
Verlangen Sie Prospekte!

Maschinenfabrik **Kappel A.-G., Chemnitz**

Generalvertrieb für Württemberg und Mittelbaden:
J. Gg. Klaiss & Co. Stuttgart
Friedrichstrasse 13. — Telefon S.A. 20081

Badische Lichtspiele - Konzerthaus

Heute Freitag, Samstag und Sonntag, den 18. Mai, 8 Uhr abends, Samstag und Sonntag auch 4 Uhr nachmittags

Der Berg des Schicksals

Ein Hochgebirgsdrama

Vorverkauf: **Musikhaus Müller**, Kaiserstrasse, und **Papierhandlung Eissele**, Werderplatz.

Preise: -.80, 1.20, 1.50 Mk.

Bad. Landestheater.

Freitag, den 16. Mai. 8—n. ½10 Uhr. Sp. I. 5.40. Abon. B 21. Th.-Gem. B.V.B. I. Sondergruppe. Neu einstudiert: **Salome.**

Spielplan vom 17. Mai bis 27. Mai 1924.

Im Landestheater. Sa. 17. Mai. * Abon. D 22. Th.-G. B.V.B. Nr. 2501—2600, 3101—3400, 6001—6100. Uraufführung: Der Schild des Archilochos. Ein Spiel von Wilhelm Zentner. Hierauf zum erstenmal: Amphitryon. Lustspiel in drei Handlungen und einem Vorspiel von Molière, frei übertragen von Fritz Rumpf. 7½. (Sp. I. 4.20). — So. 18. Vormittags 11½ Uhr. VI. Musikalische Morgenfeier. Kammermusikwerke von Beethoven, 1 Mark, bezw. 75 Pfg.; abends 6½ Uhr * Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1401—1600, 4501—4700. Mignon. (Sp. I. 7.20). — Mo. 19. Volksbühne Q 3. Die Jungfrau von Orleans. 7½. (Sp. I. 4.20). — Die. 20. * Abon. C 22. Th.-G. B.V.B. Nr. 4701 bis 5000, 7101—7800. Der Zigeunerbaron. 7½. (Sp. I. 5.40). — Mi. 21 * Abon. E 21. Th.-G. B.V.B. Nr. 2601—3000. Sappho. 7½. (Sp. I. 4.20. — Do. 22. * Abon. G 21. Th.-Gem. B.V.B Nr. 1901—2100, II. und III. Sondergruppe. Der Schild des Archilochos. Hierauf: Amphitryon. 7½. (Sp. I. 4.20). — Fr. 23. * Abon. F 22 Th.-Gem. B.V.B. Nr. 5301—5600. Der Rosenkavalier. 7. (Sp. I. 5.40). — Sa. 24. * Abon. B. 22. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4001—4300, 5801 bis 6000. Kyritz-Pyritz. 7½. (Sp. I. 4.20). — So 25. * Abon. A 23. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 5001 bis 5200. Tristan und Isolde. 6. (Sp. I. 7.20). — Mo. 26. * Schülervorstellung: Die Jungfrau von Orleans. 7. (Sp. I. 4.20). — Die. 27. * Abon. D. 23. Th.Gem. B.V.B. Nr. 7401—7800. Violetta (La Traviata). 7½. (Sp. I. 5.40).

Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am **Samstag, den 17. Mai,** nachm. ½4—5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von **Montag, den 19. Mai** an

Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theatergemeinde jeweils am **Vortag** der Aufführung in der Geschäftsstelle (9—1, 4-6 Uhr).

Richard Strauss-Festwoche 1.—7. Juni.

Wilh. Kraut

Kolonialwaren
Delikatessen, Weine und Liköre
KARLSRUHE
Hebelstr. 13, am Markt
Telefon 4186
Bekannt billigste Preise. Lieferung frei Haus. Prompter Versand nach auswärts.

Elektrisches Orgelgebläse „Akiwa"

ruhiger Gang, geringster Stromverbrauch, solide Ausführung

liefert für jede Stromart und Spannung.

Bei Preisanfragen erbitte Registerzahl, ob pneumatische oder mechanische Orgel, ferner Stromart und Spannung.

Anton Kiene
Waldkirch (Breisgau).

So lange Vorrat reicht:
1 Posten weisse
Kopfkissen
mit Hohlsaum u. Stickerei p. Stück Mk. 3.30
Grosse Auswahl in weissen und bunten
Bettdamaste u. Bettbarchente
Arthur Baer, Kaiserstr. 133,
eine Treppe hoch, Eingang Kreuzstrasse.
Gegenüber der kleinen Kirche.

Kinderwagen Klappwagen Leiterwagen u. Korbmöbel
empfiehlt preiswert in grosser Auswahl
C. Gundlach, Wtw.
jetzt Wilhelmstrasse 58, kein Laden.

Trauer-Bilder -Karten -Briefe in grosser Auswahl zu mässigen Preisen liefert rasch
Buchdruckerei „Badenia" Karlsruhe

---

55 Jahre alter abgebauter Hochbautechniker mit 34 Dienstjahren sucht **Beschäftigung.**
Angebote [illegible] 677 an die [illegible] dieses [illegible]

Für sofort perfekte
Saaltochter
f. Restauration, perfektes
Büfettfräulein
gesucht. Offerten mit Zeugniskopien und Bild an **Hotel „Pelikan", Beuron**

Gesundes, junges **Mädchen** im Alter von 15—16 Jahren, welches Lust hat
Anlegerin
zu werden, sofort gesucht.
Badenia A.-G.
Adlerstraße 42.

Ein jüngeres, gesundes **Mädchen,** kinderliebend und gut katholisch, vom Lande, zur Mithilfe im Haushalt nach Karlsruhe gesucht. Derselben ist Gelegenheit geboten, sich im Kochen und allen Hausarbeiten gründlich auszubilden. Gute Behandlung und Familienanschluß zugesichert. Angeb. erbeten unt. Nr. 678 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Frachtbriefe liefert schnellstens **A.-G. Badenia**

Frau Schnatterich

Ausschneiden und aufbewahren! Es folgt ein Preisausschreiben!

4.

Frau Schnatterichs begeisterte Lobeshymnen auf das bewährte Hühneraugen-Pflaster Kukirol und auf das Kukirol-Fußbad haben ihre Busen-, Seelen- und Duzfreundin, deren Name nichts zur Sache tut, veranlaßt, sie um die Besorgung dieser beiden, allgemein gelobten Präparate zu bitten. Sie gerät mit ihrer geräumigen, gewichtigen Persönlichkeit aus Versehen in einen Laden, der die Aufschrift: „Gemüse-, Delikatessen- und Vorkosthandlung", außerdem aber ein blaues Schild mit der Aufschrift: „Drogen von A. Wasmuth & Co., Hamburg" trägt, eine sogenannte Schrankdrogerie, weil das ganze Lager samt der Fachkenntnis des Inhabers in einem Verkaufsschrank untergebracht ist. Frau Schnatterich, durch die Aufschrift Drogen in den Glauben versetzt, eine Fachdrogerie zu betreten, verlangt Kukirol. Da sie den Namen nicht richtig ausspricht (Kuh-kie-rohl), so stellt sich der Schrank-Drogist schwerhörig und gibt ihr ein anderes Mittel, denn die Kukirol-Fabrik beliefert derartige Geschäfte nicht. Frau Schnatterich protestiert entrüstet, der Verkäufer aber redet öllig, spricht von „ebenfalls sehr gut" und wird dafür von Frau Schnatterich zu einem sehr nützlichen Vierfüßler ernannt, dessen bessere Hälfte uns mit Butter versorgt. Er bietet ihr nun ein anderes Schächteichen an, das äußerlich beinahe wie eine Kukirol-Schachtel aussieht, aber in Wirklichkeit eine schlechte Nachahmung enthält. Ueber so viel Frechheit ist Frau Schnatterich zuerst sprachlos, dann aber erkundigt sie sich interessiert, ob er etwa einen größeren Vogel habe, ob er nicht von hier sei und sich vielleicht nicht ganz wohl befinde, und sagt einige treffende Worte über den Einfluß lose gewordener Schrauben auf die normale Denkfähigkeit. Bleich, aber gefaßt, läßt er diesen Wasserfall von energischen Worten über sich niedergehen. Frau Schnatterich aber schöpft Atem und fährt dann fort: Kukirol ist das beste Hühneraugen-Pflaster, das ich kenne. Es ist millionenfach bewährt, ärztlich empfohlen, lindert sofort die Schmerzen, und wenn man es auflegt, so ist das Hühnerauge binnen wenigen Tagen erledigt, ohne Schneiden, ohne Entzündung, ohne die Gefahr einer Blutvergiftung.

Das Kukirol-Fußbad aber ist für eine zweckmäßige Fußpflege erst recht unentbehrlich. Es beseitigt den häßlichen Schweißgeruch, verhütet Schwitzen, Brennen, Anschwellen und Wundlaufen der Füße, kräftigt Nerven und Sehnen, und wer es kennt, will es nie wieder entbehren. Jede größere Apotheke und wirkliche Fachdrogerie führt die in vielen Millionen Fällen bewährten und in der ganzen Welt beliebten Kukirol-Fabrikate (Kukirol-Hühneraugen-Pflaster 75 Pfennig pro Schachtel, Kukirol-Fußbad 50 Pfennig pro Packung). Beide Präparate kommen niemals lose, sondern nur in Original-Packungen in den Handel. Sie tragen die Schutzmarke „Hahn mit Fuß". Diese ist das sichere Zeichen für Echtheit. Wenn Sie sich andere Präparate als auch sehr gut aufreden lassen, so ist das nur Ihr Schaden, denn der Verkäufer redet nicht umsonst. Schlechtere Sachen müssen doch billiger sein als die guten, und an den schlechteren Präparaten muß der Verkäufer doch mehr verdienen. Also Vorsicht, lieber Käufer, und recht genau auf die Schutzmarke achten.

Wichtig! Verlangen Sie die aufklärende und lehrreiche Broschüre „Die richtige Fußpflege", die wir jedem Interessenten kostenlos und portofrei zusenden. Unsere, unter der Leitung eines alten, erfahrenen Arztes stehende Wissenschaftliche Abteilung erteilt gegen Einsendung von Rückporto kostenlos Rat und Auskunft über Alles, was Fußpflege und Fußleiden betrifft.

Kukirol-Fabrik Groß-Salze bei Magdeburg.

Die englischen und die deutschen sozialdemokrat. Gewerkschaften.

Ein christlicher Gewerkschaftsführer Badens schreibt uns:

Die deutsche Sozialdemokratie tut sich des öfteren etwas darauf zugute, daß der englische Premier ein Sozialdemokrat sei. „Macdonald," so sagt die Saarbrückener Volksstimme Nr. 58 vom 8. März, stand während des Krieges an der Spitze der unabhängigen Arbeiterpartei und damit an der Spitze der Kriegsgegner, als „Verräter" und Freund der Deutschen verfehmt und bespien. Die Labour Party hat als erste von allen sozialistischen Parteien der Ententeländer alle Reste der Kriegsideologie abgestreift und gegen die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, gegen die Gewaltpolitik der Gewaltfriedensverträge bei jeder Gelegenheit protestiert. Jedes Manifest der Labour Party (Arbeiterpartei) enthält die Forderung nach Revision der Friedensverträge."

Die Labour Party und die englischen Gewerkvereine werden mit den deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften auf eine Stufe gestellt und daraus die Folgerung gezogen: Seht, wie schön wäre es und wie glücklich würden die Völker sein, wenn die Sozialdemokratie überall die Herrschaft hätte und wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaften aller Länder in Verbrüderung miteinander den Weltfrieden brächten.

Ja, wie schön wäre es — aber leider ist es nicht so. Macdonald hat bis jetzt, trotz seiner Zugehörigkeit zur englischen Sozialdemokratie gezeigt, daß er in erster Linie Engländer und englisch, aber nicht, wie viele deutsche Sozialisten international eingestellt ist. Die praktische englische Politik (des Kabinetts Macdonald) hat bisher in vielen Fällen nur Zweifel gebracht; die englische Arbeiterregierung baut Schlachtschiffe, läßt die Rettung des konterrevolutionären Regimes in Ungarn durch eine internationale Anleihe zu, zögert in ihrer Haltung gegenüber der indischen Selbstverwaltung und verweigert ein Bekenntnis zur Revision von Versailles.

Ja, der Premierminister war bisher ein anderer als der Führer der Arbeiterpartei und Gewerkvereine. Die Saarbrückener Volksstimme tröstet sich mit den platonischen Worten: „Die Arbeiterregierung begnügt sich, das große geschichtliche Ereignis, das sie durch ihre bloße Existenz darstellt, zu sein; sie unterläßt es, dieses Ereignis zu markieren." Wenn die angeblich völkerbeglückenden Grundsätze der Sozialdemokraten aber nicht „markiert", das heißt doch wohl: nicht praktisch in die Tat umgesetzt werden, dann haben die Völker herzlich wenig davon. Es ist eben viel leichter in der Theorie und in Volksversammlungen beglückende Vorschläge zu entwickeln, als dieselben praktisch in das Völkerleben einzuführen und die Welt danach zu regieren. Das Internationalisieren ist vor allem der deutschen Sozialdemokratie eigen, die aber bisher in der Regierung des eigenen Volkes, sowie in der Anbahnung internationaler Verständigung auch ohne Erfolg blieb. Die englische Sozialdemokratie denkt und handelt viel zu nüchtern und praktisch, als daß sie den internationalen Utopien der deutschen Sozialdemokratie mehr als durch ein paar gelegentliche und unverbindliche Aeußerungen zustimmen würde. Dasselbe haben wir ja bei dem französischen Sozialisten Thomas erlebt, bei dem zuerst der Franzose und dann noch lange, lange der eingestellte Sozialdemokrat nicht kommt.

Völlig falsch ist es aber auch, wenn die englischen Gewerkvereine und die Labour-Party mit den deutschen freien Gewerkschaften in Parallele gesetzt werden. Das geschieht natürlich von seiten der Sozialdemokratie zur Stimmungsmache und zu Werbezwecken. In dieser Behauptung liegt ein zweifacher Irrtum: ein geschichtlicher, denn die englischen Gewerkvereine haben eine ganz andere Entwicklung hinter sich, als die deutschen Gewerkschaften; und ein sachlicher, denn die englischen sind in ihrer Organisation und ihren Aufgaben und Zielen wesentlich von den deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften verschieden.

Die englischen Gewerkvereine haben den Charakter rein wirtschaftlicher Organisationen. Sie sind religiös streng neutral, während die deutsche Sozialdemokratie und ihre freien Gewerkschaften religionsfeindlich sind. Ein sehr großer Teil der in den englischen Gewerkvereinen organisierten Arbeiterschaft ist religiös-konservativ gesinnt. Ihre Agitation und ihr praktisches Wirken stehen ohne weiteres im Einklang mit den Grundsätzen des Christentums. Die englischen Gewerkvereine würden es auf keinen Fall dulden, daß ihre Versammlungen und ihre Fachpresse zu Kampfstätten gegen die religiöse Gesinnung der einzelnen Mitglieder gemacht würden, wie wir das in Deutschland seit Jahren tagtäglich gewöhnt sind. In England herrscht infolge der Verbreitung der vielen Sekten eine noch weit größere Verschiedenheit der religiösen Anschauungen innerhalb der christlich gläubigen Arbeiterschaft, als dies in Deutschland der Fall ist. Dieser Umstand hat die englischen Arbeiter mit ihrem praktischen Sinn ohne weitere Kämpfe dazu gebracht, in den Gewerkvereinen die Behandlung religiöser Fragen gänzlich auszuschließen.

Die deutsche Sozialdemokratie war dagegen als Arbeiterbewegung von ihrem Begründer Karl Marx her, der in seinem Buch „Das Kapital" jede Religion verwirft und als Machwerk des menschlichen Kopfes bezeichnet (Bd. 1 S. 585) stets praktisch religionsfeindlich eingestellt. Wenn sie auch wie die englische die wirtschaftliche Besserstellung des Arbeiters und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen erstrebt, so hat sie daneben noch ein anderes Ziel: die materialistische Geschichtsauffassung unter das Volk zu tragen und das ist praktisch der Unglaube. Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glückes des Volkes ist nach Marx die Voraussetzung seines wirklichen Glückes.

Der zweite ebenso scharfe Gegensatz zwischen den englischen und deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften besteht darin, daß die englischen parteipolitisch neutral sind, während die freien Gewerkschaften in Deutschland stets die Vortruppen der Sozialdemokratie waren und sind. Die Reichstagswahl hat ja wieder erneut die enge Verbundenheit zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie gezeigt. Die englischen Arbeiter bilden keine ausgesprochene politische, sozialistische Partei. Die Ziele der politischen Parteien sind dort weiter als die der Gewerkvereine. Die Partei stellt Programme auf, die auf Geltendmachung politischer Ideen berechnet sind und die sich auf alle Gebiete des menschlichen und öffentlichen Lebens erstrecken (ähnlich wie die christlichen Gewerkschaften). Die Gewerkvereine treiben praktische Gegenwartsarbeit auf einem bestimmten Gebiet, das alle Volksgenossen in gleicher Weise interessiert. Auf diesem beruflichen und wirtschaftlichen Gebiet vereinigen sie sich zu vereinter Stoßkraft, auf allen anderen Gebieten lassen sie ihren Mitgliedern vollständige Bewegungsfreiheit und enthalten sie sich jeglicher Beeinflussung. Darin unterscheiden sie sich wesentlich von den deutschen freien Gewerkschaften, bei denen die Weltanschauung als treibender Faktor stets mehr oder weniger mitschwingt. In England heißt vieles „Sozialismus", was die deutsche Sozialdemokratie nicht als solches anerkennen würde. Förmliche Programme der englischen Sozialisten verwerfen den Umsturz und empfehlen die Reformen. Weil die englische Arbeiterschaft politisch und weltanschaulich tolerant ist, deshalb ist sie ruhiger, zielsicherer und erfolgreicher als die deutsche, die sich inmitten der weltanschaulichen und politischen Kämpfe gestellt hat, und somit die Arbeiterbewegung zersplittert hat.

Geradezu verheerend hat der jahrelange Kampf der sozialdemokratischen Gewerkschaften, den diese gegen jede religiöse Ueberzeugung geführt haben, gewirkt. — Heute ernten diese Herrschaften, von den Kommunisten, was sie in kurzsichtiger Verblendung gesät haben.

Ihr christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zieht hieraus die einzig richtige Lehre:

Schließt Euch enger in den christlichen Gewerkschaften zusammen.

(*)

Deutschland.

Aus Württemberg.

Am 4. Mai d. J. fanden in Württemberg nicht allein die Reichstags-, sondern auch die Landtagswahlen statt. Dieser doppelten Bedeutung entsprechend war die Wahlbeteiligung in Stadt und Land sehr stark. Trotz der vielfach in geradezu widerlich verlogener Weise stattgehabten skrupellosen Wahlagitation in Schrift und Wort sind irgendwie bedeutende Ausschreitungen im Lande nicht vorgekommen. Zur richtigen Würdigung des Wahlergebnisses für den Landtag ist im Auge zu behalten, daß die Herabsetzung der Abgeordnetensitze des Landtags von 101 auf 80 ohne weiteres eine Schwächung der einzelnen Parteien mit sich brachte.

Von den Reichstagsmandaten (Württemberg und Hohenzollern mit den Reststimmen von Baden) entfallen auf das Zentrum 4 Mandate (Bolz, Andre, Feilmeyer, Groß), auf die Demokratische Partei 2 Mandate (Wieland und Haußmann), auf den Bauernbund 4 Mandate (Vogt, Körner, Haag, Frhr. v. Stauffenberg), Sozialdemokraten 3 Mandate (Keil, Hildenbrand, Roßmann), Deutsche Volkspartei 1 Mandat (Beker), Kommunisten 2 Mandate (Stetter und Remmele), Vaterländisch-völkischer Rechtsblock 3 Mandate (Bazille, Siller, Rot), Völkisch-Sozialer Block 1 Mandat (Mergentaler). Von den 56 Bezirks- und 24 Landessitzen des württembergischen Landtags erhielten:

Bauern- und Weingärtnerbund	12	Bezirkssitze,	5	Landessitze,	zus. 17
Deutschdem. Partei	6	„	3	„	„ 9
Dtsch. Volkspartei	2	„	1	„	„ 3
Kommunisten	7	„	3	„	„ 10
Rechtsblock	6	„	2	„	„ 8
Sozialdem. Partei	9	„	4	„	„ 13
Völkisch-soz. Block	2	„	1	„	„ 3
Zentrum	12	„	5	„	„ 17

Das Zentrum kehrt also im Reichs- und Landtag trotz der scharfen Konkurrenz, den ihm der Bauern- und Weingärtnerbund in seinen ländlichen Bezirken gemacht hat, in seiner alten Stärke zurück; in Stuttgart-Stadt hat es sogar einen Zuwachs von 3000 Stimmen zu verzeichnen. Der Rechtsblock im weiteren Sinn (Deutschnationale, Deutschvölkische und Bauernbund), die als Fraktionsgemeinschaft im Landtag mit 25 Stimmen die stärkste Fraktion bilden, hat auf Kosten der Demokratie, die in Dr. Elsas wohl ihren besten Kopf in den Landtag gebracht hat, und der Sozialdemokratie recht gute Geschäfte getätigt. Die besten Wahlgeschäfte aber haben die Kommunisten gemacht, die den Herren von der Sozialdemokratie fast die Hälfte von deren bisherigen Stimmen abgenommen haben und in Stuttgart die stärkste Partei geworden sind, was nette Aussichten auf die im kommenden Herbst in Stuttgart stattfindenden Gemeinderatswahlen eröffnet und den bürgerlichen Parteien aller Farben zu denken geben sollte.

Nach der württembergischen Verfassung muß der Landtag am 16. Tag nach der Wahl erstmals zusammentreten. Demnach würde der Zusammentritt am 20. Mai erfolgen. Dabei wäre außer dem Landtagspräsidenten noch der Staatspräsident zu wählen, dem die Berufung der neuen Minister obliegt.

Rechtsblock (im weiteren Sinn, d. h. Bauernbund, Deutschnationale und Deutschvölkische) und Zentrum verfügen im Landtag mit zusammen 42 Stimmen über eine schwache Mehrheit; mit Einbeziehung im Notfall mit Hilfe der Deutschen Volkspartei mit ihren 3 Stimmen würde sich diese Mehrheit auf 45 Stimmen erhöhen.

Die alte Koalition (Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten) sind mit zusammen 39 Stimmen in der Minderheit, könnten aber im Notfall mit Hilfe der Deutschen Volkspartei gleichfalls eine Mehrheit von 42 Landtagsstimmen auf sich vereinigen.

Die Linke für sich allein ist absolut regierungsunfähig. Sonst steht die Tatsache fest, daß auch in Württemberg ohne Zentrum nicht regiert werden kann.

Politisch reif?

Von einem langjährigen parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus," sagt die Verfassung von Weimar. Wer tiefer in unsere Verhältnisse hineinsieht, erkennt mit Schrecken, wie politisch unreif weite Volkskreise sind. Da gibt es Arbeiterkreise, die restlos von der Schlagwortpolitik der Kommunisten sich füttern lassen; da gibt es Bauern, die nur noch ihren Stand sehen und meinen, alles andere habe für sie keinen Wert mehr. Akademiker lassen sich für einen neuen Krieg begeistern, trotzdem man gerade ihnen so viel Verstand und Einsicht zutrauen sollte, um zu erkennen und zu wissen, daß dieser Krieg unter den gegebenen Machtverhältnissen restlos für uns verloren wäre. Handwerker schließen sich vom politischen Leben selbst aus, indem sie Berufsgrüppchen bilden und bei den Wahlen gesondert vorgehen. Daß ihre Stimmen alle umsonst abgegeben worden sind, merken sie kaum, sonst könnten sie das nächste Mal nicht denselben Fehler wieder machen. Und so geht es durch alle Stände hindurch. Unserem Volke fehlt die Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge, in die politischen Triebfedern und die außenpolitischen Einwirkungen auf die deutsche Politik.

Leichte Besserung in der Finanzlage des Reiches.

Man schreibt uns aus Berlin:

Im Reichsfinanzministerium ist man gegenwärtig mit einer Nachprüfung der Finanzlage beschäftigt, die um deswillen so wichtig ist, weil hinsichtlich der Einnahmen wie der Ausgaben des Reiches recht einschneidende, zum Teil allerdings auch, namentlich was die Beamtenbesoldung und die Erhöhung der Bezüge der Rentner und der Kriegshinterbliebenen angeht, erfreuliche Maßnahmen davon abhängen. Es hat sich herausgestellt, daß der Reichsetat im ersten Vierteljahr im großen und ganzen hat balanziert werden können. Das ist möglich geworden durch den Umstand, daß die laufenden Steuern derartig ergiebig geworden sind, daß sie wieder zu einer festen Basis für die gesamte Reichsfinanzverwaltung werden können. Insbesondere ist die Einkommensteuer nächst der Umsatzsteuer erheblich im Wachsen begriffen. Die letztere freilich ist seit einiger Zeit in ihren Eingängen gedrückt, was mit der allgemeinen Wirtschaftslage und der durch sie bedingten verminderten Kaufkraft der Bevölkerung zusammenhängt. Auch die Vermögenssteuern, namentlich aus landwirtschaftlichen Betrieben, sind schwer einzubringen. Es zeigt sich doch, daß diese Steuern zum großen Teil einfach untragbar sind. Der Zuwachs der Einnahmen ist aber doch so beträchtlich, daß ohne allzu weitgehende optimistische Hoffnungen damit gerechnet werden kann, daß schon in nächster Zeit aus den Ueberschüssen Mittel für die Erhöhung der Beamtenbesoldung und der Unterstützungsbeiträge für Pensionäre, Hinterbliebene, Kleinrentner usw. zur Verfügung stehen werden. Die Verhandlungen darüber, ob und in welchem Maße das möglich ist, werden in den allernächsten Tagen im Reichsfinanzministerium einsetzen. Es ist möglich, daß der am 27. Mai zusammentretende Reichstag bereits genauere Mitteilungen nach dieser Richtung hin erhalten kann. Wenn sich die Finanzgebarung auch weiter in dem Maße entwickelt, wie jetzt, kann man wohl damit rechnen, daß bereits zum 1. Juli eine weitere Erhöhung der freilich immer noch sehr mäßigen Beamteneinkünfte möglich sein wird.

Die Goldbasis der deutschen Notenbank.

London, 15. Mai. Es hat in England ungeheueres Aufsehen erregt, daß der Aufsichtsrat der amerikanischen Bundes Reserve Bank in seinem Bericht über den Dawes-Plan den Anspruch aufgestellt hat, daß der Dollar anstelle des Pfundes die maßgebende Währungseinheit der Welt werden soll.

Die Prärie am Jacinto.

Von Charles Sealsfield.

2) (Fortsetzung.)

In dieser fatalen Lage wurden wir damit vertröstet: käme Zeit, käme Rat — wir könnten nichts Besseres tun, als Mustangs kaufen, deren die schönsten für Spottpreise zu haben waren, uns im Land umsehen und das Weitere dem lieben Gott und dem freien, souveränen Volke — die letzteren Worte waren natürlich leise gesprochen — überlassen.

Es war wohl das Klügste, was wir tun konnten; so kauften wir uns also vor allem Mustangs.

Diese Mustangs sind kleine, in der Regel nicht über dreizehn Hand hohe Pferde, die, von den Spaniern eingeführt und während ihrer dreihundertjährigen Oberherrschaft ins Unzählbare vermehrt, in Herden von Tausenden durch die Prärien von Texas, vorzüglich aber von Kohahuila streifen. In Texas beginnen sie jedoch bereits weniger zahlreich zu werden. Man fängt sie mit dem sogenannten Lasso, dessen Gebrauch, obwohl bekannt, ich doch näher beschreiben will, da ich, häufig Augenzeuge solcher Jagden, ihn vielleicht deutlicher zu versinnlichen vermag.

Der Lasso ist ein zwanzig bis dreißig Fuß langer und aus fingerbreiten Rindshautschnitten gedrehter, biegsamer Riemen, von dem ein Ende am Sattelknopfe befestigt, das andere aber, mit der Schlinge, vom Lassojäger in der Hand gehalten wird. Sowie dieser einen Trupp wilder Pferde aufstöbert, sucht er ihm mit seinen Gefährten vor allem den Wind abzugewinnen, dann aber sich ihm möglichst zu nähern. Selten oder nie entwischen die Tiere den geübten Jägern, die, wenn sie dreißig bis zwanzig Fuß nahe gekommen, demjenigen, das sie sich zur Beute ersehen, mit unfehlbarer Hand die Schlinge über den Kopf werfen. Die Schlinge geworfen, wirft der Reiter sogleich sein Pferd herum, die dem Tiere über den Kopf geworfene Schlinge schnürt diesem plötzlich die Kehle zusammen, und der im nächsten Augenblick darauf erfolgende äußerst heftige Riß des in entgegengesetzter Richtung fortschießenden Reiters betäubt das atemlose Pferd so gänzlich, daß es, auch nicht des mindesten Widerstandes fähig, wie ein Klotz rücklings geworfen, fällt und regungslos, beinahe leblos daliegt — nicht selten getötet oder hart beschädigt, jedenfalls mit einer Warnung, die es den Lasso sein ganzes Leben hindurch nicht vergessen läßt. Ein auf diese Weise eingefangenes Tier sieht diesen nie, ohne zusammenzuschrecken; es zittert bei seinem Anblicke an allen Gliedern, und die wildesten werden durch das bloße Umlegen schafzahm.

Ist das Tier gefangen, so wird es auf eine nicht minder brutale Weise gezähmt. Es werden ihm die Augen verbunden, das furchtbare, pfundschwere Gebiß in den Mund gelegt, und dann wird es vom Reiter — die nicht minder furchtbaren, sechs Zoll langen Sporen an den Füßen — bestiegen und zum stärksten Galopp angetrieben. Versucht es, sich zu bäumen, so ist ein einziger, und zwar gar nicht starker Riß dieses Martergebisses hinreichend, dem Tier den Mund in Fetzen zu zerreißen, das Blut in Strömen fließen zu machen. Ich habe mit diesem barbarischen Gebisse Zähne wie Zündhölzer zerbrechen sehen. Das Tier wimmert, stöhnt vor Angst und Schmerzen, und so wimmernd, stöhnend, wird es ein oder mehreremale auf das schärfste geritten, bis es auf dem Punkte ist, zusammenzubrechen. Dann erst wird ihm eine Viertelstunde Zeit zum Ausschnaufen gegeben, worauf man es wieder dieselbe Strecke zurücksprengt. Sinkt oder bricht es während des Rittes zusammen, so wird es als untauglich fortgejagt oder niedergestoßen, im entgegengesetzten Falle aber mit einem glühenden Eisen gezeichnet und dann auf die Prärie entlassen. Von nun an hat das Einfangen keine besonderen Schwierigkeiten mehr; die Wildheit des Pferdes ist gänzlich gebrochen, aber dafür eine Heimtücke, eine Bosheit eingekehrt, von der man sich unmöglich eine Vorstellung machen kann. Es sind diese Mustangs gewiß die boshaftesten, falschesten Tiere unter all den Pferderassen, die es auf dem Erdenrunde gibt, stets nur darauf ausgehend, ihrem Herrn einen Streich zu spielen. Gleich nachdem ich das meinige übernommen, war ich nahe daran, ein teures Lehrgeld zu geben. Im Begriff, einen Ausflug nach Bolivar zu unternehmen, sollten wir über den Brazos setzen. Der Vorletzte, der das Boot bestieg, zog ich meinen Mustang sorglos am Zügel nach und war soeben im Begriff, in das Boot einzusteigen, als ein plötzlicher Ruck und der Zuruf: „Obacht! Euer Pferd!" mich seitwärts springen machte. Ein Glück, daß ich mich nicht erst umsah, sonst hätte es mir leicht das Leben kosten können. Mein Mustang war nämlich plötzlich zurückgesprungen, hatte sich ebenso plötzlich gebäumt und mit einer solchen Wut und Kraft auf mich niedergeworfen, daß seine Hufe die Bretter des Bootes durchbrachen. In meinem Leben hatte ich nichts so Wütendes gesehen, wie dieses Tier. Es fletschte die Zähne, die Augen sprühten ein fanatisches Feuer, einen wahrhaft tödlichen Haß — sein Gewieher glich dem Lachen des höllischen Feindes. Ich stand entsetzt. — Der Lasso, den mein Nachfolger ganz ruhig dem Tiere über den Kopf warf, machte es im nächsten Augenblick wieder so fromm-unschuldig dareinschauen, daß wir alle laut auflachten, obwohl ich — sonst nichts weniger als ein Pferdefeind — starke Versuchung spürte, es auf der Stelle niederzuschießen.

Mit diesem Tiere nun, und begleitet von meinem Freunde, unternahm ich mehrere Ausflüge nach Bolivar, Marion, Kolumbia, Anahuac — Städtchen von drei — sechs — zehn — bis zwanzig Häusern. Auch Pflanzungen besuchten wir, anfangs solche, an die wir empfohlen waren, später jede, die uns in den Wurf kam. Soeben waren wir auf einer dieser Pflanzungen. Sie lag eine Meile seitwärts von der Straße, die von Harrisburg nach San Felippe de Austin führt, und gehörte einem Mister Neal.

Mister Neal war erst drei Jahre im Lande und hatte sich in dieser Zeit ausschließlich mit der Viehzucht beschäftigt, in Texas einer der angenehmsten, einträglichsten und bequemsten Berufe, dem der erste Gentleman, ohne sich etwas zu vergeben, folgen darf. Seine Herden mochten zwischen sieben- und achthundert Stück Rinder und fünfzig bis sechzig Pferde zählen, alle Mustangs. Die Pflanzung war, wie beinahe alle, die wir bisher gesehen, noch im Werden; das Haus, in jenem Hinterwäldlerstile angelegt, der in unserm Südwesten so gang und gäbe geworden, war geräumig und selbst bequem, von rohen Baumstämmen aufgeführt. Es lag am Saume einer Insel- oder Baumgruppe, mitten zwischen zwei kolossalen Sykomoren, die es vor Sonne und Wind schützten. Im Vordergrunde floß die endlose Prärie mit ihren wogenden Gräsern und Blumen in die unabsehbare Ferne hin, im Hintergrunde erhob sich die hehre Majestät eines texasischen Urwaldes, über und über mit Weinreben durchwunden, die, hundert und mehr Fuß an den Bäumen hinaufrankend, ihre Ausläufer so über die ganze Insel hingesendet hatten. Diese Inseln sind nun einer der reizendsten Züge in dem texasischen Landschaftsgemälde, und so unendlich mannigfaltig in ihren Formen und der Pracht ihrer Baumschläge, daß man jahrelang im Lande sein und doch immer neue Schönheiten an ihnen auffinden wird. Sie erscheinen zirkelförmig, in Parallelogrammen, als Sexagone, Oktogone, wieder wie Schlangen aufgerollt; die raffinierteste Parkkunst müßte verzweifeln, diese unendlich mannigfaltigen, reizenden Formen zu erreichen. Des Morgens oder Abends, wenn umwoben von leichten blauseidenen Dunstsäumen und durchzittert von den ersten oder letzten Strahlen der Sonne, gewähren sie einen Anblick, der auch das unpoetischste Gemüt in Verzückung bringen könnte.

(Fortsetzung folgt.)

Zusammenstoß zwischen Polizisten und Kommunisten.

Essen, 15. Mai. Im Anschluß an eine Versammlung der Kommunisten, die gestern abend im Zirkus Hagenbeck abgehalten wurde, zogen die Teilnehmer in geschlossenem Demonstrationszuge durch die Grabenstraße zum Limbecker Platz. Kurz vor diesem versuchte ein Polizeiaufgebot von etwa 15 Mann unter Führung eines Kommissars den Zug aufzulösen. Aus der Menge fielen hierauf Schüsse, durch die der Kommissar Ude an der Hand verletzt wurde. Weiter bedrohten die Demonstranten die Polizei mit Totschlägern. Die Beamten zogen darauf blank und säuberten die Straße. Dabei wurden einige Personen, bei denen Waffen gefunden wurden, verhaftet. Später wurden im Segeroth-Viertel aus dem Hinterhalt nochmals Schüsse auf die Polizeibeamten abgegeben, die aber niemand verletzten.

Verbot einer Schlageter-Feier.

Berlin, 15. Mai. Unter dem Vorsitz des Generalmajors v. d. Goltz hatte sich in Berlin ein Ausschuß für eine Schlageter-Gedächtnisfeier gebildet, der am 24. ds. Mts. unter Beteiligung einer großen Zahl großer vaterländischer Verbände eine Schlageter-Gedächtnisfeier zu veranstalten plant. Der Ausschuß suchte beim Berliner Polizeipräsidenten die Genehmigung dieser Feier nach; die Abhaltung der Feier wurde jedoch von diesem verboten.

Der bayerische Kokarden-Erlaß.

München, 15. Mai. Gestern nachmittag ist eine Bekanntmachung des Ministeriums des Innern zu dem bekannten Kokarden-Erlaß erschienen. Darnach bezweckt er den Schutz militärischer Abzeichen gegen Mißbrauch bei parteipolitischen Demonstrationen und Straßenhändeln, richtet sich aber in keiner Weise gegen die Farbe schwarz-weiß-rot.

Abgeschnittene Hände.

Während des Krieges ist kein Verbrechen zu groß gewesen, das man nicht den Deutschen nachgesagt hätte. Besonders oft wurden sie beschuldigt, Kindern die Hände abgehackt zu haben. Zur Bekräftigung oder Entkräftigung solcher Behauptungen sollte es keinen besseren Kronzeugen geben, als den früheren französischen Finanzminister Klotz, der sich auf Seite 33/34 seines Buches „De la guerre à la paix" (Vom Krieg zum Frieden) erschienen bei Payot, Paris 1924, hierzu folgendermaßen äußert:

„Eines Abends finde ich im Bürstenabzug des Figaro auf der ersten Seite einen sehr eindrucksvollen Artikel. Man brachte dort mit der Ueberschrift zweier bedeutender Gelehrter, deren einer Mitglied des „Instituts" war, eine Meldung von außerordentlicher Gewichtigkeit.

Die beiden Gelehrten hatten „mit ihren eigenen Augen" etwa 100 Kinder gesehen, denen von den Deutschen die Hände abgeschnitten waren. Man sagte weder wo, noch wann es geschehen war. Ich überlegte: 1. ob diese Meldung wissenschaftlich diskutierbar sei, denn die Kinder mit den abgeschnittenen Händen hätten sterben müssen; 2. wenn die Tatsache wider Erwarten wahr wäre — zwei Gelehrte versicherten es mit ihrer Unterschrift —, so müßte diese Grausamkeit feierlich in die größere Oeffentlichkeit gebracht werden. Ich telefonierte also mit Bonoven, dem damaligen Generalsekretär des Figaro, der heute dort die sinnvollen politischen Leitartikel schreibt, um ihm zu sagen, daß ich die Veröffentlichung sistieren möchte. Er machte natürlich einen Teufelslärm, schimpfte und tobte. Schließlich nahm er Vernunft an und beruhigte sich, als ich ihm erklärte: „Ich habe mit dem Botschafter der Vereinigten Staaten telefoniert — die Rolle dieses mutigen und beherzten Mannes, Myron T. Herrick, in Paris, verdient durch die Geschichte aufbewahrt zu werden —, um ihn zu bitten, sich am nächsten Tage mit seinem Militärattaché, dem Obersten Cosby und mir unter Mitnahme seines Gesandtschaftsspiegels an einen noch von mir anzugebenden Ort zu begeben, um dort eine amtliche Feststellung zu treffen, vor der die zivilisierte Welt schaudern würde. Ohne Zögern antwortete der Botschafter: Gern. — Ich werde Sie (Bonoven) über das Ergebnis unseres Besuches und unserer Nachforschungen auf dem Laufenden halten. Ihre Information wird also keineswegs beeinträchtigt werden. Nur muß ich mit größter Beschleunigung den Ort erfahren, wo wir unsere Feststellungen treffen können. Lassen Sie Ihren beiden Gelehrten mitteilen, daß ich sie sofort zu sehen wünsche. Ich werde sie aufsuchen, wenn es nötig ist, gleichviel um welche Zeit, wenn sie es nicht vorziehen, mich aufzusuchen."

Ich erwarte diese beiden Gelehrten noch heute; sie sind offenbar am Belagerungsfieber (fièvre obsidionale) gestorben

—(*)—

Aus dem sozialen Leben.

Der Gau Südwestdeutschland (Baden und Württemberg) im Bund der technischen Angestellten und Beamten hielt am 10. und 11. Mai seinen 5. ordentlichen Gautag in Freiburg ab. An dem Gautag nahmen 36 Abgeordnete teil, auch hatten befreundete Organisationen Vertreter geschickt. Die Stadt Freiburg war durch Stadtrat Zumbeil vertreten. In seinem Geschäftsbericht führte der Gauleiter, Herr Ingenieur Bote, folgendes aus: Die Unternehmer setzen zur Zeit alles daran, um die bescheidenen sozialen Rechte der Arbeitnehmer wieder zu beseitigen. Aufgabe der Bundesmitglieder ist es, die Monopolisierung der technischen Arbeitskräfte im Bund der technischen Angestellten und Beamten im kommenden Jahr zu verwirklichen. Am Sonntag sprach das Vorstandsmitglied Herr Ing. Lenz, Berlin, über das Thema: „Wie erneuern wir die Kampfkraft unseres Bundes." Es wurde dann eine Reihe beachtenswerter Winke für die Neugestaltung des inneren Verwaltungs- und Werbeapparates gegeben. In den Gauvorstand wurden gewählt die Herren Strähle und Schröder, Mannheim, Steinenbrunner, Karlsruhe, Georgi, Stuttgart, und Blume, Ravensburg. Der Gauleiter Bote wurde einstimmig bestätigt. In den Bundesausschuß wurde Herr Hamm, Mannheim, gewählt. Der Gautag nahm dann einige Entschließungen an, in denen betont wird, daß die technischen Angestellten und Beamten in Baden und Württemberg nach wie vor unerschütterlich an dem freigewerkschaftlichen Grundgedanken festhalten. Der Gautag richtet an die Landtage und Gemeindevertretungen die dringende Aufforderung, umgehend für die ihnen unterstehenden Dienststellen die Wiedereinführung der 48stündigen Arbeitszeit zu fordern.

—(*)—

Die badischen Staatsfinanzen.

Große Finanzrede des Staatspräsidenten. / Der Staatsvoranschlag 1924/25.

Die Stellung der badischen Regierung zum Sachverständigen-Gutachten.

Karlsruhe, 15. Mai.

Nach monatlicher Pause traten heute bei herrlichstem Maienwetter die Landesboten im Rondell zusammen. Die Reihen der Fraktionen sind verständlicherweise etwas gelichtet. Die Nachwehen des Reichstagswahlkampfes mit der gegenseitigen Kampfstellung der Fraktionen zeigen sich noch in der größeren Reserviertheit, die sich die Fraktionsmitglieder im gegenseitigen Verkehr auferlegen. Gegen ¾4 Uhr eröffnet Präsident Dr. Baumgartner die Sitzung und bringt eine unendliche Reihe von Petitionen, Anträgen usw. zur Verlesung. Schon hier zeigte der Radau der Kommunisten, die sich über jede parlamentarische Form hinwegsetzen, daß der Wahlausfall im Reich auch den Elan der badischen Fraktionskommunisten, der zum Erliegen zu kommen drohte, erhöht hat.

Außerhalb der Tagesordnung hält nun der Staatspräsident Dr. Köhler in seiner Eigenschaft als badischer Finanzminister, seine große Finanzrede, mit der er die Riesenarbeit des Staatsvoranschlags für 1924 und 1925 vollendet dem Hause vorlegt. Die große Mehrheit des Hauses spendet der nicht nur grundlegenden finanzpolitischen, sondern eminent staatspolitischen Rede des Staatspräsidenten lebhaften Beifall.

Der zur

Vorlage kommende Staatsvoranschlag

umfaßt die beiden Jahre 1924 und 1925. Die Staatsregierung hält es für geboten, an der zweijährigen Budgetperiode festzuhalten, deren Vorteile nach ihrere Ansicht auch jetzt bei der Unsicherheit der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse doch überwiegen. Der Haushalt der allgemeinen Staatsverwaltung wird durch folgende Zahlen charakterisiert:

Die ordentlichen Ausgaben betragen jährlich 147 Mill., die ordentlichen Einnahmen jährlich 143,8 Mill., Ueberschuß der ordentlichen Ausgaben jährlich 3,2 Mill., und für 1924 und 1925 zusammen 6,4 Millionen.

Die außerordentlichen Ausgaben beanspruchen für beide Jahre nach Abzug der außerordentlichen Einnahmen restlich 4,8 Mill. Dazu kommen noch aufrecht zu erhaltende Administrativkredite im Betrage von 2,7 Mill., das ergibt für beide Jahre zusammen einen Fehlbetrag von 13,9 Mill. Hiervon sollen gedeckt werden durch die im umlaufenden Betriebsfonds vorhandenen Mittel 3,9 Mill. und der Rest mit 10 Millionen durch die im Finanzgesetz vorgesehene Festsetzung des Steuerfußes für Grundvermögen und Gewerbebetrieb auf 25 Goldpfennige von 100 Goldmark Steuerwert.

Stellt man die eben angeführte Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer — sie beträgt nach dem jetzt geltenden Notgesetz zurzeit 20 Pfg. — in die ben vorgetragene Darstellung ein, so ergibt sich eine ordentliche Einnahme von jährlich 148,8 Mill., gegenüber einer ordentlichen Ausgabe von jährlich 147 Mill., also ein Ueberschuß der ordentlichen Einnahmen von jährlich 1,8 Mill oder in zwei Jahren 3,6 Mill. Stellt man diesem Betrag die Nettoaufwendungen für die außerordentlichen Ausgaben mit 4,8 Mill. und die Administrativkredite mit 2,7 Mill., also zusammen 7,5 Mill. gegenüber, so bleibt ein noch zu deckender Aufwand von 3,9 Mill., der wie eben angeführt, dem laufenden Betriebsfonds zu entnehmen ist.

Der Etat ist damit im Gleichgewicht.

Dieser kurze, aber inhaltreiche Satz stellt das Ergebnis einer Sparaktion dar, wie sie in solchem Umfange im Lande Baden wohl überhaupt noch nie durchgeführt worden ist, wie sie aber auch — das sei hier ausdrücklich bemerkt — auf die Dauer gar nicht durchgeführt werden kann, sollen nicht wesentliche Staatsaufgaben notleiden. In der gegenwärtigen Zeitlage schien der Staatsregierung eine andere Lösung aber einfach unmöglich.

Bei dem ersten Entwurf des Staatsvoranschlags im März d. J. war noch ein Defizit von rund 90 Millionen für die beiden Budgetjahre vorhanden. Nur durch weitgehendste Einschränkung aller Ausgaben bis zur äußersten Grenze des Vertretbaren und durch schärfste Ausschöpfung aller staatlichen Einnahmequellen und Verzicht auf jedwede Reserve ist es gelungen, dieses gewaltige Defizit zu beseitigen und die Gleichgewichtslage zu schaffen. Diese Gleichgewichtslage ist aber eine durchaus labile. Jede Verminderung der in dem Etat vorgesehenen Einnahmen oder Erhöhung der eingestellten Ausgaben müßte dieses Gleichgewicht beseitigen. Es wird deshalb Aufgabe der Volksvertretung sein, die Gleichgewichtslage dadurch zu erhalten, daß einer etwaigen Verminderung von Einnahmen auch eine entsprechende Verminderung der Ausgaben folgt und jede Erhöhung der vorgesehenen Ausgaben durch eine entsprechende Erhöhung der Einnahmen ausgeglichen wird. Denn die Aufnahme einer Anleihe, die sonst zum Ausgleich unbedingt erforderlich ist, würde in der nächsten Zeit auf die größten Schwierigkeiten stoßen, wenn nicht ganz unmöglich sein. Etwaige Fehlbeträge durch Reichszuschüsse zu decken ist nicht mehr möglich. Bei der Aufstellung des Voranschlags mußte der Gesichtspunkt im Vordergrund stehen, unter allen Umständen eine Ausgleichung zwischen Einnahmen und Ausgaben zu erreichen.

Die Schwierigkeiten bei der Aufstellung des vorliegenden Etats waren diesmal deshalb ganz außerordentlich groß, weil fast jede Vergleichsmöglichkeit fehlte und Schätzungen auf Grund der Ergebnisse der letzten Jahre unmöglich waren. Deshalb ist auch eine Vergleichung der Budgetsätze mit denjenigen des früheren Voranschlagszeitraums und die Angabe des Mehr- oder Minderansatzes unterblieben.

Bei der Festsetzung der Budgetsätze für die sachlichen Anforderungen wurden zunächst die Erfahrungen berücksichtigt, die sich aus der Uebergangszeit vom 15. November 1923 bis 31. März 1924 hinsichtlich der Gestaltung der Ausgaben ergeben haben, dann aber auch der Bedarf vor dem Kriege in Vergleich gezogen. Da sich durch den Personalabbau und die Verringerung der Zahl der Bezirksstellen ein Minderbedarf ergeben muß, wurde als Höchstgrenze für die sachlichen Anforderungen ¾ des Budgetsatzes des letzten Friedensvoranschlags eingesetzt, die nur ganz ausnahmsweise überschritten worden ist. Die persönlichen Ausgaben sind nach den jetzt geltenden Besoldungsgrundsätzen berechnet und eingestellt worden. Ausgaben des außerordentlichen Etats sind nur insoweit vorgesehen worden, als sie tatsächlich unvermeidlich sind. Die Bruttoanforderung von 5,7 Mill. im außerordentl. Etat bleibt damit allerdings weit zurück gegen die Vorkriegszeit. Im Etat 1914 betrug der außerordentliche Aufwand 12,9 Prozent der ordentlichen Ausgaben, während sie jetzt nur noch 3,8 Prozent ausmachen. Die Not zwang zu Abstrichen und Zurückhaltung in weitgehendstem Umfang. Die Restkredite des außerordentlichen Etats nach dem Stand vom letzten März 1923 haben einen so geringen inneren Wert, daß keiner dieser Kredite aufrecht erhalten wird; auch die außerordentlichen Kredite des Uebergangsetats werden nach dem 1. April 1924 im allgemeinen nicht mehr in Anspruch genommen. Angefordert ist lediglich die Aufrechterhaltung eines Betrages von 1,7 Millionen zu Staatsbeihilfen für Kulturunternehmen und 1 Million zur Rückzahlung des beim Reich aufgenommenen Darlehens zur Fertigstellung begonnener Wohnungsbauten.

Nach der formellen Seite wäre noch zu bemerken, daß für die Hochschulen und für Künste und Wissenschaften das bisher übliche Dotationssystem verlassen wurde. Im Interesse größerer Klarheit und Uebersichtlichkeit sind die Einnahmen und Ausgaben jetzt auch hier in gleicher Form wie für die übrigen Staatsanstalten nachgewiesen.

Vergleicht man den vorliegenden Etat mit dem letzten Friedensetat, so ergibt sich nach Vereinigung des Etats von 1914 von den Titeln, die jetzt nicht mehr vorhanden sind, wie Zivilliste, Zoll- und Steuerverwaltung usw. und nach Abzug der Durchführungsposten der Steueranteile der Gemeinden, der Schutzpolizei usw. im Etat für 1924, daß den ordentlichen Ausgaben von 1914 mit 93,2 Mill. solche des vorliegenden Etats mit jährlich 107,2 Mill. gegenüberstehen, so daß sich also ein Mehr von 14,0 Mill. ergibt. Daß die Ausgaben für 1924 trotz aller Einschränkungen und Kürzungen doch noch höher sind, als diejenigen für 1914 findet seine Erklärung darin, daß dem Lande in der Zwischenzeit erhöhte Aufgaben auf verschiedenen Gebieten zugewachsen sind. So hat das Steuerverteilungsgesetz dem Lande hinsichtlich der Schullasten eine ganz erhebliche Mehrausgabe gegen 1914 gebracht. Allein bei der Volksschule beträgt der Mehraufwand gegen 1914 jährlich 8,5 Millionen Mark. Ferner ist die Polizei und Gendarmerie wesentlich vermehrt worden. Auf dem sozialen Gebiet hat sich der Aufgabenkreis des Landes bedeutend vergrößert. Im Bezirke der Wohlfahrtspflege brachte die 3. Steuernotverordnung dem Lande ebenfalls weitere Lasten, die sich allein im Voranschlag des Arbeitsministeriums durch die Aufwendungen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, für Sozialrentner, Kleinrentner, Wochenfürsorge usw. auf über 3 Mill. Mk. jährlich belaufen, ohne daß — was gleich vorweg genommen werden soll — hierfür ausreichende neue Einnahmequellen dem Lande zur Verfügung stehen. Denn die ordentlichen Einnahmen des Jahres 1924 mit 103,9 Mill. zeigen gegen das Jahr 1914 mit 105,7 Mill. einen jährlichen Minderbetrag von 1,8 Mill.

In welch großem Betrag die sachlichen Ausgaben eingeschränkt werden mußten, geht daraus hervor, daß für sie nur noch 33,2 Prozent des gesamten ordentlichen Etats zur Verfügung gestellt werden konnten, während 1914 noch 44,6 Prozent auf sie verwendet werden konnten. Nichts kann die außerordentlich schwierige Lage unserer ganzen Finanzverwaltung krasser illustrieren, als die eben genannte Zahl. Die persönlichen Ausgaben nehmen jetzt 66,8 Prozent des gesamten Aufwands im ordentlichen Etat in Anspruch gegen 55,4 Prozent im letzten Friedensetat. Dabei sind die Bezüge unserer Beamten, Angestellten und Arbeiter immer noch unter dem Friedensniveau und auf einer Höhe, die nach meiner festen Ueberzeugung auf die Dauer überhaupt nicht tragbar ist. Eine Erhöhung der Besoldungen usw ist dringend erforderlich; sie ist natürlich abhängig von der Besserung unserer gesamten wirtschaftlichen Lage, muß aber in kurzer Zeit schon einsetzen, wenn nicht wertvolles Gut vertan werden soll.

Die Einnahmen sind aufs stärkste angespannt worden.

An Steuern vom Grundvermögen und Gewerbebetrieb sollen nach dem Voranschlag jährlich 25,0 Mill. erhoben werden, wozu noch die Gebäudesondersteuer mit mindestens 13,3 Mill. kommen wird, so daß aus dem Grundvermögen und Gewerbebetrieb insgesamt 38,3 Mill. allein vom Staate geschöpft werden sollen. Wenn dabei auch berücksichtigt wird, daß ein großer Teil dieser Beträge dem Grundeigentümer und Gewerbetreibenden nicht endgültig verbleibt, weil er abgewälzt werden wird, so ist die Belastung doch eine namhafte. Diesem Betrag von 38,3 Millionen stehen aus dem Jahre 1914 nur 12 Millionen gegenüber. Die Ueberweisungen aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer sind für das Land jetzt auf 22,3 Mill. (und für die Gemeinden auf 21 Millionen) berechnet; der Landesanteil ist um 2,5 Millionen niederer als der Reinertrag der badischen Einkommensteuer im Jahre 1914, der zu 24,8 Millionen veranschlagt war. An Umsatzsteuer ist als Landesanteil für das Jahr 1924 der Betrag von 4,3 Millionen vorgesehen. Für das Jahr 1925 erhält das Land nach dem Finanzausgleichsgesetz überhaupt keine Beteiligung mehr aus der Umsatzsteuer. In welcher Weise auch sonst die staatlichen Einnahmen angespannt worden sind, ergibt sich daraus, daß z. B. die Bruttoeinnahme aus Domänen und Forsten jetzt auf jährlich 17,2 Millionen angesetzt worden ist, während sie im Jahre 1914 nur 12,3 Mill. betrug.

Die außerordentliche Einschränkung der Ausgaben war in weitem Umfang nur durch die

Abbaumaßnahmen

möglich. Nach dem Stand des Personalabbaus auf 1. April 1924 sind an Beamten und Angestellten im ganzen abgebaut worden 2755 Personen und zwar 2013 Beamte und 742 Angestellte. In Prozentzahlen ausgedrückt sind abgebaut worden: beim Landtag 3,6 Pro., im Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts 7,0 Proz., beim Rechnungshof 13,7 Proz., beim Justizministerium 15,3 Proz., beim Arbeitsministerium 17,7 Proz., beim Ministerium des Innern 21,4 Proz., beim Finanzministerium 23,9 Proz. und beim Staatsministerium 33,3 Prozent. Das sind außerordentlich bedeutungsvolle Zahlen. Sie werden sich natürlich erst in den nächsten Jahren voll auswirken, wenn den ersparten Gehaltsbezügen keine anderen Ausgaben mehr gegenüberstehen und wenn infolge des natürlichen Abgangs nach und nach auch die für die abgebauten Beamten aufzuwendenden Ruhegehaltsbezüge geringer werden. Die Staatsregierung hofft, mit dem jetzigen Umfang des Abbaus durchzukommen. Sie legt deshalb auch auf die Beibehaltung des Abbaugesetzes bis zum Jahre 1927 keinen entscheidenden Wert, ist vielmehr der Meinung, daß die Abbaumaßnahmen spätestens mit Ablauf des jetzigen Rechnungsjahrs außer Kraft gesetzt werden können. Die kommenden Monate des laufenden Jahren werden nach ihrer Meinung genügen, die da und dort noch notwendigen und vertretbaren Vereinfachungsmaßnahmen durchzuführen. Voraussetzung für das eben gesagte ist allerdings, daß der Etat unter allen Umständen im Gleichgewicht gehalten werden kann. Wesentliche Aenderungen an der Einnahme- und Ausgabengestaltung müßten selbstverständlich auch weitere einschränkende Vorkehrungen im Gefolge haben. Die obigen Zahlen sind aber auch ein Beweis dafür, daß die Durchführung der Vereinfachung bei der Schule mit all der gebotenen Rücksicht auf die Erhaltung des kulturellen Gutes unserer Bevölkerung erfolgt ist, denn die Prozentzahl des Abbaus im Bereiche des Unterrichtsministeriums bleibt ganz bedeutend hinter derjenigen anderer Ministerien. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß der Gesamteinschränkung von 7 Prozent im Bereich der Unterrichtsverwaltung eine Neuanforderung von 373 Stellen für Fortbildungsschullehrer gegenübersteht. Auch bei den Hochschulen ist es gelungen, die Höhenlage im ganzen aufrecht zu erhalten, trotz der starken Belastung, die das Land durch seine zwei Universitäten und die technische Hochschule zu tragen hat. Gemessen beispielsweise an der Tatsache, daß Preußen mit über 30 Millionen Einwohnern zehn staatliche Universitäten hat, kann sich das Land Baden bei einer Einwohnerzahl von etwas über 2 Millionen mit der Aufrechterhaltung von zwei Universitäten wohl sehen lassen.

Auch

die Pflege der sozialen Aufgaben

hat sich das Land wie bisher so auch im vorliegenden Etat angelegen sein lassen; insbesondere das Budget des Arbeitsministeriums gibt hierfür im einzelnen Auskunft.

Blicken wir zurück auf die vergangenen Jahre der Inflation mit den verheerenden Wirkungen auf die öffentliche und private Wirtschaft, so kann zusammenfassend gesagt werden, daß es gelungen ist, die

staatlichen Finanzen aus der furchtbaren Zeit herauszurekten

und den Kredit des Landes ungeschwächt zu erhalten. Der erste Schritt zur entschlossenen Abkehr von der Inflationswirtschaft war der Uebergangsetat für die Zeit vom 15. November 1923 bis 31. März 1924. Die Maßnahme hat sich, wie ich an anderer Stelle bereits ausgeführt habe, im ganzen bewährt. Es ist gelungen, wieder eine Festigung unserer finanziellen Verhältnisse zu erreichen. Ich hoffe, auch den Rechnungsabschluß der ganzen Papiergeldwirtschaft in allernächster Zeit fertigstellen und im Laufe des Monats Juli auch den Abschluß bis zum 31. März 1924 vorlegen zu können. Die ungeheuere Arbeit, welche in dieser Leistung unserer Beamten und Angestellten liegt, verdient den öffentlichen Dank des ganzen Landes. Was auf diesem Gebiet Tausende in selbstloser, unermüdlicher und unverdrossener Arbeit geleistet haben und noch leisten, kann sich ohne Ueberhebung ruhig an die Seite höchster Friedensarbeit stellen. Aber nicht nur die Arbeitsleistung selbst, sondern auch die Opfer sind hier mit anzuführen, die das gesamte Personal des Staates, Beamte, Angestellte und Arbeiter dadurch gebracht hat, daß es bis in die letzte Zeit hinein mit Bezügen entlohnt wurden, die in keiner Weise auch nur den notwendigsten Bedürfnissen voll entsprochen haben. Diese Opfer allein waren es, die neben anderem es ermöglichten, daß die Festigung unserer Währung überhaupt durchgeführt werden konnte. Auch hierfür muß die Volksgemeinschaft aufrichtigen Dank sagen. Aber dieser Dank verpflichtet auch, denen die diese großen Opfer gebracht haben, zu helfen im Rahmen des überhaupt Vertretbaren.

Die Darstellung der Finanzlage des Landes Baden wäre unvollständig und lückenhaft, wenn sie nicht eingestellt wäre in den Fluß der großen politischen und wirtschaftlichen Geschehnisse unseres Landes und des Reiches.

Und das sei von vornherein gesagt:

Ohne eine endgültige Regelung der Reparationsfrage ist weder eine geordnete Finanzwirtschaft des Reiches, noch der Länder und Gemeinden auf die Dauer möglich.

Die Inflationszeit mit ihrer fortschreitenden Geldentwertung ist vorbei. Sie nicht wieder aufleben zu lassen, muß das entschlossene Bemühen des ganzen Volkes sein; denn die Schäden, die durch sie angerichtet worden sind, sind geradezu ungeheuerlich. Ueber 150 Goldmilliarden deutschen Volksvermögens sind ihr zum Opfer gefallen. Eine weitere Inflation zu tragen, wäre für das deutsche Volk eine absolute Unmöglichkeit; sie müßte in kürzester Frist zum vollständigen Zusammenbruch führen. Es wird notwendig sein, unserm Volk in aller Oeffentlichkeit zu sagen, daß die seit einigen Monaten währenden festeren Verhältnisse auf die Dauer unsere Wirtschaft nicht aufrecht erhalten können; denn diese Wirtschaft ist blutleer im höchsten Grade.

Die Kreditnot

hat einen Umfang angenommen, der auf Monate hinaus überhaupt nicht mehr tragbar ist. Die Lage der verschiedenen Wirtschaftsgruppen in Deutschland ist aufs schwerste gefährdet. Industrie und Handel ringen um ihre Existenz; das Gewerbe kann nur unter den allergrößten Anstrengungen noch notdürftig aufrecht erhalten werden. Die deutsche Landwirtschaft, insbesondere der Klein- und Mittelbetrieb, steht unmittelbar vor der Riesengefahr einer neuen Verschuldung, die über das hinauszugehen droht, was in der Vorkriegszeit war. Die Beamtenschaft arbeitet unter den schwersten Lebensbedingungen und die deutsche Arbeiterschaft muß sich in weitem Umfang mit Löhnen begnügen, die ein menschenwürdiges Leben kaum ermöglichen. Die aus dem Produktionsprozeß Ausgeschiedenen aber sind größter Not preisgegeben. Angesichts dieser Sachlage ist deshalb der Zweifel durchaus berechtigt, ob es überhaupt gelingen wird, unter den jetzigen Verhältnissen die Einnahmen für die öffentlichen Körperschaften aufzubringen, die sie zur Fortführung der öffentlichen Verwaltung benötigen. Das deutsche Volk braucht in kürzester Frist eine grundlegende Aenderung der bisherigen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse.

Es wird deshalb begreiflich, daß das

Gutachten der internationalen Sachverständigen

im Mittelpunkt aller politischen und wirtschaftlichen Erwägungen in Deutschland steht. Denn in ihm liegt vielleicht die letzte Möglichkeit, die deutsche und die Weltwirtschaft ehestens wieder in Gang zu bringen. Was das Gutachten von dem deutschen Volke verlangt, sind gewaltige Opfer. Ob es in allen Punkten auf die Dauer überhaupt durchführbar sein wird, steht noch in Frage, wie es mir zunächst auch fraglich erscheint, ob das deutsche Volk befähigt ist, eine Belastung in diesem Umfang zu tragen, ohne daß seine Lebenshaltung unter die der alliierten Länder und seiner europäischen Nachbarn herabsinken müßte. Aber — und das scheint mir das Entscheidende — das Gutachten bemüht sich, einen Weg zu zeigen, der das deutsche Volk im Laufe der Jahre wieder ins Freie führt. Der Weg ist hart und mühsam, aber es ist doch wenigstens ein Bemühen, uns aus dem jetzigen Stadium der absoluten Rechtlosigkeit zu befreien. Das Gutachten in der ernsthaftesten Weise unter Verzicht auf jede Schlagwortpolitik zu prüfen, muß deshalb die Aufgabe jedes verantwortungsvollen Politikers sein. Wer aufgrund gewissenhafter Prüfung zu einer Ablehnung der Vorschläge der Sachverständigen gekommen ist, der hat auch die Pflicht, andere Wege aufzuzeigen, die das deutsche Volk aus den jetzigen unerträglichen Verhältnissen herausführen. Mit der Negation allein ist es nicht getan; mit ihr ist das deutsche Volk ebenso wenig zu retten, wie mit einem hohlen Kraftmeiertum. Die Stellungnahme zu dem Gutachten mit innerpolitischen Machtansprüchen zu verquicken, ist unverantwortlich der Gesamtheit gegenüber.

Die Forderungen des Sachverständigengutachtens beleben große deutsche Einnahmequellen als Pfand. Es sind vor allem die Einnahmen aus den Zöllen, aus Branntwein, Bier, Tabak und Zucker. Sie scheiden die Deutsche Reichsbahn aus dem Reichsetat aus und belasten die deutsche Industrie mit einer Milliardenobligation. Das sind unzweifelhaft außerordentliche Härten und schwere Bedingungen, die bis an die Grenze des überhaupt noch Tragbaren gehen. Sie können nach meiner Meinung überhaupt nur in Vollzug gesetzt werden, wenn das Gutachten als solches als unteilbares Ganzes ange-

sehen wird, wenn vor allem durch die Annahme der Vorschläge und mit dem Beginn der deutschen Verpflichtungen die volle fiskalische und wirtschaftliche Einheit des deutschen Reiches im ganzen Reichsgebiet wiederhergestellt wird und die wirtschaftliche Tätigkeit in Deutschland durch keine andere fremde Organisation als die im Gutachten vorgesehene Ueberwachung behindert oder beeinträchtigt wird. Damit ist nach unserer Auffassung wohl auch zum Ausdruck gebracht, daß nicht durch eine militärische Besetzung der Vollzug des Gutachtens behindert werden darf. Es muß weiter durchaus Klarheit darüber herrschen, daß in den von den Sachverständigen vorgeschlagenen Zahlungen aber auch wirklich alle Leistungen eingeschlossen sind, die Deutschland an die alliierten Mächte etwa schuldet, und endlich, daß Deutschland seine volle Freiheit in seinen wirtschaftlichen Beziehungen zu andern Ländern erhält. Wir halten es auch für selbstverständlich, daß die Gefangenen und Ausgewiesenen freigegeben werden, damit wirklich von einer Souveränität Deutschlands über sein Reichsgebiet gesprochen werden kann. Von weiterem will ich in diesem Augenblick absehen. Die Sicherung der beamtenrechtlichen Stellung des jetzigen Personals der Reichsbahn z. B. ist für uns Voraussetzung, wie auch die vermögensrechtliche Auseinandersetzung des Reichs mit den Ländern, die im Jahr 1920 ihren Eisenbahnbesitz an das Reich vertragsweise abgetreten haben.

Auch dann, wenn all diese Bedingungen erfüllt sind, wird die Durchführung des Gutachtens außerordentlich drückend sein. Aber zur Vermeidung des Unglücks, daß das deutsche Volk in hoffnungsloses Elend verfällt, und zur Rettung des gesamteuropäischen Kulturguts muß auch nach Auffassung der badischen Regierung das Letzte versucht werden.

Die badische Regierung hat deshalb die Stellungnahme der Reichsregierung in der Frage des Sachverständigengutachtens von Anfang an gebilligt und unterstützt.

Sie sieht in dem Sachverständigengutachten eine Grundlage, um aus den jetzigen unglücklichen Zuständen in Europa herauszukommen und hofft deshalb, daß auch die Vertretung im Reiche der Bedeutung der Stunde alsbald gerecht wird.

Die Annahme des Gutachtens bedeutet eine

Umstellung des ganzen Reichsetats.

Sie wird auch eine Neuregelung des finanziellen Verhältnisses zwischen Reich, Ländern und Gemeinden nach sich ziehen. Eine Neuordnung in der Verteilung der Steuerquellen scheint mir unbedingt erforderlich, eine klare Umgrenzung der Kompetenzen unerläßlich. Das Dotationssystem der Vergangenheit, dem die badische Regierung von Anfang an nicht zugetan war, muß endgültig beseitigt werden. Die Kostgängerwirtschaft der letzten Jahre verträgt sich nicht mit der Stellung der Länder und Gemeinden im Gefüge des Deutschen Reiches. Hand in Hand damit muß ein Umbau der deutschen Steuergesetzgebung gehen, insbesondere im Sinne einer Vereinfachung. Ich will in diesem Augenblicke keine Vorwürfe erheben gegen die Steuergesetzgebung der letzten Vergangenheit. Sie war gewiß getragen von dem Bemühen, der fortschreitenden Geldentwertung Herr zu werden, kam aber, wie es in solchen Fällen, die ohne Vorgang in der Weltgeschichte sind, stets der Fall sein wird, immer hinterher. Aber der ganze Wust der Steuergesetzgebung, in dem sich nächstens überhaupt niemand mehr auskennt, muß einem klaren und einfachen Aufbau jetzt und dann weichen, wenn wir zu einer Stabilisierung unserer Verhältnisse gekommen sind. Dabei wird mehr als das bisher der Fall war, der Gesichtspunkt der steuerlichen Gerechtigkeit und derjenige der Leistungsfähigkeit in Betracht gezogen werden müssen. Es muß auch vermieden werden, daß die Vollzugsbehörden in der Veranlagung der Steuern sich monatelang mit den kleineren und mittleren Steuerzahlern beschäftigen, um dann keine Zeit mehr zu haben, sich der großen Steuerpflichtigen entsprechend anzunehmen. Das wird die zweite Aufgabe der nächsten Monate sein.

Wir stehen vor den jetzt noch geschlossenen Toren des Neuaufbaus der deutschen Volks- und Finanzwirtschaft. Mit Ihnen will ich hoffen, daß recht bald die unglückseligen Jahre deutschen Elends einer Zeit weichen, in der das deutsche Volk wieder, wenn auch unter schweren Opfern, den Weg der politischen und wirtschaftlichen Freiheit gehen kann. Dazu erbittet die badische Staatsregierung auch Ihre Mitarbeit, die getragen sei von den erhabenen Gedanken deutscher Vergangenheit und die ihren Impuls erhält von einem starken, durch keine kleinlichen Interessenkämpfe geschädigten großen deutschen, einem nationalen Wollen. Was uns jetzt nottut, ist nicht Auseinanderreißen und Zersplittern, sondern Zusammenfassen aller Kräfte in Deutschland, die den Aufstieg unseres schwergeprüften Volkes wollen. Gehen wir entschlossen an dieses Werk!

(Lebhafter Beifall im ganzen Hause.)

Vom Haushaltsausschuß.

Mittwoch, 14. Mai.

Zunächst wurde der Voranschlag für das Ministerium des Kultus und Unterrichts genehmigt. Ein Zentrumsredner stellte fest, daß die Bezüge der Domprähendare, die sich nach einem Konkordat des Jahres 1827 auf 900 Gulden jährlich beliefen, abgeändert, bezw. herabgemindert seien. Bei aller Anerkennung der Gründe, die die Regierung zu dieser Maßnahme veranlaßt hätte, sei es doch notwendig und wertvoll, festzustellen, daß die Regierung sich damit auf den Standpunkt der Variabilität gestellt habe, und daß damit Gelegenheit gegeben sei, auch einmal aus entgegengesetzten Gründen diesen Standpunkt einzunehmen. Die Regierung lehnte es ab, im Prinzip den Standpunkt der Variabilität eingenommen zu haben; sie habe nur budgetmäßig die betreffenden Beträge den allgemeinen Grundsätzen angeglichen. Eine Nachzahlung sei, wenn möglich, in Aussicht genommen. Die Gerüchte über Theaterumbau kamen zur Sprache; es wurde namentlich auch von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen, daß in dieser Notzeit solche Umbauten auf das Notwendigste zu beschränken seien.

Dann kam das Arbeitsministerium zur Beratung. Vom Zentrum wurde ernstlich gerügt, daß Artikel 16 der Reichsverfassung nicht beachtet werde und immer wieder badische Beamte in den badischen Reichsstellen hinter preußischen Staatsangehörigen zurückgestellt würden. Das Zentrum verlangte vom Arbeitsministerium eine Statistik über die durch Aufhebung der Fürsorgestellen freigewordenen Beamten und deren anderweitige Verwendung.

Der Voranschlag wurde genehmigt.

Die Beratung der Anträge Weißhaupt und Schill und ein unauffindbarer des Landbunds zur Fleischsteuer wurde auf Anregung des Finanzministers verschoben bis zur Vorlage des neuen Voranschlags, der so ernste Zahlen bringe, daß sich die oben genannten Anträge wahrscheinlich sehr leicht erledigten.

Der Finanzminister gab sodann recht interessante zeitgeschichtliche Bilder über das Echo, das die Bemühungen der Regierung, zu einer Goldbilanz und damit zu geordneten Verhältnissen zu kommen, in der Presse ra uni dort fanden.

Wir Deutsche sind merkwürdige Politiker. Immer betonen wir die Notwendigkeit einer entschlossenen Regierung und beklagen den Mangel an Persönlichkeiten, die mit kühnem Griff etwaige Mißstände in der Staatsverwaltung abstellen. Wo das aber geschieht, da berechnen wir mit spießbürgerlicher Aengstlichkeit, ob nicht irgendwo ein Fehler zu entdecken wäre. — Vor der Abstimmung über das Finanzgesetz wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß es vielleicht doch nicht richtig war, das Finanzgesetz als Notgesetz zu geben. Der Landbund vergaß, daß das Finanzgesetz eine große Zahl kleiner Landwirte steuerfrei ließ und drohte mit Ablehnung. Ein demokratischer Redner betonte, daß die Volksvertretung mit diesem Notgesetz auf ein wichtiges Recht verzichtet habe, daß aber staatsrechtlichen Bedenken gegen dieses Gesetz nicht zu erheben seien; außerdem gäbe ja der Erfolg dem Urheber des Gesetzes Recht. Das Zentrum war der Ansicht, daß die Zulässigkeit der Notgesetze in Steuersachen im Haushaltsausschuß anerkannt wurde; der Boden des Rechts sei nicht verlassen worden, und die Interessen des Landes seien in schwerer Zeit durch die Ersparung ungeeigneter Umwege gewahrt worden. Auch die Sozialdemokratie wies darauf hin, daß man die drängende Not im Monat November anscheinend schon wieder vergessen habe; nach früheren Erfahrungen wäre eine Verabschiedung des Finanzgesetzes im Landtag in der erforderlichen Frist nicht zustande gekommen. — Der Finanzminister führte aus, daß er die Verantwortung für dieses Gesetz recht gerne mit dem Landtag geteilt hätte. Das Staatsministerium sei aber einstimmig für den eingeschlagenen Weg gewesen. Die Lage war damals höchst kritisch, jede Verzögerung eine Gefahr und die Verhandlungen innerhalb der Verwaltungen über die notwendigen Abstriche waren nicht leicht. Der November 1923 lasse sich in keiner Weise mit irgend einem kritischen Tag der früheren badischen Geschichte vergleichen.

Bei 3 Enthaltungen und gegen die Stimmen des Landbundes wurde das Finanzgesetz angenommen.

(*)

Fördert die katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine.

Aus Arbeiter- bezw. Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben:

In den letzten Jahren wurden häufig Stimmen laut, die kath. Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine hätten sich überlebt, ihre wirtschaftlichen Aufgaben seien von den zahlenmäßig weit überlegenen christlichen Gewerkschaften mit übernommen. Auf religiösem und sittlichem Gebiete würden die seinerzeit gesteckten Ziele besser und zweckmäßiger durch die großen, alle Schichten und Stände umfassenden Organisationen wie Volksvereine, Männerapostolat, Vinzenzvereine usw. und vor allem durch die Kirche selbst, mit ihren reichen Gnaden- und Hilfsmitteln gelöst werden.

Fast alle, die so urteilen, geben ohne weiteres zu, daß der tiefste Grund des Uebels unserer Zeit in dem sittlichen und religiösen Verfall begründet liegt und daß eine Belebung der sittlichen und religiösen Kräfte, deren Anerkennung und Verwendung im Leben selbst, eine unbedingte Voraussetzung jeglicher Gesundung sei. Die religiösen und weltanschaulichen Auseinandersetzungen in der Arbeiterwelt haben ihr besonderes Gepräge und spielen sich weitaus überwiegend auf den Arbeitsstellen und Werkstätten in Formen ab, die, wenn erfolgreich geführt, eine besondere Erziehung und Schulung bedürfen. Eine grundsätzliche christliche Einstellung führt im praktischen sozialen Leben oftmals zu einer wesentlich anderen Einstellung als die leider im Wirtschaftsleben heute meist Geltung habende materialistische Auffassung. Bei der heute im Vordergrund stehenden Arbeitszeitfrage ist es z. B. von großer Bedeutung, ob man die Arbeit lediglich als Last, oder ob man sie, gestützt auf die Kräfte der Religion, als Dienst am Volk und am Volksganzen, als einen Beruf, in den uns die Vorsehung gestellt, um durch dieses Berufensein im Dienste eines Höheren zu arbeiten, betrachtet. Wo wird die Arbeit im Sinne dieser echt christlichen Auffassung heute gewertet? Würde eine solche Auffassung allgemein gewürdigt und anerkannt, würde sie dann heute nicht geradezu zur Retterin aus Not und Verzweiflung? Ist es nicht eine Schande und Schmach unserer Zeit, daß der Kult- und Unterrichtsminister eines süddeutschen Staates in einem Vortrage, den er im Laufe der letzten Jahre vor führenden Industriellen und deren Nachwuchs hielt, für diese christliche Auffassung vom Sinn und Zweck der Arbeit und der durch diese Einstellung bedingten Lösung der sozialen Probleme unserer Zeit nur Hohn und Spott übrig hatte?

Die Berechtigung des Privateigentums, dessen sittliche Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft, die schädliche individualistisch-liberalistische Lebensauffassung, alles vom Standpunkt der christlichen Moral- und Lebensauffassung gewürdigt, von welcher Bedeutung wären diese Fragen für die Lösung der sozialen Probleme unserer Zeit!

Auch die Fragen, ob Zeitleistungs- oder Bedarfslohn, gerechter Lohn, Vorenthaltung des verdienten Lohnes, führen zu ganz anderen Schlußfolgerungen, wenn sie vom Standpunkte christlicher sittlicher Gebote betrachtet werden als vom Standpunkte materialistisch-sozialistischer oder kapitalistischer Auffassung.

Und erst die Arbeitsgemeinschaftsidee gegenüber der Klassenkampftheorie, welch fruchtbare Arbeit an der inneren Gesundung unseres Volkes könnte dadurch geleistet werden?

Ausgetragen und durchgefochten müssen diese Ideen durch die christlichen Gewerkschaften werden. Aber dazu bedürfen sie der sittlichen und belebenden Kräfte, die nur Mitglieder haben können, die fest verankert auf dem Boden einer religiösen Weltanschauung stehen. Sollte es wahr sein, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung in der Nachkriegszeit nicht immer den Hoffnungen wohlmeinender Kritiker entsprach, so dürfte die Hauptursache in der Tatsache zu suchen sein, daß ihr nicht genügend haupt- und ehrenamtliche Führer mit den sittlichen Führerqualitäten zur Verfügung standen, die die Arbeiterschaft in ihrer Schicksalszeit hätte haben müssen. Daneben war die Zahl jener Mitglieder zu gering, die aus grundsätzlicher Erwägung heraus, der Verwirklichung christlich-sozialer Ideen wegen, opferbereit in die Bewegung kamen.

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine haben auf dem Gebiete der Erziehung und Bildung, und der Schaffung von Charakteren eine außerordentlich verantwortungsvolle, aber auch dankbare Aufgabe zu leisten. Sie müssen die Träger des sozialen Christentums, des Christentums der Tat bei der Erziehung und Schulung der Arbeiterschaft werden. Ohne diese Voraussetzung werden auch die christlichen Gewerkschaften ihre Aufgabe nicht erfolgreich lösen können.

Daneben bleibt natürlich die Aufgabe, daß auch für die Leiter der Wirtschaft, Fabrikdirektoren, Geschäftsführer der Arbeitgeberverbände usw. eine entsprechende soziale Erziehung erfolgt. Ein katholischer Syndikus eines Arbeitgeberverbandes, der im Arbeitgeberlager eine bedeutende Rolle spielt, äußerte neulich daß ihm die klassenkämpferischen sozialistischen Gewerkschaften lieber seien, als die christlichen Gewerkschaften, denn bei ersteren wüßte man, daß man es mit Gegnern zu tun habe, die mit ihrer eigenen Waffe, mit Macht und Gewalt bekämpft werden könnten, dagegen führe der Name der christlichen Gewerkschaften irr, denn in der Tat seien die christlichen Gewerkschaften in der Verfechtung der Arbeiterinteressen energischer und zäher und dadurch unchristlicher als die Sozialisten und deshalb wolle er mit den christlichen Gewerkschaften nichts zu tun haben. An sich ein durchaus glänzendes Zeugnis für die christlichen Gewerkschaften, aber eine geradezu beschämende Einstellung für einen Unternehmersyndikus, der das soziale Christentum nur als unterwürfige Demut kennt die er bei Leibe nicht für sich, sondern nur bei der Arbeiterschaft angewendet wissen möchte. Mir scheint, daß hier den Vereinen der katholischen Akademiker eine außerordentlich schwierige, aber unbedingt nötige und verdienstvolle Arbeit Aufklärung betr. zufällt.

Unsere Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine haben eine Zukunft und sind dringend notwendig als eine, weniger nach außen wirkende Massenbewegung, als vielmehr auf beseelte Innenkultur eingestellte Erziehungsbewegung. Wir brauchen Persönlichkeiten in der Arbeiterbewegung, als der größten Massenbewegung unserer Zeit. Nur durch sie kann die Irrlehre des zwanzigsten Jahrhunderts, der materialistische Sozialismus, überwunden werden. Und diese Persönlichkeiten für die Arbeiterbewegung können nur durch die in obigem Sinne geleiteten Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine herangebildet werden.

A. Kuhn.

Aus dem Konzertsaal.

Lieder- und Arienabend Clara Ebers. Selten trifft man im Konzertsaal eine Sängerin an — und dazu eine so junge —, deren Persönlichkeit in der Kunst und deren Kunst in ihrer Person so aufgegangen ist, wie diese jungmädchenhafte Clara Ebers. Der Liebreiz und der sympathische Eindruck der äußeren Erscheinung ist hier wirklich der Spiegel des inneren Menschen und seiner Kunst, die leicht und gewichtlos wie das Vogelgezwitscher einer Nachtigall trilliert. Man müßte, wenn keine persönliche Gefahr damit verbunden wäre und die Hochkonjunktur dadurch nicht unverantwortlich übersteigert würde, in einem ebenso hingehauchten Frühlingsgedicht dieses Singen einzufangen versuchen. Konkret gesprochen: Die an sich nicht sehr umfängliche Sopranstimme hat die sämtlichen Weihen einer erstklassigen Gesangsschule empfangen, auch die höheren, im Gegensatz zu den meisten Novizen, denen es gerade bis zum „Einjährigen" einer mittleren Schule gereicht hat. Schon die italienischen Lieder von Antonio Lotti und Scarlatti — und gerade sie — ließen überrascht aufhorchen über dem lyrischen Schmelz und dem tiefen Empfindungsausdruck ihrer Stimme, der alle Register eines gepflegten und menschlich beseelten Gesanges zu Gebote stehen. Die Arie der Konstanze „Ach, ich liebte .." aus Mozarts „Entführung aus dem Serail" wird selbst von routiniertesten Bühnensängerinnen nicht so duftig und poesievoll gesungen. Mit der Arie der Frau Fluth aus den „Lustigen Weibern von Windsor" gab sie eine reizendneckische Probe des Ziergesangs und gar erst in den Liedern von Brahms war sie ganz in ihrem Element. Die bekannten Schwierigkeiten Brahmsscher Lieder schienen für die junge Dame überhaupt nicht vorhanden zu sein, das war im tiefsten erfühlte, beseligende Kunst. Kein Wunder, daß ihr Beifall und Blumen in reichem Maße zuteil wurden. Am Flügel begleitete die einheimische Pianistin Amelie Klose mit bedächtigem Geschick und kluger Anpassung, während man z. B. über ihr Chopin-Solo (Polonaise-Phantasie) geteilter Meinung sein konnte. (Vielfach zu harter Anschlag und zu ausgiebiger Gebrauch des Pedals!) Auch dieser Künstlerin durfte sich für reich bemessenen Beifall bedanken.

Dr. B.

Kunst / Wissen.

Neue Kammermusik gelangt durch die Gesellschaft der Musikfreunde zu Donaueschingen am Sonntag, den 18. Mai, in zwei Konzerten (vormittags 11¼ und nachmittags 5 Uhr) zur Aufführung: Ernst Krenek, 3. Streichquartett; Egon Wellesz, Streichquartett Nr. 4; Zoltan Kodaly, Serenade für Streichtrio; Paul Hindemith, Streichquartett op. 32 und Solosonate für Bratsche; Philipp Jarnach, Klavierwerk. Ausführende: Das Amarquartett, Frankfurt a. M., Philipp Jarnach, Berlin (Klavier). — Das diesjährige Donaueschinger Kammermusikfest findet am 19. und 20. Juli statt.

Tagebuchblätter.

An einer Tanne vertrocknen die unteren Aeste, wenn sie ihren Zweck erfüllt und zur Nachrungsaufnahme beigetragen haben; nur die Krone bleibt. So auch beim Menschen: unsere früheren Arbeiten, Erfahrungen, Gedanken, Erlebnisse müssen wie Stumpfe an unserem Lebensstamm stehen. Dann haben wir den Beweis, daß die Krone aufwärts gewachsen ist. Wir müssen in jedem Jahre lächeln über das vorangegangene, und uns gelegentlich auch schämen.

*

Im Grunde genommen gibt es keinen Zusammenstoß von Pflichten. Wenn wir nur auf die Stimme des Gewissens hören, so sagt sie uns stets deutlich genug, was wir zu tun haben. Aber diese Stimme ist uns oft unbequem, und dann suchen wir schnell eine andere Pflicht, die uns erlaubt, uns der eigentlichen Pflicht zu entziehen.

*

Es liegt nicht im Menschen, autonom zu sein. Denn der freie Wille stürzt ihn in einen Kampf von Gegensätzen, und der raubt ihm die Ruhe. Strebt ein Mensch nach Autonomie, so bringt er stets ein Opfer. Meist dem Machtwillen oder der Eitelkeit.

*

Viele Menschen, vielleicht die meisten, leben nur mit einer dünnen Oberschicht des Bewußtseins, weil diese für den Alltag ausreicht und wissen nichts von den Abgründen und Tiefen, die in ihrer eigenen Seele liegen. Bis vielleicht einmal ein aufwühlendes Ereignis kommt, das den Sturm in den Tiefen entfesselt. Und auch unsere Bekanntschaft mit den anderen geht meist über eine Fassadenkenntnis nicht hinaus. So kommt es, daß wir mitunter erschrecken, wenn wir bei einem Mitmenschen einmal durch einen unerwarteten Riß in die Tiefe sehen.

*

Wir sehen so leicht, wie andere beschränkter, kleinlicher, roher sind als wir. Aber es fällt uns schwer, uns vorzustellen, wieviel kraftvoller, kühner, großzügiger, feiner andere Menschen sind als wir.

*

Das ist das Erniedrigende an einem Krieg: er betrachtet die Menschen nur als Körper und denkt nicht an die Seele. Nicht der Krieg an sich, aber der Krieg, wie er heute geführt wird. Forderten die Kämpfer früher nicht einander auf: „Sprich dein letztes Gebet!"? Reden die alten Helden nicht miteinander, ehe sie kämpfen? Sie sind sich bewußt, daß sie nicht nur gegen die Körperkraft, sondern auch gegen eine Seele kämpfen. Heutzutage ist der Mensch nicht viel mehr als Kriegsmaterial. „Bei aller Schätzung jedes einzelnen Menschenlebens ..." so setzten die österreichischen Kriegsberichte meist hinzu, um den peinlichen Eindruck zu verwischen.

*

Jeder Mensch hat aktive und passive Stunden. Die passiven Stunden sind häufig die des Lächelns oder der Beschämung über die aktiven. Wehe jedem tatverlangenden Ding, das in eine passive Stunde fällt! E. K.

Chronik.

Baden.

Philippsburg, 14. Mai.

(Heimattag.) In der Stadtgemeinde Philippsburg wird am 25. Mai ein Heimattag veranstaltet, zu welchem alle auswärtig wohnenden Philippsburger und alle die, welche durch irgendwelche Bande mit Philippsburg verknüpft sind, eingeladen werden. Im Rahmen einer schlichten, dem Ernst der Zeit angepaßten Feier soll den Auswärtigen ein gemütliches Beisammensein mit all ihren Philippsburger Freunden, Verwandten und Bekannten geboten werden. Dieser Heimattag soll dann für alle Zukunft jeweils am letzten Sonntag des Mai stattfinden. Es ist zu wünschen, daß das Beispiel der Stadtgemeinde Philippsburg auch anderwärts Nachahmung findet.

Mannheim, 14. Mai.

(Verwüstungen in der Anilinfabrik.) Nachdem der Ausstand in den Werken der Bad. Anilin- und Sodafabrik beendet ist, läßt sich der Schaden, der durch die eingedrungenen kommunistischen Arbeitslosen angerichtet wurde, einigermaßen übersehen. Wie noch erinnerlich, wurden zu Beginn des Ausstandes von den Ausgesperrten die Fabriktore gestürmt und in die schutzlos daliegenden Werke eingedrungen, um angeblich nach Arbeitswilligen zu suchen. Wie sich nun bei der Untersuchung der Anlagen herausstellt, wurde in den Werken schlimm gehaust. Große Einbruchsdiebstähle wurden nach Zertrümmerung von Fenster und Türen verübt. Apparate und Feininstrumente, Meßgeräte usw. wurden in blinder Zerstörungswut zerschlagen, Telephonapparate, Schreibmaschinen und sonstiges Material vollständig verdorben. Durch die Verweigerung der Notstandsarbeiten war fast während der ganzen Dauer des Ausstandes das Werk ohne Schutz, so daß allerhand Gesindel ungehindert plündern konnte. Der innere Zustand der Bauten und die dort verübten Einbruchsdiebstähle spotten jeder Beschreibung. — (Strenge Brückenkontrolle.) Die Franzosen sind jetzt dazu übergegangen, die Brückenpassanten auch durch Beamte in Zivil kontrollieren zu lassen, und zwar sehr gründlich. Paßkontrolle und Leibesvisitationen werden vorgenommen, auch mitgeführte Zeitungen und Schriftstücke werden einer Durchsicht unterzogen. Deshalb ist größte Vorsicht am Platze.

Weinheim, 15. Mai.

(Einbrecherunwesen.) In der vergangenen Nacht hat ein Einbrecher hier sein Unwesen getrieben und zwar hatte er es auf öffentliche Gebäude abgesehen, in denen er wahrscheinlich größere Geldbestände vermutete. In den verschiedenen Gebäuden waren Schränke und Schreibtische erbrochen; es wurde jedoch nichts vermißt. Aus dem Notariat entwendete er nur einen kleinen Betrag. 2 Kassenschlüssel hat der Einbrecher mit sich genommen, so daß jetzt noch nicht festgestellt werden kann, was der Einbrecher hat mitgehen heißen. Von dem Täter fehlt bis jetzt jede Spur.

Säckingen, 12. Mai.

(Bootsunglück.) Gestern abend verunglückte bei einer Bootsfahrt im Rhein unterhalb Rheinfelden der 23jährige Pharmazeut Werner Rosenberg. Er war mit einem Faltboot rheinabwärts gerudert. Unterwegs traf ihn ein Herzschlag, wodurch das Boot zum Kentern kam. Während er in den Fluten versank, konnte sich sein Kollege mit großer Mühe ans Ufer retten.

Radolfszell, 14. Mai.

(Die Autoraserei.) In der letzten Zeit mehren sich die Autounfälle infolge unsinnigen Fahrens im Stadtinnern in erschreckender Weise. So wird ein neuerlicher Unfall von hier gemeldet. Zimmermeister Blum, der aus der Radolfzeller Bank kommend, eben seine Fahrrad besteigen wollte, wurde von dem mit großer Geschwindigkeit um die Ecke fahrenden Motorrad des früheren Bankbeamten Auer derart angefahren, daß er bewußtlos liegen blieb; er hat sich verschiedentlich Verletzungen zugezogen. Es wäre endlich an der Zeit, daß dem unsinnigen Fahren mit Motorrädern im Stadtinnern scharf entgegengetreten wird, da sonst weitere Unglücksfälle kaum zu vermeiden sein werden.

Badisch-Rheinfelden, 15. Mai.

(Ertrunken.) Als der Fortbildungsschüler Hermann Sacher beim Rheinfelder Stauwehr mit einem kleinen Fischerboot sich vergnügte, wurde er von der Strömung über das Wehr hinuntergerissen und fand dabei den Tod durch Ertrinken.

Konstanz, 12. Mai.

(Unfall.) Am Samstag mittag wurde der 57jährige Taglöhner Anton Mögging in der Schillerstraße von einem Motorradfahrer, einem 21jährigen Technikumschüler aus der Tschechoslowakei, der in rasendem Tempo durch die Stadt fuhr und einem Fuhrwerk ausweichen wollte, angefahren, wodurch Mögging so schwere Verletzungen erlitt, daß er drei Stunden nach dem Zusammenstoß starb. Der Motorradfahrer erlitt leichtere Verletzungen und konnte bereits am Sonntag aus dem Krankenhause wieder entlassen werden. Er wurde von der Kriminalpolizei wegen dringenden Verdachts der fahrlässigen Tötung festgenommen. Die von den Behörden genehmigte 30 Kilometer-Fahrgeschwindigkeit für Kraftfahrzeuge durch Städte und Ortschaften hat sich hier wiederum als eine große Gefahr für den Fußgängerverkehr herausgestellt. — (Tagung.) Die diesjährige Tagung der badischen Bauernvereinsorganisationen findet am 25. Mai in Konstanz statt.

Aus andern deutschen Staaten.

Bergzabern (Pfalz), 13. Mai. Der aus der Nähe von Offenburg stammende Bäckermeister Junker und sein Sohn, der hier ein Geschäft besitzt, befinden sich seit fast 3 Monaten im französischen Gefängnis. Während der Separatistenherrschaft hatten mehrere Separatisten die Schaufenster des Ladens eingeschlagen und geplündert. Als Bäckermeister Junker mit seinem Sohn das Bürgermeisteramt verließ, wo er um Schutz seines Privateigentums gebeten hatte, wurde er von zwei französischen Gendarmen verhaftet und nach Landau transportiert, wo sich beide noch im Gefängnis befinden, ohne daß ihnen bisher eine Anklage zugestellt worden wäre. Dieser Fall soll nicht vereinzelt dastehen.

Hamburg, 14. Mai. (Tagung des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge.) Zum 6. Male tritt am 17. Mai der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V." in diesem Jahre zu einer

Vertretertagung in Hamburg zusammen. Er eröffnet seine Tagung mit einer großen Gedenkfeier in der Michaelskirche. Sämtliche Reichs- und bundesstaatlichen Zentral-Behörden sind zur Teilnahme an der Tagung aufgefordert worden. Die Tagung ist umso bedeutsamer, als für den Schutz und die Instandhaltung der Kriegerfriedhöfe neue Richtlinien aufgestellt werden sollen, die eine ersprießliche, praktische Arbeit des Volksbundes erfordert. Der Volksbund hat in zähem Durchhalten die schwere Zeit der Geldentwertung überstanden und ist in erfreulichem Aufblühen begriffen. Am 18. Mai findet in Friedrichsruhe an der Gruft Bismarcks eine Gedenkfeier statt, bei der auf Bitte der Bundesleitung und des Landesverbandes Hamburg der Vorsitzende unseres Landesverrbands Baden und der Ortsgruppe Karlsruhe, Herr Oberregierungsrat Bauer, Oberstleutnant a. D., sprechen wird.

Aus dem Ausland.

Basel, 13. Mai. Am kommenden Samstag den 17. Mai wird in Basel die diesjährige Mustermesse wieder eröffnet. Am 24. Mai findet anläßlich der Messe ein südwestdeutscher Handel- und Industrietag statt. Es werden Referate gehalten über die Mustermesse, die Tätigkeit der deutschen Handelskammern und die Beziehungen Südwestdeutschlands zur Schweiz. Das Programm sieht neben einer Begrüßung der Teilnehmer durch die Direktion der Schweizer Mustermesse und der obengenannten Sitzung auch ein Festbankett vor. Die Teilnehmer erhalten das Einreisevisum zu sehr ermäßigten Preisen und sind auch von der Sichtvermerkgebühr von 500 Goldmark befreit. Nähere Auskunft erteilen die Handelskammern.

Paris, 15. Mai. (Ein Erdbeben bei Erzerum.) Nach einer Meldung der Havasagentur aus Konstantinopel hat sich vorgestern 4 Uhr morgens in der Gegend von Erzerum ein Erdbeben ereignet. Drei Dörfer wurden von Grund aus zerstört. Ungefähr 50 Personen sind ums Leben gekommen. Die Erschütterungen dauern noch an.

London, 15. Mai. (Schiffszusammenstoß im Kanal.) Infolge des dichten Nebels ist gestern der norwegische Dampfer „Vors" im Kanal mit dem deutschen Dampfer „Sirius" zusammengestoßen. Beide Dampfer haben erhebliche Beschädigungen davongetragen, doch ist es ihnen gelungen, nach Southhampton mit eigener Kraft zu gelangen.

—(*)—

Bunte Chronik.

Der Segen des Radio für die Blinden. Die Radiotelephonie erschließt sehr viele Verwendungsmöglichkeiten, über die bereits eingehend gesprochen worden ist. Aber eine besonders segensreiche Wirkung des Radio ist bisher noch gar nicht erwähnt worden, nämlich die Fülle des geistigen Lichtes, die diese Erfindung in die Nacht der Blinden bringen wird. Durch die drahtlose Telephonie wird es möglich, Tausenden und Abertausenden, die ihr Augenlicht verloren haben, das zu bieten, was sie am schwersten vermissen, einen Ersatz fürs Lesen und damit die Teilnahme am Leben der Menschheit. Ueber den unsagbar großen Nutzen, den die Radiotelephonie hier bringen kann, spricht Professor Gustav Gärtner in der Frankfurter Wochenschrift Die Umschau. Der Blinde kann bekanntlich nur Tastenschrift lesen und diese Kunst ist nicht leicht erlernbar. Die in der Blindenschrift vorhandene Literatur ist sehr unvollständig. Die Bücher in Blindenschrift sind aber sehr teuer, schwer und schlecht zu handhaben. Allen diesen Mängeln hilft die Radiotelephonie ab. Ein einziger Blinder könnte von allen Blinden Mitteleuropas gleichzeitig gehört werden. Damit würde denen, die ihres Augenlichtes beraubt sind, eine geistige Nahrung zugeführt werden, die ihnen auf anderem Wege unerreichbar ist. Die Blinden könnten an den allgemeinen Sendungen teilnehmen. Aber gewiß werden sich einige Morgenstunden finden, die ihnen ganz zur Verfügung gestellt werden könnten. Professor Gärtner denkt sich das Programm für die Blinden so, daß ihnen zunächst Berichte über die wichtigsten politischen und sonstigen Tagesereignisse gegeben werden, mit denen sich der Sehende aus der Zeitung bekannt macht; des weiteren können ihnen Erzählungen, Romane, Dramen usw. aus der modernen und klassischen Literatur vorgelesen werden und auch für die Fragen der Wissenschaft dürfte noch etwas übrig bleiben. Aber nicht nur Blinde werden den Segen des Radio verspüren, sondern auch Leute mit beginnendem Star oder anderen Augenkrankheiten, die nicht mehr lesen können, oder lesen dürften. Für alle diese bedeutet das Vorlesen mit dem Radioapparat die Erlösung aus geistiger Nacht. Für Blindeninstitute, Blindenwerkstätten, Blindenheime usw., wo mehrere Blinde in einem Raum sind, kämen Lautsprecher in Betracht, während sich die Insassen beschäftigen, wird die Vorlesung durch den Schalltrichter allen zu Gehör gebracht.

Vom Elefanten aufgespießt. Das gefährliche Abenteuer, von einem verwundeten Elefanten mit seinen Stoßzähnen aufgespießt und fortgetragen zu werden, hat ein englischer Beamter der Kenja-Kolonie R. W. Gordon glücklich überstanden. Er und ein Gefährte namens Goß waren auf der Elefantenjagd in der Nähe des Mgeta-Flusses. Plötzlich spürten sie in einiger Entfernung einen männlichen Elefanten auf, und da der Wind in der Richtung des Tieres ging, machten sie einen Umweg durch den Urwald, um sich heranzuschleichen. Da hörten sie hinter sich ein Geräusch und sahen in einer Entfernung von 5 Metern einen anderen, ruhig weidenden Elefanten, den sie niederschossen. Durch den Schuß wurden zwei andere riesige Elefanten aufgeschreckt, die hinter dem toten Tier erschienen und blindlings vorwärts stürzten. Die Jäger feuerten auf sie zweimal, aber die vier Kugeln verwundeten die Tiere nur und töteten sie nicht. Der eine Elefant, den mächtigen schwarzen Schädel nach vorn gestreckt, so daß die langen Stoßzähne in der Sonne leuchteten, stürzte auf Gordon zu. „Lauf um dein Leben!" schrie ihm Goß zu. „Er ist hinter dir!" Gordon machte einen verzweifelten Versuch, zu entkommen; aber schon hatte ihn der Elefant auf seine Zähne genommen. Der rechte Stoßzahn fuhr zwischen der Achselhöhle und den Rippen durch. Das wütende Tier trug den Jäger so eine kurze Strecke, warf ihn dann in die Luft und ließ ihn fallen. Goß war überrascht, den Kameraden noch lebendig zu finden; er hatte nur einige Wunden erlitten, die bald heilten.

Die Explosion als Experiment. Drei Tonnen Melinit, jener furchtbare Explosivstoff, der von Turpin erfunden wurde, werden aus den französischen Heeresbeständen zu wissenschaftlichen Versuchen verwendet werden. Da man diese Vorräte ohnehin vernichten will, so sollen sie wenigstens noch zu Experimenten verwendet werden. So wird eine Tonne am 15. Mai in dem Lager von La Courtine zur Entzündung gebracht werden. Gelehrte aus allen Teilen Frankreichs werden sich bei der Messung der Stärke der Erschütterung, bei der Beobachtung der Richtung und der Kraft der Schallwellen beteiligen. Auf drahtlosem Wege wird der Augenblick der Explosion überallhin mitgeteilt, und auch das Publikum soll Mitteilungen an das Pariser Observatorium darüber schicken, wann es die Erschütterung wahrgenommen hat. Außerdem werden Versuche an Tieren vorgenommen, um die Reaktion des tierischen Blut- und Nervensystems auf die Erschütterung festzustellen. Man hofft, auf diese Weise die wirklichen Ursachen für die Nervenerschütterungen zu finden, die im Kriege so oft durch Granaten hervorgerufen wurden.

Die Messung deutscher Schulkinder. Die Körpermessungen und Wägungen an deutschen Schulkindern, die vom Reichsgesundheitsamt veranlaßt sind, werden systematisch und in großem Umfang fortgesetzt. Die neueste Veröffentlichung darüber enthält, wie die Klinische Wochenschrift mitteilt, die Messungen an 4000 Münchener Volksschulkindern aus dem Jahre 1921, an mehr als 16 000 Berliner Gemeindeschulkindern aus dem Jahre 1923, sowie von über 24 000 Schülern höherer Lehranstalten Berlins. Die Messungen werden mit besonderer Sorgfalt nach den von dem Münchener Anthropologen Martin aufgestellten Richtlinien vorgenommen und berechnen für jede Altersgruppe in Größe und Gewicht die mittleren Abweichungen vom arithmetischen Mittel und die Variationsbreiten.

Handel und Volkswirtschaft.

Südwestdeutscher Wirtschaftsbericht.

Die allgemeine Besserung der Wirtschaftslage verstärkt sich und nimmt trotz der vielfach entgegenstehenden Hindernisse einen stetigen Charakter an. Die Arbeitslosigkeit ist im ständigen Abnehmen begriffen. Hemmend stehen der vollen Produktionsauswertung noch immer die Kredit- und Kapitalknappheit, wie auch die schwierige Devisenbeschaffung zwecks Einfuhr notwendiger Rohstoffe aus dem Ausland entgegen. Die Frage der Kreditbeschaffung als notwendige Voraussetzung zur Steigerung der Erzeugung steht im Vordergrund der Erwartungen aller Industriezweige, um so mehr, als die Betriebsmittelknappheit zugenommen hat. Da die Golddiskontbank nur Kredite für den Export gewährt, der ausländische Markt sich aber immer weniger aufnahmefähig zeigt, versuchen die für den Inlandsmarkt arbeitenden Industrien Auslandskredite hereinzubekommen. Diese Umstände führten dazu, dass verschiedene Industrien die Preise für ihre Fabrikate heraufgesetzt haben. —

Die Pforzheimer Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie weist einen im ganzen befriedigenden, in den echten Waren herstellenden Betrieben sogar lebhaften Beschäftigungsgrad auf, leidet aber empfindlich unter der zunehmenden Knappheit an flüssigen Mitteln und Kredit. Die Kurzarbeit hat in den Betrieben, die unechtes Material und Doublé verarbeiten, etwas zugenommen. In echten Waren (Ju[illegible] Gold, Silber) ist das Inlandsgeschäft, um t[illegible] auch zur Wiederauffüllung der Läger, lebhaft; unechte und Doubléwaren dagegen liegen still. In unechten Schmuckwaren gehen nur Aufträge bei Gewährung längerer Kredite ein. In der Uhrenindustrie zeigt sich eine bemerkenswerte Aufbesserung; in verschiedenen Uhren und Uhrengehäuse herstellenden Betrieben wird mit Ueberstunden gearbeitet. Die Zahl der ausländischen Einkäufer in Pforzheim hat wieder etwas zugenommen. Dennoch liegt das Auslandsgeschäft ruhig infolge der allgemeinen Geldknappheit und der Höhe der Verkaufspreise, die den Weltmarktpreis nicht nur erreicht, sondern vielfach überschritten haben. Neue Bestellungen werden sehr spärlich erteilt und der Eingang der Zahlungen erfolgt sehr schleppend. Feinversilberte Metallwaren weisen gegen seither hinsichtlich der Geschäftslage keine wesentliche Besserung auf. Befriedigend ist der Geschäftsgang für schwerversilberte Tafelgeräte und Bestecke. Die Wirtschaftslage in der Schwäbisch-Gmünder Bijouterieindustrie weicht kaum von der Pforzheimer ab. Gute Beschäftigung weist auch die Schwarzwälder Uhrenindustrie auf, deren Aussichten nicht ungünstig beurteilt werden.

Die Schuhindustrie lässt eine bemerkenswerte Besserung erkennen. Rohstoffbezug und Kohlenversorgung werden als angemessen erachtet. Hinsichtlich der Verkehrsverhältnisse wird vielfach über zu grosse Beförderungsdauer bei Eisenbahn und Post, vor allem im Verkehr mit dem besetzten Gebiet geklagt. Durchschnittlich haben die Betriebe gute Beschäftigung. Auch die Absatzmöglichkeiten befriedigen. Das Absatzgeschäft leidet unter den zu hohen Preisen der einheimischen Erzeugnisse. Hier und da konnte die Zahl der Arbeiter in den Fabriken vergrössert werden. Die kommende Marktlage erfährt eine günstige Beurteilung unter der Voraussetzung, dass es gelingt, den Kapitalmangel zu beheben. Hemmend wirkt das Anziehen der Rohstoffpreise, dem infolge Devisenmangel durch Einfuhr nicht entgegengewirkt werden kann. Der Schuhhandel berichtet über befriedigenden inländischen Absatz. Die Produktion hielt sich im Rahmen der Nachfrage. Seit März bewegen sich die Preise aufwärts. Die kommende Nachfrage, wie auch die weiteren Aussichten des Geschäftsgangs hängen von der Gestaltung des Geldmarktes ab. —

Die Textilindustrie ist voll beschäftigt; ihr Beschäftigungsgrad übertrifft den fast aller übrigen Industriezweige. Sie ist für längere Zeit mit Aufträgen aus dem Inland versehen. Die Nachfrage des Grosshandels dürfte grösser sein als diejenige der Verbraucherkreise, bei denen sie sich im Rahmen der begrenzten Einkommensverhältnisse hält. Die starke Nachfrage hat ihre Ursache in dem starken Lagerausverkauf während der Inflationszeit, während welcher auch der Bekleidungsbedarf der breiten Verbraucherkreise sich in engen Grenzen halten musste. So ist der Geschäftsgang durchweg flott. Beklagt wird seitens des Einzelhandels, dass Fabrikanten und Grosshandel volle Bezahlung in Devisen verlangen. Die Bezahlung in Devisen wird mit der Notwendigkeit begründet, die Rohstoffe aus dem Auslande einzuführen. Diese Tatsache rechtfertigt jedoch nicht die volle Produktionspreisbemessung in Devisen, sondern nur höchstens eines Anteils, der den eingeführten Rohstoffen ihrem Werte nach entspricht. Das Auslandsgeschäft liegt nach wie vor still. Hier und da ist der ausländische Wettbewerb spürbar. In der Wäscheindustrie macht sich teilweise eine ungenügende Versorgung mit inländischem Gewebe bemerkbar, da Spinner und Weber auf Monate hinaus ausverkauft sind. Auch ausländische Stoffe können nicht in dem gewünschten Umfange beschafft werden, da die Erteilung der Einfuhrerlaubnis von der Wiederausfuhr gleicher Mengen der Werte in Fertigerzeugnissen abhängig gemacht wurde. Die Beförderung der Waren, namentlich auch bei der Post, geht so langsam vonstatten, dass viele Sendungen, vor allem nach dem Süden und aus dem Auslande, wochenlang unterwegs sind. Die Beschäftigung ist bei äusserst reger Nachfrage im Inlande sehr gut und es lassen sich ausreichende Preise erzielen. Mit dem Ausland können wegen der Preisunterbietungen nur wenig Geschäfte gemacht werden. Die Arbeiterzahl stieg in allen Betrieben, teilweise erheblich, so dass sich ein Mangel an Facharbeitskräften bemerkbar machte. Die kommende Marktlage gilt als unsicher. In der benachbarten schweizerischen Seidenstoffindustrie hat die letzte Zeit ebenfalls eine spürbare Besserung gebracht, die in erster Linie auf die Hebung der französischen Währung zurückgeführt wird, ferner auch auf die Aufhebung des Einfuhrverbots für Seidenstoffe in Deutschland. Trotzdem muss der Geschäftsgang auch heute noch als flau bezeichnet werden, während der Beschäftigungsgrad gegenüber den Krisenjahren eine wesentliche Besserung aufweist.

Recht guten Geschäftsgang hat allenthalben das Holzgewerbe, nach dessen Erzeugnissen starke Nachfrage besteht. Mit besonderem Interesse verfolgt man die Gestaltung der Rundholzpreise, wie auch die Aussichten des Schnittwarenmarktes. Durch Lohnforderungen der Arbeiter des Holzgewerbes, in welchen keine Einigung erzielt werden konnte, habe eine kritische Situation entstehen lassen. Dies hat in Baden zur Aussperrung der Holzarbeiter am 12. ds. Mts. geführt. Die Preise der Sägewerksindustrie erschweren der weiterverarbeitenden Industrie die Kalkulation; so wird die Möbelindustrie nicht um Preiserhöhungen für ihre Erzeugnisse herumkommen. Die Holzeinfuhr hat unter der Devisenknappheit Schwierigkeiten. In einer kürzlich in Freudenstadt abgehaltenen Versammlung der Vertreter der südwestdeutschen Sägewerksindustrie bezeichnete man die Festlegung der Schnittwaren- und Rundholzpreise auf den Weltmarktstand als die Basis, um in der Holzindustrie zu geordneten Verhältnissen zu gelangen. Die Stuhl- und Möbelfabriken im Weinheimer Bezirk haben volle Beschäftigung. Befriedigend ist auch die Lage bei den Holzbildhauereien und Drechslereien.

Die Papierindustrie im Rastatter Bezirk und mit ihr die Zellstoffindustrie zeigen weitere Belebung des Geschäftsgangs. Infolge der Preiserhöhungen für Rohstoffe ist weiteres Anziehen der Preise für Fertigprodukte zu erwarten.

Der Geschäftsgang in der Nahrungsmittelindustrie ist unter dem Einfluss der mangelnden Kaufkraft des Publikums ruhig. Nicht ohne Einfluss blieben auch die umfangreichen Mehleinkäufe in Frankreich im Zusammenhang mit der Frankenbewegung. In der Brauindustrie kann der Geschäftsgang als befriedigend betrachtet werden.

Im Tabakgewerbe herrscht befriedigender Geschäftsgang, bei guter Nachfrage. Allerdings zeigt der Konsum Neigung zum Rückgang. Infolge der Versteifung am Geldmarkt liegt das Geschäft am Tabakmarkt ausserordentlich ruhig. Die Preise für 1923er Tabak zeigten weiteren Rückgang. Die süddeutsche Tabakindustrie nimmt lebhaft Stellung gegen den von den internationalen Sachverständigen vorgesehenen Plan einer Monopolverwaltung im Tabakgewerbe, der im Interesse des Gewerbes wie des Verbrauchertums einer ablehnenden Haltung begegnet. Man befürchtet durch Einführung eines solchen Tabakmonopols allmählich eine Erdrosselung des Tabakgewerbes. Die Abnahmebedingungen würden auch die Lage des Tabak-Einzelhandels ausserordentlich bedrohen.

Die Lage in der metallverarbeitenden Industrie ist im allgemeinen befriedigend, wenn sich auch, ebenso wie bei der Maschinenindustrie die allgemeinen wirtschaftlichen Hemmungen einer gesunden Konjunkturentwicklung beschränkend in den Weg stellen. Die Preise der gewerblichen Maschinen gehen durchweg etwa um 30 Prozent über den Friedensstand hinaus, auszunehmen hiervon sind die Preise für Metallverarbeitungsmaschinen, die nach ihrem Rückgang im Februar ds. Js. auch im März noch um 2—3 Prozent nachgaben. Am niedrigsten liegen die Preise der Antriebsmaschinen, Motoren usw., die nahezu den Friedensstand erreichten. Eine Besserung der Marktlage ist von der Beseitigung der Kreditnot vorbedingt.

Auch im Baugewerbe lässt sich eine leichte Aufbesserung feststellen, die sich in der weiteren Einstellung von Arbeitskräften äussert. Am nachhaltigsten wirkt sich hier die Kreditnot aus und es scheint deshalb baldige Leistung staatlicher wie auch kommunaler Kredite dringend geboten.

Günstig ist die Geschäftslage in der Lederindustrie; die Weinheimer Lederindustrie ist voll beschäftigt. — In der Industrie der Steine und Erden konnten neue Arbeitskräfte Verwendung finden. fm.

Börsenbericht.

Berlin, 15. Mai. Die heutige Börse konnte nach anfänglich schwankender Haltung ihre Befestigung bei ziemlich lebhaftem Verkehr weiter fortsetzen. Zu Beginn lagen einige verstimmende Momente vor. Man fand es seltsam, dass die Ergebnisse des Hamburger Vor-Claarings nicht veröffentlicht werden und glaubt, dass gerade eine Veröffentlichung der Ergebnisse zur Beruhigung der Oeffentlichkeit beitragen würde. Hinsichtlich der Stützungsaktion im Metallhandel hofft man, dass die noch zurückstehenden mittleren Firmen ihre ablehnende Haltung in nächster Zeit aufgeben werden. Günstig angeregt wurde die Tendenz durch den neuen Reichsbankausweis, der eine wesentliche Entlastung des Instituts aufweist und auch im übrigen recht vorteilhaft beurteilt wird. Bezüglich der Verhandlungen im Bergarbeiterkonflikt gibt man sich der Hoffnung hin, dass die Verhandlungen schon heute zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden. Die Lage des Geldmarktes bleibt leicht. Tägliches Geld ist zu ½ pro Mille reichlich angeboten. Monatskredite waren bereits unter 4 Prozent zu haben. Als Käufer trat heute zum ersten Male wieder das Publikum in grossem Masstabe auf; auch Auslandskäufe waren zu verzeichnen, während auch die Spekulation sich bemüht, billiges Material hereinzunehmen. Der Devisenmarkt weist auch heute einen Rückgang der Anforderungen auf und man erwartet in Börsenkreisen eine Erhöhung der amtlichen Zuteilungen. Im Usancehandel konnte der französische Franken wiederum eine kleine Aufbesserung erzielen. Er wurde um 12 Uhr im Tauschverkehr mit London mit 73,60 bis 73,80 gehandelt. Am Montanmarkt erfuhren Bochumer Guss eine Steigerung von 1,75, Gelsenkirchen + 1, während die übrigen Erhöhungen nicht allzu bedeutend waren. Auch Kaliwerte konnten keine nennenswerten Steigerungen aufweisen, und die Kurserhöhungen lagen durchschnittlich zwischen 0,5 und 0,75 Prozent. Am Markt der chemischen Werte war die Tendenz bei Beginn etwas rückgängig, konnte sich aber im weiteren Verlaufe aufbessern. Elektrizitätswerte waren im grossen ganzen fest. Grössere Kurserhöhungen sind nicht hervorzuheben. Der Waggonmarkt lag ruhig und die Kurse wenig verändert. Maschinenaktien waren erhöht. Es gewannen u. a. Augsburg-Nürnberg + 1. Die übrigen Erhöhungen blieben minimal. Metallwerte konnten ebenfalls nur kleine Steigerungen aufweisen, Petroleumwerte unverändert, Deutsche Renten auch heute wieder eher rückgängig. Auslandsrenten schwankend. Bahnaktien nach anfänglichem Rückgang der Tendenz neu befesigt. Von Schiffahrtsaktien sind Deutsch-Austral mit + 2,5 hervorzuheben. Auch die übrigen Kurse lagen hier etwas höher. Bankaktien wiesen ebenfalls recht geringes Geschäft, zu den ersten Notierungen wenig Veränderungen, auf.

Berlin.

Die Kurse verstehen sich für 1 Billion Prozent.

	14. 5. 24	15. 5. 24		14. 4. 24	15. 5. 24
Hapag	21.90	22.36	Mix u. Genelt	4,90	5,10
Nordd. Lloyd	5,20	5,40	Mech. Lind	—,—	—,—
Dt. Bank	8.75	8,60	NSU	4 25	4,50
Dresdener Bank	5,30	9,70	Oberbedarf	14 12	15 50
A. G. f. Anilin	11,—	12.75	Oberlchl. Caro	15.—	16,25
Berger Tiefbau	3.—	3.50	Orenstein	12.75	14.—
Bremer Linol	12,50	13 30	Rheinstahl	26 -	28.50
Dt. Atl. Telephon	12,10	13.50	Rhenania	5,25	5,75
Dt. Luxembg.	40,75	47,—	Romb. Hütte	12.75	14 50
Dt. Waffen	—,—	—,—	Sachsenw.	1.60	1,60
Dt. Wolle	3.60	4.—	Sarotti	1 12	1.40
Dynamit Nobel	6 20	6.10	Scheidemandel	18,75	20.50
Elberf. Farben	12.25	14.25	Sinner	6.40	7.—
Gaggenau	4.25	4.12	Teleph. Berlin	3,10	3.75
Gellenkirchen	36.12	42.50	Ver. Stahl Zypen	100.—	100.—
Germania Zement	5,75	6,90	Zellst. Verein	1.40	1,60
Gef. f. el. Untern.	12,50	13.—	Zellst. Waldhof	7,50	8,50
Hannov. Waggon	9,—	9 50	Otavi Minen	21.50	21,50
Harpener Bergw.	53.—	79,75	6% Anhal. Rogg.	3 30	3,50
Hoelch	35,50	45,—	5% Bad L. Kohle	8 60	9 —
Hohenlohew	21,—	23,—	5% Landw. R. Z.	1 85	1,95
Aichersleben	9.75	10,80	5% Schwerin R	3.50	3.—
Karlsr. Maich.	2,75	2.9[illegible]	Oldenburg	12,30	9,10
Kollmar Jourdan	17,—	17,50	5% Rogg. u. Rent.	2,10	2,50
Köln Rottweil	6,20	6,90	5% Sächs. Brauak.	2.10	2,10
Laurahütte	8.20	—.—	5% Sächs. Landw.	1,80	1,95
Leopoldsgrube	5,25	5,50	5% Eilenb. Bos.	1,75	1,80
Lindes Eism.	7.—	7,—	3% Port. Spez.	5.10	9.—
Linke Hofmann	14.25	14,75	5% Goldmexikaner	74,50	43,25
Magirus	2,25	2,40	Kosmos	20.—	21,50
Goedhardt	12,75	13 50	Badische Zucker	2,84	3,—
Gotha Waggon	2.20	2,10	Dt. Maich.	5,—	5,50
Hartmann	4,10	4.60	Salzdetfurth	15,84	17 75
Heilbr Zucker	2,40	2,75	Stoehr	55 5[illegible]	58,—
Knorr	3,50	3.80	Stuttgart. Zucker	2,36	—,—
Lindström	12.50	14,—	Teichgräber	1.25	1,—
Lingelschuh	2,50	3,—	Thoeris Oel	4 80	6,—
G. Lorenz	4.—	3,80	Neuguinea	2.50	2,60
Mansfelder	4.30	4,84	Pomona	—,—	—,—
Maximilianau	6.50	6,50	Diamond Sheres	14,75	14,50

Karlsruher Börse vom 14. Mai 1924. Abteilung: Getreide, Mehl und Futtermittel. Das Geschäft bleibt ruhig. Die schon oft erwähnte Geldknappheit lässt eine reguläre Abwicklung nicht mehr zu und führt zu Angeboten weit unter der Marktlage. Preise können deswegen nur ungefähr normiert werden. Weizen 19 GM., Roggen 15.25 bis 15.50, Braugerste 18.75—19, Hafer 14.75—15.25, Mais ohne Sack 19—19.50, Weizenmehl Mühlenforderung 28.50, Roggenmehl 24—24.25, Mehl aus zweiter Hand je nach Dringlichkeit des Geldbedarfs billiger, Weizenfuttermehl 11.25—11.50, Weizenkleie 9.75—10.25, alles per 100 Kilo, Mehl und Mühlenfabrikate mit, Getreide ohne Sack, Frachtparität Karlsruhe. — Rauhfuttermittel: loses Wiesenheu, gut, gesund, trocken 10—10.50 GM., Weizen-Roggenstroh, drahtgepresst 5.50—6 GM., alles per 100 Kilo, Frachtparität Karlsruhe. — Abteilung Weine und Spirituosen. Die andauernde Geldnot, die Zurückhaltung der Banken und der grosse Geldbedarf von Produktion und Handel verursachen weitere Preissenkungen in Weinen und Spirituosen. Trotzdem blieb der Handel äusserst zurückhaltend, sodass belangreiche Abschlüsse nicht zustande kommen konnten. — Abteilung: Kolonialwaren. Kaffee und Tee unverändert. Burmareis 0,36 GM., Graupen 0,35, gelbe gespaltene Erbsen 0,34, weisse ungar. Perlbohnen 0,50, Linsen, mittel 0,85, Schweinefett 1.38, Salatöl 1.15; alles per Kilo.

Handelskammer Karlsruhe. Die Vollversammlung der Handelskammer wählte zum Präsidenten Herrn Bankdirektor Konsul Nicolai, zum Vizepräsidenten Herrn Generaldirektor Dr. Döderlein und zu Stellvertretern die Herren Kaufmann Martin Elsas und Dipl.-Ing., Stadtrat Karl Künkel.

Wiederaufnahme des Stückgutverkehrs im besetzten Mannheim. Nach einer Mitteilung der Eisenbahninspektion wird vom 19. Mai an der Stückgutverkehr (Empfang) in dem besetzten Hauptgüterbahnhof Mannheim wieder aufgenommen. Es werden alle Sendungen dahin geleitet, deren Frachtbriefe als Empfangsstation „Mannheim" oder „Mannheim-Hptbh." vorschreiben. Frachtstückgüter, welche ausserhalb des besetzten Gebietes entladen oder weiterabgefertigt werden sollen, sind nach Mannheim-Neckarstadt, Mannheim-Käfertal, Mannheim-Waldhof oder Mannheim-Neckarau zu adressieren. Die für das unbesetzte Gebiet Mannheims bestimmten Frachtstückgüter sind als Durchgangssendungen des besetzten Gebietes zollfrei. Die Anbringung eines diesbezüglichen Vermerkes im Frachtbrief oder der Beibringung einer Durchfuhrbewilligung bedarf es nicht; bei zollpflichtigen Sendungen ist eine Abfertigungsgebühr von einem Franken (z. Zt. 30 Pfg.) für die Sendung zu bezahlen. Güter der Freiliste, darunter alle Lebensmittel, sind von jeder Gebühr befreit.